

Bevölkerungs- schutz



**Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz**



**In der Diskussion:
Zukunft des Schutzraumbaus
Dialog: DRK-Präsident
Prinz Wittgenstein**



Kennen Sie Herrn Ampère?

Namen, die zu Maßeinheiten wurden



Stehen Sie unter Strom? Um eine Antwort auf diese zweideutige Frage zu finden, greift ein Techniker zu seinem Meßgerät. Schnell werden zwei Kabel angeschlossen, ein Schalter gedreht, und schon kann er das Ergebnis von einer Skala ablesen: Im menschlichen Muskel fließen elektrische Ströme in der Größenordnung von 0,00001 Ampere.

Was und wer verstecken sich hinter dieser Bezeichnung? Das Ampere ist die Einheit der elektrischen Stromstärke. Sie wurde beim 1. Internationalen Elektrizitätskongreß, 1881 in Paris, nach dem französischen Mathematiker und Physiker André Marie Ampère benannt.

Ampère wird am 22. Januar 1775 bei Lyon (Frankreich) geboren. Seine naturwissenschaftliche Laufbahn führt ihn nach dem Physik- und Mathematikstudium über Lyon und Bourg-en-Bresse nach Paris. Hier wird Ampère Professor an der „Ecole Polytechnique“ und später am Collège de France. Er forscht und lehrt Physik, Mathematik, Chemie und Philosophie. In dieser Zeit wird ihm das Amt des Generalinspecteurs der Pariser Universität übertragen. Auf einer Schulinspektionsreise stirbt der Forscher am 10. Juni 1836 in Marseille.

Ampère veröffentlichte eine Vielzahl von Arbeiten, die der Mathematik und Chemie richtungsweisende Impulse gaben. Aber erst seinen Forschungen auf dem Gebiet der Physik verdankt es Ampère, noch heute fast jedem Schüler ein Begriff zu sein. In die Annalen der Wissenschaft geht er als Begründer der Elektrodynamik ein.

Ausgangspunkt war eine einfache Beobachtung, deren Deutung ihn weltberühmt machen sollte: Stellt

man eine freibewegliche Magnetnadel (Kompaßnadel) neben einen Draht, der mit einer Spannungsquelle verbunden ist, dann zeigt die Nadel einen Ausschlag.

Ampère erkannte als erster, daß in diesem Draht ein elektrischer Strom fließt, der durch die Spannungsquelle angetrieben wird. Weiterhin muß dieser fließende Strom eine magnetische Kraft – wir sprechen heute von einem magnetischen Feld – erzeugen, die auf die Magnetnadel wirkt. Die Auswirkung dieses Magnetfeldes kennt jeder, der schon einmal z. B. einen Trennschleifer an eine nicht abgewickelte Kabeltrommel angeschlossen hat. Entweder springt die Sicherung der Kabeltrommel heraus oder die Leitung erhitzt sich so stark, daß Brandgefahr entsteht.

Ampère entdeckte weiter die Anziehung und Abstoßung zwischen zwei elektrischen Leitern, je nachdem die Ströme in die gleiche oder entgegengesetzte Richtung fließen. Diese Umwandlung von elektrischem Strom in eine mechanische Bewegung war die Grundvoraussetzung zur technischen Nutzung der elektrischen Energie. Der Schritt zu einer durch elektrischen Strom angetriebenen Drehbewegung und somit zur Entwicklung eines Elektromotors war jetzt nur noch klein.

Zur Messung der Stärke des elektrischen Stromes nutzte Ampère die beschriebene Ablenkung der Magnetnadel durch den Strom. Er stellte eine Regel für die Stärke der Ablenkung auf – Ampèresche Regel – und baute das erste Strommeßgerät, das Galvanometer. Die heute verwendeten Geräte arbeiten immer noch nach dem gleichen Prinzip.

Die Idee eines durch elektrische Ströme erzeugten Magnetfeldes

stellte die wissenschaftliche Welt auf den Kopf. Bisher hatte man elektrische und magnetische Erscheinungen strikt getrennt. Ampère übertrug seine Vorstellung auf andere magnetische Phänomene. Die Ursache der Kräfte eines Magneten sah er in kleinen elektrischen Strömen, die die Eisenmoleküle des Magneten umfließen. Das Erdmagnetfeld erklärte er durch große Ost-West-Ströme im Erdmantel. Erst ein Jahrhundert später wurden diese Gedanken aufgenommen und gaben die entscheidenden Anstöße zu den heute gültigen Erklärungen der Atom- und Geophysik.

Seine grundlegende Abhandlung über eine mathematische Theorie der elektrodynamischen Erscheinung von 1826 weist Ampère endgültig als den Begründer der Elektrodynamik aus. Sie war das Saatkorn, aus dem heraus die Elektrotechnik unserer Zeit wachsen konnte.

(Foto: Siemens-Museum)

Die Basisheinheit 1 Ampere ist die Stärke eines zeitlich unveränderlichen elektrischen Stroms, der, durch zwei im Vakuum parallel im Abstand 1 Meter voneinander angeordnete, geradlinige, unendlich lange Leiter von vernachlässigbar kleinem, kreisförmigen Querschnitt fließend, zwischen diesen Leitern je 1 Meter Leiterlänge elektrodynamisch die Kraft 0,0000002 Newton hervorrufen würde.

Anschrift der Redaktion:

Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 940-0
Telefax (0228) 9402702

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:

Peter Eykmann

Redaktion:

Sabine Matuszak-Faßbender
Günter Sers, Paul Claes

Layout:

Horst Brandenburg

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Druckhaus Neue Presse
Postfach 2563
8630 Coburg
Tel. 09561/647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-
halten. Abonnements werden am Beginn des
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Umschau

2

Aktuelles im Blickpunkt

Schutzraumbau: ungewisse Zukunft

10

Vortragsveranstaltung der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft

Die Aufgaben des DRK in einer sich ändernden Welt

16

DRK-Präsident Prinz Wittgenstein im Dialog

Ziviles Krisenmanagement überprüft

22

Katastrophenschutzübung in Niedersachsen

Rettungsdienst im ländlichen Raum

24

1. Hunsrücker Notfallsymposium

Der Himmel weiß, wo die Fahrzeuge sind

30

Neue Informations- und Kommunikationstechnik

Noch gefährlicher als die Hitze ist der Rauch

35

Brandfluchthauben werden immer wichtiger

Bundesverband für den Selbstschutz

38

Technisches Hilfswerk

46

Warndienst

49

Deutsches Rotes Kreuz

50

Arbeiter-Samariter-Bund

52

Johanniter-Unfall-Hilfe

54

Malteser-Hilfsdienst

56

Deutscher Feuerwehrverband

58

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

60

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/ -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

61

Wissenschaft und Technik

63

Bücher

64

Termine

9

Minimagazin

U 3



Erfolgreiche Bilanz der Rettungshubschraubereinsätze

Seit 20 Jahren stellt der Bund seine Zivilschutz-Hubschrauber den Ländern für Aufgaben des Katastrophenschutzes und insbesondere der Luftrettung zur Verfügung. Im vergangenen Jahr wurden in den neuen Bundesländern drei neue Rettungshubschrauber-Stationen in Betrieb genommen, und zwar in Magdeburg, Nordhausen und Güstro. Weitere Luftrettungsstationen mit Hubschraubern des Bundesministeriums des Innern sollen dieses Jahr in Dresden und Brandenburg eingerichtet werden. Es werden dann Zivilschutzhubschrauber an 22 Standorten im Einsatz sein. Bei 9 Stationen mit SAR-Bundeswehrehubschraubern und 19 mit Hubschraubern privater Betreiber, davon elf mit ADAC- und sieben mit DRF-

Hubschraubern, wird das Luftrettungsnetz in Deutschland künftig insgesamt 50 Stationen umfassen.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

„Vor allem die technische Entwicklung bringt eine ständig steigende Zahl von Notfall- und Unfallsituationen mit sich. Die Luftrettung hat sich dabei durch ihre Schnelligkeit und Beweglichkeit als unentbehrlich erwiesen. Sie ist eine notwendige und wirkungsvolle Ergänzung zu dem bodengebundenen Rettungsdienst.“

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, auch in anderen Staaten wurden Luftrettungsnetze geschaffen oder

sind im Aufbau. Das Bundesministerium des Innern hat bisher mehr als 98 Millionen Mark für die Beschaffung von Zivilschutz-Hubschraubern aufgewandt.

Die Luftrettung in der Bundesrepublik Deutschland kann sich weit über unsere Grenzen sehen lassen. Ihre Erfolgsbilanz spricht für sich. Bis Ende 1992 wurden von Hubschraubern des Zivilschutzes, besetzt mit Piloten des Bundesgrenzschutzes, insgesamt 310 000 Einsätze geflogen. Dabei wurden rund 258 000 Menschen ärztlich versorgt und in Krankenhäuser transportiert. Allein im Jahre 1992 wurden mit über 7500 Flugstunden zirka 19 300 Einsätze geflogen und insgesamt 7900 Verletzte geborgen.

Bis heute wurden von der

Luftrettung Tausenden von Menschen das Leben gerettet. Dafür spreche ich den Piloten, Ärzten, Sanitätern, Schwestern und Helfern für ihren vorbildlichen Einsatz meinen Dank und meine Anerkennung aus. Wer mit den Problemen des Luftrettungsdienstes vertraut ist, weiß, welches hohe Maß an Zusammenarbeit dabei von staatlichen Stellen und privaten Institutionen gefordert wird. Das betrifft neben den Behörden des Bundes und der Länder, die Gemeinden, die Hilfsorganisationen, die Feuerwehr, den ADAC und die DRF.

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft dieses in Europa und in der ganzen Welt vorbildliche Luftrettungssystem nach besten Kräften unterstützen.“

Erhaltung der THW-Struktur im Saarland

Die saarländische Landtagsfraktionen der SPD, CDU und F.D.P. stellten am 14. Januar 1993 folgenden Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag des Saarlandes fordert Landes- und Bundesregierung auf, einer Zusammenlegung der THW-Landesverbände sowie der THW-Landesverbandsdienststellen entgegenzuwirken und deren Eigenständigkeit im Saarland auch zukünftig zu gewährleisten.
2. Hierzu gehört auch die Beibehaltung der bisherigen be-

währten Strukturen und Aufgabenverteilung des THW in den Kreisen und Ortsverbänden.“

Zusammenarbeit zwischen den Organisationen verbessern

Eigeninitiative, gesellschaftliches Verantwortungsgefühl und Sich-selbst-in-die-Pflicht-nehmen führten zur Gründung der Gesellschaft zur Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Schutz-, Hilfs-, Rettungs- und Sanitätsdienste in Marburg. Initiator, Gründer und 1. Vorsitzender Dr. Edgar Groß

eröffnete die VI. Marburger Begegnung zu dem Thema „Möglichkeiten zur Bewältigung zukünftiger Aufgaben in der Katastrophenhilfe durch Sanitäts- und andere Dienste“ mit den Worten: „So wie es Menschenrechte gibt, so gibt es auch Menschenpflichten. Es wäre schamlos und wir würden in der Welt jede Achtung verlieren, würden wir uns der Verpflichtung zu helfen entziehen.“

Der beispielhafte Arbeitskreis der Hilfsorganisationen (AdH) in Marburg will die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen verbessern und mit Informationsveranstaltungen die Zuhörer in die Lage versetzen, durch vielseitige Informationen mitentscheiden zu können.

Präsident Dr. Edgar Groß vertrat sehr nachdrücklich die Auffassung, daß möglichst viele private und sonstige Einrichtungen im Sinne eines recht verstandenen Subsidiaritätsprinzips sich dem einzelnen und der Allgemeinheit zur Verfügung stellen sollten. „In dieser Vielfalt der Angebote liegen große Möglichkeiten, aber auch viele Schwierigkeiten. Einen Alleinvertretungsanspruch verträgt die Aufgabe, Hilfe zu leisten, genauso wenig wie einen Führungsanspruch. Echte Zusammenarbeit ist geboten. Kompetenzen sind zu klären.“ Dies zu verwirklichen, sei das gemeinsame Ziel der im AdH vereinigten Personen und Organisationen.

Dr. Reinhard Schulze, Chef-



arzt am Siegener Kreiskrankenhaus, forderte in seinem Grundsatzreferat, daß es gelte, sowohl die militärischen als auch die zivilen Potentiale zu nutzen. Der Siegener Chefarzt und Reserveoffizier mahnte an, daß es an der Zeit sei, die Trennung zwischen militärischen und zivilen Sanitätsdienstleistungen aufzugeben. Nicht nur die veränderte Bedrohungslage und die angespannten Haushaltsmittel, sondern auch Fragen medizinischer Effektivität würden heute dazu zwingen, gemeinsame Vorbeuge- und Versor-

gungskonzepte zu erarbeiten. Möglichkeiten der zivil-militärischen Zusammenarbeit führte Schulze an einer Reihe von Einzelbeispielen auf.

Eine nachahmenswerte private Initiative zur eigenverantwortlichen Selbsthilfe und zum Selbstschutz!

Unser Bild zeigt den Initiator und ersten Präsidenten der Gesellschaft zur Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Schutz-, Hilfs-, Rettungs- und Sanitätsdienste – Arbeitskreis der Hilfsorganisationen (AdH), Dr. Edgar Groß.

Bundesregierung behält Ausweichsitz im Ahrtal

In seiner schriftlichen Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ingrid Köppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Eduard Lintner, deutlich gemacht, daß die Bundesregierung ihren Ausweichsitz in Marienthal weiterhin beibehält. Die Abgeordnete Köppe hatte gefragt: „Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluß der Landesregierung Nordrhein-Westfalens, ihren für den

Kriegsfall eingerichteten Regierungsbunker wegen der geänderten politischen Situation sowie zur Ersparnis der hohen Unterhaltungskosten aufzugeben und über einen Immobilienmakler interessierten Nutzern anzubieten, und aus welchen Erwägungen gedenkt die Bundesregierung diesem Beispiel hinsichtlich ihrer Bunker in Marienthal/Eifel sowie in Prennden bei Berlin angesichts der angespannten Haushaltslage zu folgen bzw. nicht zu folgen?“

In seiner Antwort vom 20. Januar schreibt Staatssekretär Lintner: „Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat die Entscheidung, ihren Ausweichsitz aufzugeben, im Rahmen ihrer Verantwortung und Zuständigkeit getroffen.

Die Bundesregierung hat keine Veranlassung, diese Entscheidung zu bewerten, noch ergeben sich hieraus Konsequenzen für ihren Ausweichsitz. Die Bundesregierung hat bereits im Jahre 1991 entschieden, den Ausweichsitz in Marienthal beizubehalten, um die Handlungsfähigkeit des Staates auch in Situationen, die einen Verbleib am Friedenssitz unmöglich machen, zu sichern. Erkenntnisse, die eine Änderung dieser Entscheidung notwendig machen könnten, liegen nicht vor. Die Führungsschutzbauten der ehemaligen DDR, u. a. in Prennden bei Berlin, sind entbehrlich und werden abgewickelt bzw. entsorgt. Die Zuständigkeit für Prennden liegt beim Bundesminister der Verteidigung.“

Über humanitäre Hilfe regelmäßig berichten

In einem interfraktionellen Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, in regelmäßigen Abständen – mindestens einmal pro Wahlperiode – über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland dem Deutschen Bundestag zu berichten. Der Bericht soll sich auf alle humanitären Hilfeleistungen aller Ministerien beziehen und auch einen Vergleich zu den Leistungen anderer Industrienationen geben.

Entscheidung über Katastrophenschutzschulen noch nicht gefallen

Eine Entscheidung über den Fortbestand bzw. die Zusammenlegung von Katastrophenschutzschulen ist noch nicht gefallen, betonte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Eduard Lintner, am 11. Februar im Deutschen Bundestag. Die SPD-Abgeordnete

Ulrike Mehl hatte gefragt: „Warum beabsichtigt die Bundesregierung vorhandene Katastrophenschutzschulen zu schließen, u. a. Rendsburg, ohne daß sie ein neues Ausbildungskonzept für den erweiterten Katastrophenschutz erarbeitet hat, was bereits vor Jahren vom Bundesrechnungshof angemahnt worden ist?“

Dazu Staatssekretär Lintner im Plenum: „In seiner Stellungnahme vom 25. Juli 1989 zu der Mitteilung des Bundesrechnungshofes über die Prüfung der Organisation des Zivilschutzes, Teilbereich Aus- und Fortbildung vom 22. Februar 1989, hat der Bundesminister des Innern die Bemerkung des Bundesrechnungshofes zur Konzeption für die Ausbildung in den einzelnen Zivilschutzbereichen zurückgewiesen. Mit Weitergeltung der bestehenden Rechtslage für die Erweiterung des Katastrophenschutzes ist die Konzeption für die Ausbildung der Helfer, Funktionsträger und Führungskräfte durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die zusätzliche Ausbildung des Katastrophenschutzes vom 27. Februar 1972 vorgegeben. Neben den Katastrophenschutzschulen in Burg an der Mosel (Rheinland-Pfalz) und Johannisberg (Hessen) ist auch die Schule Rendsburg in den Prüfungsvorschlag zur Rationalisierung der Schulkapazität einbezogen worden, da sich hier rein rechnerisch die Möglichkeit einer Zusammenlegung z. B. mit der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen in Bad Nenndorf anbietet.“

Die Abgeordnete Mehl stellte daraufhin folgende Zusatzfrage: „Können Sie mich einmal darüber aufklären, was gilt? Es gibt eine Frage des Kollegen Koppelin zu genau dieser Frage. Darin heißt es: ‚Gedacht ist im übrigen aber nicht an eine kurzfristige Auflösung der kleinen Katastrophenschutzschulen, sondern an eine organisatorische Anbindung als Außenstelle. In dem Schreiben von Staatssekretär Priesnitz an den Innenminister des Landes Schles-

wig-Holstein – das ist vom 8. Januar – heißt es: „Die Randalge Rendsburgs im Norden des Bundesgebietes und die vorgegebenen Einzugsbereiche der Katastrophenschutzschule in Bad Nenndorf... lassen die Beibehaltung des Schulstandortes Rendsburg wirtschaftlich kaum vertretbar erscheinen.“ Aus dem Erstgenannten ist eine große Pressemeldung entstanden, in der es hieß: Rendsburg wird nicht dichtgemacht, sondern wird als Außenstelle angebunden. In dem zweiten Schreiben heißt es, es sei sehr unwahrscheinlich, daß die Schule bestehenbleibe, obwohl sie erst 1989 eingerichtet wurde, also nagelneu ist.“

Darauf Staatssekretär Lintner: „Ich führe das darauf zurück, daß wir uns in einem Prüfungsvorgang befinden und gerade auf dem Sektor des Zivilschutzes und des Katastrophenschutzes Veränderungen vorgenommen werden. Gültig ist in jedem Fall die Auskunft, die ich Ihnen jetzt erteilt habe, nach der eben diese Schule mit in die Prüfung einbezogen ist, aber ein endgültiges Ergebnis dazu noch nicht mitgeteilt werden kann.“

Bern: Broschüre zum Kulturgüterschutz

„Der Kulturgüterschutz 1992“ heißt eine neue Broschüre, die das Bundesamt für Zivilschutz, Bern, herausgegeben hat. Die Schrift informiert in geraffter Form über die Entstehungsgeschichte, Grundlagen, Organisation und Maßnahmen sowie über den derzeitigen Stand des Kulturgüterschutzes in der Schweiz. Die Broschüre wendet sich sowohl an den interessierten Laien als auch an diejenigen, die sich beruflich oder im Rahmen des Zivilschutzes für den Schutz und die Erhaltung des kulturellen Erbes einsetzen.

Interessenten wenden sich an das Bundesamt für Zivilschutz, Dokumentationsdienst/Bibliothek, Monbijoustraße 91, CH-3003 Bern.

Berliner Feuerwehr mit neuem Leiter

Der 39jährige Branddirektor Dipl.-Ing. Albrecht Brömme wurde kürzlich mit der Leitung der Berliner Feuerwehr beauftragt. Brömme ist 1953 in Darmstadt geboren. Nach der Schulzeit studierte er an der Technischen Hochschule in Darmstadt Elektrotechnik. Bereits als 17jähriger Schüler arbeitete Brömme beim Technischen Hilfswerk in Darmstadt mit.

1974 gewann Brömme Interesse an der Arbeit der Feuerwehr und wechselte zur Freiwilligen Feuerwehr in Darmstadt. Neben seinem Studium war er als Volontär bei der Berufsfeuerwehr Darmstadt tätig.

1977 begann Brömme als Brandreferendar bei der Berliner Feuerwehr den Vorbereitungsdienst für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst. Ausbildungsabschnitte wurden bei den Feuerwehren in Berlin, München, Frankfurt, Hamburg und beim RW Köln absolviert. Studienaufenthalte folgten bei den Feuerwehren Wien, Paris und London.

Nach abgelegter Staatsprüfung begann Brömme als Brandrat CK bei der Berliner Feuerwehr und leitete dort fünf Jahre lang das Referat Fernmeldeaußenanlagen. Er wurde dann Brandoberrat und Abschnittsleiter. Es folgte die Mitarbeit im Direktionsstab, wo Brömme für die Organisation der Berliner Feuerwehr zuständig war.

In diesen Zeitraum fiel die Öffnung der Berliner Mauer. Bei der angestrebten Zusammenführung der grundsätzlich unterschiedlich strukturierten Feuerwehren waren Planungen und Maßnahmen erforderlich, durch die Brömme sehr vielschichtige Ost-/West-Einblicke gewinnen konnte.

1991 wechselte Brömme zur Fachaufsicht der Feuerwehr bei der Senatsverwaltung für Inneres. Als Branddirektor lagen die Arbeitsschwerpunkte bei der Fortsetzung der Ost-/West-Zusammenführung der Feuerwehren und des Rettungssamtes in Berlin.

Seine Mitarbeit in Arbeitsgruppen, Fachnormenausschüssen und als Lehrbeauftragter an der Technischen Fachhochschule war hoch geschätzt.

Als Leiter der größten Berufsfeuerwehr der Bundesrepublik Deutschland hat Brömme ein interessantes, arbeitsreiches und schwieriges Amt übernommen.

25 Jahre Staatlicher Lawinenwarndienst in Bayern

Der Staatliche Lawinenwarndienst in Bayern kann in diesem Winter auf 25 Jahre erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Wie Innenstaatssekretär Dr. Herbert Huber anlässlich einer Präsentation des Lawinenwarndienstes auf dem Sudelfeld bei Bayrischzell hervorhob, kam es dabei in allen Jahren im gesamten überwachten Bereich, im Siedlungsraum, auf Straßen und auf freigegebenen Skipisten „dank der Sorgfalt und des großen Einsatzes der Helfer und sicher mit etwas Glück“ zu keinem einzigen Lawinenunfall. „Die verschiedenen staatlichen Maßnahmen zum Schutz vor Lawinen, von der Erhaltung des Bergwaldes über Lawinenverbauungen, gezielte Schneefeldsprengungen bis hin zum Staatlichen Lawinenwarndienst haben sich als höchst erfolgreiche Vorsorge erwiesen. Dadurch konnte nicht nur für viele Millionen Wintersportler mehr Sicherheit vor den Gefahren des Hochgebirges geschaffen werden, auch die Existenzgrundlagen vieler Fremdenverkehrsgemeinden wurden dadurch besser gesichert“, sagte Huber. Der Staatssekretär dankte den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern, die in den vergangenen Jahren an dieser Erfolgsbilanz mitgearbeitet haben.

Der Lawinenwarndienst wurde nach dem schwerwiegenden Lawinenunglück auf der Zugspitze am 15. Mai 1965 ins Leben gerufen, als trotz ei-

ner sofort einsetzenden großen Bergungsaktion zehn Personen in einer 800 Meter breiten Naßschneelawine ums Leben kamen und weitere 22 zum Teil schwer verletzt wurden. Nachdem zunächst ein örtlicher Lawinenwarndienst im Landkreis Garmisch-Partenkirchen aufgebaut worden war, stand am 3. November 1967 der Staatliche Lawinenwarndienst für den gesamten bayerischen Alpenraum bereit.

Die Bayerische Lawinenwarnzentrale hat derzeit 13 Meß- und Beobachtungsstationen in höheren Gipfelregionen der Bayerischen Alpen, bei denen im Winter täglich zwischen 6.30 Uhr und 7.15 Uhr morgens verschiedene Kenndaten über Wetter, Schneedecke und Lawinenabgänge erfaßt werden. Die Ergebnisse der Messungen, die von freiwilligen Helfern durchgeführt werden, werden dann von der Lawinenwarnzentrale in München abgerufen. Seit 1982 werden darüber hinaus auf drei Gipfelstationen kontinuierlich Windrichtung, Windgeschwindigkeit und Lufttemperatur registriert und automatisch an die Warnzentrale übertragen.

Neben den Meßstationen liefern 36 örtliche Lawinenkommissionen mit insgesamt 250 ehrenamtlichen Mitarbeitern weitere wichtige Grundlagen für die täglichen Lawinenwarnberichte der Zentrale in München. In den Kommissionen arbeiten ortskundige und bergerfahrene Helfer, die jeweils die örtliche Lawinensituation beurteilen und auch Empfehlungen für Pistensperren oder Straßensperrungen geben. Die Mitglieder der Kommissionen, zu denen vor allem Polizeibeamte, Angehörige der Berg- und Skiwacht, Mitarbeiter der Bergbahnen und Bedienstete der Landratsämter und Gemeinden gehören, opfern in jedem Winter ohne finanzielle Entschädigung viele Stunden Freizeit für die Vorbereitung der Lawinenwarnungen.

Die Lawinenwarnzentrale in München schließlich erstellt auf der Grundlage der eingehenden Messungen und Be-

richte und der Hinweise des Deutschen Wetterdienstes tägliche Lawinlageberichte, die während der Wintersport-saison jeweils unter der Rufnummer 089/1210-1210 bzw. über Telefax 089/1210-1135 abgefragt werden können. Allein im vergangenen Winter nahmen fast 31 000 Wintersportler dieses Angebot wahr. Darüber hinaus wird der Lawinlagebericht regelmäßig im Hörfunk ausgestrahlt. Bei speziellen Lawinenkursen der Warnzentrale wurden in den vergangenen 25 Jahren nahezu 1300 ehrenamtliche Helfer geschult.

In den nächsten Jahren werden im Lawinenwarndienst in internationaler Zusammenarbeit verstärkt auch Computer eingesetzt, um Meßstationen im gesamten Alpenraum jederzeit abrufen zu können. Dazu werden automatische Meßstationen errichtet, die mit Ultraschall Schneehöhe und Windgeschwindigkeit erfassen können.

Wie Staatssekretär Huber betonte, kann der Lawinenwarndienst allerdings auch bei

weiter verbesserter technischer Ausstattung letztlich nicht die persönliche Sorgfalt, Vorsicht und Verantwortung des einzelnen Wintersportlers ersetzen. „Skisportler müssen sich abseits der Piste, beim immer beliebter werdenden Variantenfahrten im Tiefschnee und vor allem beim Tourenskilauf im Hochgebirge ihrer vollen Eigenverantwortung ständig bewußt sein. Der Staat kann dem mündigen Bürger nicht jedes Risiko abnehmen. Er kann hier nur seine Hilfe und Informationen für die Eigenvorsorge anbieten“, erklärte Huber. Um jedem Skisportler die Möglichkeit zu geben, sich selbst über Lawinengefahren zu informieren, hat das Innenministerium seine in Zusammenarbeit mit der Lawinenwarnzentrale erstellte Broschüre „Lawinen-Gefahren-Erkennen“ neu aufgelegt. Diese Broschüre mit vielen Hinweisen und Verhaltensregeln zum Schutz vor Lawinen kann bei der Pressestelle des Innenministeriums, Odeonsplatz 3, 8000 München 22, kostenlos angefordert werden.

Schadstoff-Telefon eingerichtet

In Schleswig-Holstein können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger durch einen speziell eingerichteten Telefon-Ansagedienst über die Schadstoffbelastung der Luft informieren. In Kiel, Lübeck und Hamburg ist dies über die Rufnummer 115 08, im übrigen Schleswig-Holstein über die 01 15 08 möglich.

Mit dieser neuen Einrichtung entspricht das Umweltministerium nach Angaben der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung zahlreichen Anregungen und Wünschen aus der Bevölkerung. Neben dem bereits bestehenden Ozon-Ansagedienst, der von Mitte Mai bis Ende Dezember eingerichtet ist, bietet dieser neue Ansagedienst eine weitere Möglichkeit, sich über aktuelle Umweltdaten zu informieren.

Dort werden Angaben über die Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Schwebstaub nach den Klassifizierungen „niedrig“, „durchschnittlich“, „erhöht“ und „hoch“ gemacht. Die Werte werden täglich um 12.00 Uhr berechnet, aktualisiert und können ab etwa 12.45 Uhr über den Ansagedienst abgerufen werden.

Grundstein gelegt für neue MHD-Zentrale in Köln

Pünktlich zum Start der Feierlichkeiten anlässlich der 40-Jahr-Feier des Malteser-Hilfsdienstes wurde in Köln an der Brüsseler Straße der Grundstein für ein neues Verwaltungsgebäude der Hilfsorganisation gelegt. Constantin von

Brandenstein-Zepelin, Präsident der Malteser, griff als erster zur Kelle, um den zuvor feierlich gesegneten ersten Stein für das neue Gebäude zu setzen.

Johannes Freiherr Heereman, geschäftsführender Präsident der Malteser, stellte in seiner Rede die Verbundenheit der Malteser zur Stadt Köln heraus. In Köln wurden vor 40 Jahren die ersten Schritte zur Gründung des Verbandes getan, und Köln bleibt, erst recht durch das neue Zentralgebäude, der Mittelpunkt der bundesweiten Malteser-Arbeit.

Die Hilfsorganisation hat sich in den vergangenen Jahren besonders den Anforderungen in den Sozialen Diensten gestellt und neue Projekte gestartet. Parallel zur Ausweitung der Dienste sind auch die Anforderungen an eine effiziente Verwaltung der Organisa-

tion gewachsen. Personalerweiterungen wurden notwendig und dadurch steigt natürlich auch der Raumbedarf. Verschiedene Einrichtungen der Organisation sind zur Zeit über das gesamte Stadtgebiet verteilt.

Der Malteser-Hilfsdienst ist in den letzten zehn Jahren gewachsen. Bundesweit verfügt er heute über rund 600 000 Mitglieder, davon sind 30 000 ehrenamtlich aktiv. Nach wie vor ist die ehrenamtliche Arbeit der Malteser das tragende Element der sozialen Dienstleistungen. Darüber hinaus ist der MHD im gesamten Bundesgebiet auch Arbeitgeber für viele Verwaltungskräfte und für Spezialisten im sozialen Bereich. Über 2000 hauptamtliche Mitarbeiter und nahezu 4000 Zivildienstleistende sind inzwischen für die Hilfsorganisation tätig.

Neue Räume für Einsatzleitstelle und Katastrophenschutzstab

Gut eingelebt haben sich die zwölf Mitarbeiter der zentralen Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle des Landkreises Lüneburg in ihren neuen Räumen in der Kreisverwaltung. Sie waren Anfang dieses Jahres aus ihren engen Büros im historischen Alten Kaufhaus in der Lüneburger Altstadt in das Gebäude des ehemaligen Straßenverkehrsamtes Am Springintgut umgezogen. Auslöser für den Umzug war das neue niedersächsische Rettungsdienstgesetz, nach dem jetzt der Landkreis Lüneburg allein für den Rettungsdienst zuständig ist.

Mehr Platz und modernste Technik bietet das neue Domizil den Mitarbeitern der kurz FEL genannten Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle. Die drei Meldetische lassen sich jetzt besser zusammenschalten, und die Notrufe können problemlos aufgezeichnet

und abgerufen werden. Darüber hinaus speichert eine Langzeit-Dokumentation alle Daten für die zurückliegenden 24 Stunden.

380 000 DM ließ sich der Landkreis Lüneburg Technik und Mobilar der neuen FEL kosten. Für Veränderungen am Gebäude mußten weitere 90 000 DM aufgewendet werden. Aber ohne das lobenswerte Engagement der FEL-Mitarbeiter wäre der Umzug noch viel teurer geworden. Sie kamen sogar an Feiertagen, um die neuen Räume einzurichten und sich in die neue Technik einweisen zu lassen. Mit ihrer Hilfe konnte der Umzug „fließend“ organisiert werden, so daß kein einziger Anruf von Hilfesuchenden verlorenging.

Aber nicht nur für die neue Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle hat der Landkreis Lüneburg tief in die Tasche gegriffen. Auch die Einrichtung des neuen Katastrophenschutzentrums im Keller des benachbarten, neu gebauten Straßenverkehrsamtes hat viel Geld gekostet. 150 000 DM wurden zusätzlich für den Neubau und rund 80 000 DM

für die Ausstattung der Räume investiert. Zum Katastrophenschutzzentrum gehört ein zentraler Stabsraum, um den sich elf kleinere Büroräume gruppieren. Alle Räume haben Telefon- und EDV-Anschluß.

Die moderne Technik der nahe gelegenen Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle kann mitgenutzt werden. Über eine umfangreiche EDV-Anlage lassen sich Lagepläne abrufen und in den Stabsraum überspielen, so daß dort anhand von Ausschnitten in kleinsten Formaten exakt geplant werden kann. Eine enge Zusammenarbeit ist auch im Funkverkehr vorgesehen.

Bei einer Katastrophe arbeiten im Schutzzentrum rund hundert Personen rund um die Uhr im Zwei-Schicht-Betrieb. Neben den Landkreismitarbeitern sind es die Vertreter von Feuerwehr, THW, Polizei, Bundeswehr ASB und DRK. Für sie werden bei Bedarf die zwei Etagen höher gelegenen Büros geräumt, in denen normalerweise die Führerscheinstelle untergebracht ist.

Schweiz: Effizienz dank Verbundlösungen

Die neuen Leitbilder für den Zivilschutz, die Armee und die Feuerwehren sehen eine bessere Koordination der Tätigkeiten dieser drei Partnerorganisationen vor. Mit Verbundlösungen sollen für alle Lagen Synergieeffekte erreicht und Doppelspurigkeit vermieden werden. Einzelheiten dieser Koordination abzusprechen, war das Ziel einer Fachtagung, die am 20. Januar im Zivilschutz-Ausbildungszentrum in Schwarzenburg stattfand und an der erstmals die Spitzen des Bundesamtes und der kantonalen Ämter für Zivilschutz, des Schweizerischen Feuerwehrverbandes sowie der Luftschutztruppen gemeinsam teilnahmen.

Der Direktor des Schweizerischen Bundesamtes für Zivilschutz, Paul Thüring, erläuterte den erweiterten Auftrag

des Zivilschutzes, der gemäß dem neuen Leitbild nicht nur aus dem Schutz bei bewaffneten Konflikten besteht, sondern ebenso aus der Hilfe bei Katastrophen und in anderen Notlagen. Daraus folgt, daß der Zivilschutz neue Strukturen schaffen muß, die in jeder Situation einen möglichst effizienten Einsatz gewährleisten. Unter dem Motto „Einfach, rasch und im Verbund“ sollen nach Meinung Thürings die sich aus dem neuen Auftrag des Zivilschutzes ergebenden Berührungspunkte mit den anderen Partnern einer möglichst effizienten Lösung zugeführt werden. Dabei soll der Grundsatz gelten, daß jede Organisation das macht, was sie am besten kann, sich aber auch bereithält, die Partner zu unterstützen. Bei einem Aufgebot in außerordentlichen Lagen wie auch bei bewaffneten Konflikten sollen deshalb künftig die Einsätze der Feuerwehr durch den Feuerwehrkommandanten, diejenigen der Rettungsformationen des Zivilschutzes durch den Chef der Zivilschutzorganisation befohlen werden. Der Einsatz der Rettungstruppen der Armee soll in jeder Lage weiterhin subsidiär, das heißt im Sinne der Unterstützung und Schwergewichtsbildung erfolgen. In jedem Fall ist es aber wichtig, daß die Partner gemeinsam ausbilden und üben und einen ständigen Informationsaustausch pflegen.

Für Willy Gabl, den Zentralpräsidenten des Schweizerischen Feuerwehrverbandes, erhält die Feuerwehr mit dem Konzept „Feuerwehr '95“ unter dem Motto „So normal wie möglich, so außerordentlich wie nötig“ ebenfalls einen erweiterten Auftrag in dem Sinn, daß die Feuerwehr künftig auch im Aktivdienstfall das Ersteinsatzmittel der Gemeinde für Rettung, Brandbekämpfung und Schadenabwehr wird. Probleme ergeben sich bei der Sicherstellung der Bestände, insbesondere in kleinen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern. Sie können aber mit einer großzügigen Freistellungspraxis seitens der Armee und des Zivilschutzes

gelöst werden. Weitere Lösungen sind zudem auch in der Frage der sozialrechtlichen Gleichstellung der Feuerwehrleute mit den Wehr- und Schutzdienstpflichtigen beim Militärpflichtersatz, beim Erwerbersatz sowie dem Versicherungsschutz zu finden.

Brigadier Peter Bieder, Direktor des Bundesamtes für Luftschutztruppen, erläuterte das Einsatzkonzept der Luftschutztruppen, die gemäß Leitbild „Armee '95“ Rettungstruppen heißen werden. Mit der Bildung des Katastrophenhilferegimentes soll die Hilfeleistung der Armee bei Katastrophen in Friedenszeiten noch schneller und effizienter gestaltet werden.

In einzelnen Arbeitsgruppen wurden verschiedene Fragen der Zusammenarbeit eingehend erörtert. Dabei wurde klar, daß nur das offene Gespräch unter Partnern zu befriedigenden Lösungen führen kann. Erste Lösungsansätze sollen nun verfeinert und so konkretisiert werden, daß der Übergang von den heutigen Strukturen auf die Strukturen von Zivilschutz '95 – Armee '95 – Feuerwehr '95 auf den 1. 1. 1995 gewährleistet ist.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement,
Informations- und
Pressedienst

Internationale Tankersicherheit

Bundesverkehrsminister Dr. Günther Krause und Bundesumweltminister Dr. Klaus Töpfer haben am 25. Januar 1993 vor der Sondersitzung der Verkehrs- und Umweltminister der EG verdeutlicht, daß die Bundesregierung angesichts der jüngsten Tankerunfälle energische Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Tankersicherheit für dringend erforderlich hält. Angesichts der aufgetretenen Katastrophenfälle sei ein abgestimmtes Handlungskonzept der Gemeinschaft zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Umweltvorsorge notwendig, erklärten die Minister.

Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung vor allem in folgenden Bereichen:

1. Die Umrüstung der internationalen Tankerflotten auf die Doppelhüllenbauweise oder vergleichbare Technologien muß vorgezogen werden. Die von der Internationalen Seeschiffsorganisation IMO festgelegten Zeiträume für die Betriebserlaubnis alter Tanker von 25 bzw. 30 Jahren Tanker-Lebensalter muß auf höchstens 15 Jahre verkürzt werden.
2. In den europäischen Häfen müssen Sonderkontrollen bei Tankschiffen durchgeführt werden, die nicht von anerkannten Klassifikationsgesellschaften geprüft worden sind. Neben der erfolgreichen Tätigkeit international renommierter Klassifikationsgesellschaften, wie den elf großen im internationalen Verband der Klassifikationsgesellschaften zusammengeschlossenen Gesellschaften, gibt es eine Vielzahl von Gesellschaften, deren ernsthafte Prüf- und Kontrolltätigkeit in Zweifel gezogen werden kann. Hier müssen gezielt Listen solcher Schiffe aufgestellt werden, die Sonderkontrollen in den Häfen unterzogen werden müssen. Treten Unregelmäßigkeiten bei den Kontrollen auf, ist das Schiff so lange festzuhalten, bis die Mängel behoben sind.
3. Es müssen verbindliche internationale Tankerrouten eingeführt werden, abseits von bekannten Gefahrenzonen. Ökologisch sensible Gebiete sollten künftig mit Öltransporten nicht mehr befahren werden. Hier muß schnellstmöglich eine Einigung der EG-Küstenstaaten auf Fahrtrouten wie es sie z. B. in der Deutschen Bucht mit dem „Tiefwasserweg“ 28 Seemeilen vor der Inselküste schon gibt, erfolgen. Der koordinierte EG-Vorschlag muß dann schnellstens in die IMO zur Verabschiedung eingebracht werden.
4. Es kann nicht länger hinge-

nommen werden, daß, insbesondere auf Schiffen unter den sogenannten „Billig-Flaggen“, Besatzungen auf den Tankschiffen tätig sind, die kurzfristig vor der Reise zusammengestellt werden, deren Ausbildungsstand nicht dem Mindestniveau entspricht, der für den sicheren Betrieb eines Tank-schiffs notwendig ist, und die sich mitunter nicht einmal an Bord ausreichend verständigen können.

Zur Verbesserung des Ausbildungsstandes an Bord muß deshalb das Internationale Übereinkommen von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten zügig überarbeitet werden. In diesem Rahmen müssen zusätzliche Qualifikationsanforderungen für Tankerbesatzungen aufgestellt werden. Ferner muß ein Sicherheits-Management-Code verbindlich eingeführt werden, mit dem den Reedereien bzw. dem Schiffs-Management eine besondere Verantwortung für die richtige Auswahl der Mannschaft und deren Qualifikation auferlegt wird. Schließlich ist es erforderlich, eine einheitliche Arbeitssprache an Bord einzuführen.

5. Die bestehenden Notstands-pläne und -maßnahmen auf EG- und internationaler Ebene sollten überprüft und gegebenenfalls verbessert werden. Dabei sollten auch die bestehenden Reinigungstechnologien für großflächige Ölverschmutzungen einbezogen werden.

6. Es ist für den Fall von Tank-schiffskatastrophen eine Aufstockung der Haftpflichtversicherungssummen vorzuschreiben. Hier ist es erforderlich, daß die im vergangenen Jahr beschlossenen Protokolle zu dem Internationalen Ölhafungs-übereinkommen von 1969 und dem Internationalen Ölhafungs-Fonds-Übereinkommen von 1971 schnellstmöglich in Kraft treten.

7. Die Verantwortung des Flaggenstaates für die Sicherheit des Schiffes und seines sicheren Betriebes muß ernst genommen werden. Gefährliche Seetransporte mit Öl-, Gas- und Chemieprodukten gehören nicht unter sogenannte Billigflaggen, bei denen das Recht zur Flaggenführung nur als Gefälligkeit gegenüber Schiff und Reeder angesehen wird! In diesem Zusammenhang muß auf europäischer Ebene der Trend zur Ausflagung gestoppt und die nationale Diskussion verstärkt in diese Richtung geführt werden.

Auf der EG-Ratstagung am 25./26. Januar 1993 wurde die EG-Kommission aufgefordert, bis zum März 1993 entsprechende Konkretisierungen vorzulegen, damit diese anläßlich der Juni-EG-Ratstagung behandelt und beschlossen werden können.

Müllkonzept der KSB

Am 14. Dezember 1992 startete an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Bad Neuenahr-Ahrweiler, ein neues Müllkonzept, das in Zusammenarbeit mit der Kreisver-

waltung erstellt wurde. „Die Schule hat mit ihrem Müllkonzept eine Vorreiterrolle übernommen, denn sie ist die erste Einrichtung im Kreis, die das ‚Duale System‘ von Rest- und Bioabfall sowie Wertstoffen umgesetzt hat“, so Volkmar Hintze, Umweltberater der Kreisverwaltung.

Die KSB ist ein Betrieb mit 90 Beschäftigten und rund 5000 Seminarteilnehmern im Jahr; eine kleine Stadt für sich mit Küche, Kantine, Verwaltung, einem Lehr- und Technischen Bereich. Rund 15 Kubikmeter Müll fallen in der Woche an. Doch die Müllmenge soll sich aus Umwelt- und Kostengründen künftig auf zwei bis drei Kubikmeter die Woche reduzieren.

Müll vermeiden, verwerten, entsorgen, heißt die Devise. Die Kantine der KSB benutzt keine Einwegflaschen und vermeidet ebensolche Verpackungen. Die Küche kocht nicht aus Konservendosen, für den Biomüll schaffte die Schule eine eigene Großkompostieranlage an. Wo Müll anfällt, wird sortiert und gesammelt. Für die Wertstoffe ist das „Duale System Deutschland“ zuständig. Für das Glas hat die KSB als erste Einrichtung im Kreis von der Kreisverwaltung Depotcontainer für die Tren-

nung von Weiß-, Braun- und Grünglas erhalten. Den Restmüll, der noch anfällt, entsorgt für eine Gebühr die Kreisverwaltung. Man rechnet mit zwei bis drei Kubikmetern.

In allen Gebäuden der Anlage finden sich die Behälter (Foto). Jeder ist aufgefordert mitzumachen. So können, laut Verwaltungsleiter, bis zu 5000 Mark im Jahr eingespart werden. (Foto: Sers)

Kfz-Mängel im Osten rückläufig

Mit der deutlichen Veränderung der Altersstruktur der Fahrzeuge und dem Greifen der im Oktober 1990 auch in Ostdeutschland eingeführten periodischen Fahrzeugüberwachung hat sich auch der technische Zustand der Fahrzeuge auf ostdeutschen Straßen deutlich verbessert.

So haben die Dekra-Sachverständigen bei den mehr als 1,6 Millionen Hauptuntersuchungen im Jahr 1992 nur noch 34,1 Prozent der vorgestellten Pkw wegen erheblicher Mängel zurückweisen müssen. 1991 waren es mit 41,4 Prozent noch 7,3 Prozent mehr. Die Anzahl der als verkehrsunsicher erkannten Kfz





Sturmflut mit Hochwasser

Orkanartige Stürme mit Windböen bis zu 160 Kilometern in der Stunde fegten am 23. und 24. Januar über Norddeutschland hinweg. Mindestens fünf Menschen kamen ums Leben. Die Nordfriesischen Inseln und Teile von Hamburg wurden von der Flut überschwemmt. Zahlreiche Fährverbindungen an der

Nord- und Ostsee mußten eingestellt oder eingeschränkt werden. Im Raum Niedersachsen wurde bei Windstärken um 140 Kilometer pro Stunde Orkanwarnung gegeben. Zahlreiche Bäume stürzten auf Fahrzeuge. Im Hamburger Peutehafen hielt ein alter Deich den Fluten nicht mehr stand. Auf einer Länge von zehn Metern brachen die Wassermassen durch.

(Foto: dpa)

ging von 0,3 auf 0,2 Prozent zurück. Auch bei Nutzfahrzeugen war 1992 ein signifikanter Mängelrückgang zu verzeichnen. Statt 28,1 Prozent aller Lkw in 1991 erhielten 1992 mehr als 36 Prozent sofort die Prüfplakette. Die Anzahl der mit erheblichen Mängeln vorgestellten Nutzfahrzeuge verringerte sich um mehr als neun Prozent.

Wie Dipl.-Ing. Klemens Große-Vehne, Vorstandsvorsitzender des Dekra e. V., Dresden, jetzt mitteilte, hatte Dekra im vergangenen Jahr bei der Anzahl der durchgeführten Hauptuntersuchungen in Ostdeutschland einen erneuten Zuwachs in Höhe von mehr als zehn Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wurden seit Oktober 1990 3,15 Millionen Fahrzeugprüfungen durchgeführt. Dabei wurden insgesamt über fünf Millionen erhebliche

technische Einzelmängel festgestellt – rund 15 Prozent mehr als in den Altbundesländern.

Leserbrief

Zu dem Artikel von Karl-Ludwig Haedge „Schutz der Bevölkerung nach der Vereinigung Deutschlands“ im „Bevölkerungsschutz-Magazin“ 6/92 erreichten die Redaktion mehrere Leserbriefe. Mit dem Abdruck der nachfolgenden Stellungnahme von Christian Petersen, Zell am Harmesbach, wollen wir die Diskussion über das Thema im Magazin abschließen.

Haedge bedient sich einmal mehr der bei ihm beliebten Methode, Dinge kurz anzudenken und dann weitreichenden

de Schlußfolgerungen zu ziehen, die den Nachteil haben, daß sie sich aus den gemachten Prämissen nicht ableiten lassen.

Ziel der Luft-Kriegsführung war und ist es, das politische, administrative und wirtschaftliche Leben des gegnerischen Staates zu stören und – wenn möglich – zu lähmen. Das war zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges so, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Was sich teilweise geändert hat, sind die technischen Mittel, die zu diesem Ziel eingesetzt wurden bzw. werden.

Angriffsobjekte sind daher – heute wie damals – Ministerien, Verwaltungszentren, kriegswirtschaftlich bedeutende Industriebetriebe, Verkehrswesen und Betriebe der Strom-, Gas- und Wasserversorgung. Auch Angriffe gegen Wohngebiete wurden damals offiziell mit dieser Zielsetzung begründet.

Bei den im Zweiten Weltkrieg praktizierten Angriffsarten muß man zwischen Angriffen auf Punktziele und auf Flächenziele unterscheiden. Wohngebiete waren Flächenziele par excellence, alles übrige Punktziele. Die Angriffe auf Flächenziele erfolgten als Kriegsbrandstiftung mit dem Ziel der Zerstörung durch Entfachen einer Feuersbrunst. Wer's nicht mehr weiß, kann's nachlesen bei Brunswig, „Feuersturm über Hamburg“, Seite 379, 380. Brunswig ist als ehemaliger Leiter der Berufsfeuerwehr Hamburg ein ebenso unverdächtiger wie kompetenter sachverständiger Zeuge. Punktziele wurden und werden dagegen mit Sprengmitteln angegriffen.

Vergleicht man nun die Situation im Zweiten Weltkrieg mit der im Golfkrieg als einem „modernen“ Kriege, so läßt sich für die Fachdienste Brandschutz, Bergung und Instandsetzung sowie Sanitätswesen folgendes feststellen:

a) Brandschutz: Die Kriegsbrandstiftung (Brunswig) findet nicht mehr statt, weil sie sich als ineffektiv erwiesen hat. Bagdad ist anders als Dresden nicht abgebrannt. Brände treten nur noch isoliert

und meist als zufällige Sekundärscheinung bei Angriffen mit Sprengmitteln auf. Flächenbrände sind daher nicht mehr zu bekämpfen, eine Aufgabe, die im Zweiten Weltkrieg trotz immenser Verstärkung von Personal und Material des Brandschutzes unlösbar war. Man kann sich sogar überlegen, ob für die verbliebenen Aufgaben des Brandschutzes nicht bereits die friedensmäßig vorhandenen 1,4 Millionen Feuerwehrleute ausreichen.

b) Bergungsdienst: Der Einsatz von Sprengmitteln führt zur Vertrümmerung und damit zur Verschüttung noch lebender Personen, begünstigt durch Betonbauweise und im Kriege fehlender Vorwarnzeiten (zu unterscheiden von der Vorwarnzeit vor einem Kriege!), weshalb sich zahlreiche Personen in den Angriffsobjekten befinden würden und befreit werden müßten. Das ist mit „einigen wenigen Einheiten pro Bundesland“ (Haedge) selbstverständlich nicht machbar.

c) Instandsetzungsdienst: Da Versorgungsbetriebe Angriffsziele sind, ist die provisorische Versorgung der Bevölkerung zwingend notwendig. Man kann sich unschwer vorstellen, welchen Arbeitsaufwand dies erfordert.

d) Sanitätswesen: Der Einsatz von Sprengmitteln hat zahlreiche Verletzte zur Folge. Diese müssen versorgt werden.

Folgende Thesen Haedges sind damit unhaltbar und falsch:

1. Für Bergungs- und Instandsetzungsdienst ist die „Geschäftsgrundlage“ entfallen (Bevölkerungsschutz-Magazin 6/92, Seite 15).

2. Brandschutz und Sanitätsdienst bilden die elementarste Gefahrenabwehr (Brandschutz 8/92, Seite 499).

Wenn Haedge angesichts solcher abenteuerlicher Thesen meint, darauf verweisen zu müssen, daß er Vizepräsident im BZS war, so unterstreicht er damit die Richtigkeit der zum 1. Januar 1993 erfolgten Herauslösung des THW aus dem BZS.

Termine

1. bis 3. April 1993: „Retten und Bergen“, Fachausstellung für den Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Umweltschutz

Berlin

Info: Weber Werbung, Klus 7-12, 3223 Delligsen

14. bis 16. April 1993: Tagung der Theodor-Heuss-Akademie „Sicherheitspolitik und Zivilschutz“

Gummersbach

Info: Theodor-Heuss-Akademie, Theodor-Heuss-Straße 26, 5270 Gummersbach

6. bis 8. Mai 1993: „UBA 93“, 3. Fachmesse für Umwelt-, Brand- und Arbeitsschutz

Cottbus

Info: BIB GmbH, Karlstraße 52, O-7500 Cottbus

17. bis 20. Mai 1993: 5. Internationales Rettungshunde-symposium

Roserberg (S)

Info: Geschäftsstelle des BRH-Bundesverband für das Rettungshundewesen e. V., Brunnenstraße 40, 7056 Weinstadt-Schnait

18. Mai 1993: Brandschutztagung 1993 mit Fachausstellung

Graz (A)

Info: Landesstelle für Brandverhütung, Roseggerkai 3, A-8010 Graz

23. bis 27. Mai 1993: Jahresschulung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB)

München

Info: Landeshauptstadt München, Branddirektion, Blumenstraße 34, 8000 München 2

27. bis 30. Mai 1993: X. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt

Gyula (H)

Info: Organisationskomitee der X. Internationalen Feuerwehr-Sternfahrt, Postfach 64, H-5701 Gyula (Ungarn)

17. bis 20. Juni 1993: 125 Jahre Landesfeuerwehrverband Niedersachsen

Hannover

Info: LFV Niedersachsen, Am Maschpark 1/Haus 4, 3000 Hannover 1

26. und 27. Juni 1993: 3. Museumsfest des Deutschen Feuerwehrmuseums

Fulda

Info: Deutsches Feuerwehrmuseum, St.-Laurentius-Straße 3, 6400 Fulda

11. bis 17. Juli 1993: 10. Internationale Feuerwehrwettkämpfe und 9. Internationaler Wettbewerb für Jugendfeuerwehren

Berlin

Info: Berliner Feuerwehr, Nikolaus-Groß-Weg 2, 1000 Berlin 13

26. bis 29. Oktober 1993: Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin „A+A 93“ – Fachmesse und Kongreß

Düsseldorf

Info: Messegesellschaft mbH, Postfach 320203, 4000 Düsseldorf 30

23. bis 26. November 1993: „Sicherheit '93“, 9. Internationale Fachmesse für Sicherheit mit Informationstagungen

Zürich (CH)

Info: Blenheim AG, Buckhauerstraße 24, CH-8048 Zürich

24. bis 26. November 1993: Fachmesse für Katastrophenschutz und Hilfeleistung „Rescue 93“

Utrecht (NL)

Info: Jaarbeurs, Jaarbeursplein 6, NL-3521 Utrecht

3. bis 8. Juni 1994: Inter-schutz – Der Rote Hahn

Hannover

Info: Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Messengelände, 3000 Hannover 82

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Technische Akademie Esslingen, Postfach 1265, 7302 Ostfildern:

31. März und 1. April 1993: Das Große Gefahrgut-Seminar.

19. und 20. April 1993: Brandschadenverhütung im Krankenhaus und Altenheim;

21. und 22. Juni 1993: Mehr Sicherheit durch betrieblichen Katastrophenschutz.

Technische Akademie Wuppertal e. V., Postfach 100409, 5600 Wuppertal 1:

21. und 22. April 1993: Grundlagenseminar Brandschutz;

18. und 19. Mai 1993: Brand- und Katastrophenschutz in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen;

1. und 2. Juni 1993: Umweltschutz durch Brandschutz;

7. und 8. Juni 1993: Brandschutz in Verkehrstunnelanlagen.

Gloria-Werke, Postfach 1160, 4724 Wadersloh:

Brandschutz-Seminare:

5. bis 7. Mai 1993,

1. bis 3. September 1993,

6. bis 8. Oktober 1993.

Total Feuerschutz, Industriestraße 11, 6802 Ladenburg:

Brandschutz-Lehrgänge für Praktiker:

26. bis 28. April 1993,

1. bis 3. Juni 1993,

30. August bis 1. September 1993,

20. bis 22. September 1993,

18. bis 20. Oktober 1993.

Brandschutz-Seminare für Führungskräfte:

14. bis 16. Juni 1993,

13. bis 15. September 1993.

Schutzraumbau: ungewisse Zukunft

Namhafte Experten referierten über den Schutzraumbau in einer veränderten Bedrohungslage

„Schutzraumbau in einer veränderten Bedrohungslage“ war das Thema einer Vortragsveranstaltung der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft im Rahmen ihrer Jahreshauptversammlung am 10. Dezember 1992 in den Räumen des Bundesamtes für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg.

Der Bundessprecher der Schutzbau-Gemeinschaft, Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz a. D., eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die zahlreich erschienenen Experten auf dem Gebiet des Schutzraumbaus. Sein besonderer Gruß galt Josip Slunjski, Befehlshaber des kroatischen Zivilschutzes, sowie Dipl.-Ing. Bruno Hostettler, Vizedirektor des Schweizer

Bundesamtes für Zivilschutz. Sie hatte die Schutzbau-Gemeinschaft neben Joachim Schenk, Ministerialrat im Bundesministerium des Innern, und Hans Bong, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, als Referenten eingeladen.

Auf dem Tiefpunkt angelangt

„Die zivile Verteidigung ist in der Einschätzung ihrer Bedeutung durch die Politik auf einem nie für möglich gehaltenen Tiefpunkt angelangt“, sagte Dr. Kolb. Insgesamt dränge sich der Eindruck auf, daß in diesem, für die Entwicklung einer huma-

nitären Schutzkultur so wichtigen Bereich öffentlichen Handelns überall eine Abwicklungsmentalität an die Stelle eines auf Aufbau, Ausbau und Stabilisierung gerichteten Willens getreten sei. Die Ursachen für diese Entwicklung seien nicht zuletzt in der umschlingenden Unsicherheit über die Definition einer zeitgemäßen Sicherheitspolitik zu suchen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte Dr. Kolb, es bestünde kein Anlaß zur Annahme, daß künftig keine existentielle Bedrohung unseres Gemeinwesens denkbar wäre. „Im Gegenteil, die inzwischen eingetretene labile Gefährdung ist schwerer zu kalkulieren, als die nun der Vergangenheit angehörende massive Bedrohung durch die Militärmacht der Sowjetunion und ihrer Satelliten.“

Dr. Kolb plädiert für einen Bevölkerungsschutz, dessen Organisationsformen und Schutzsysteme „möglichst multifunktional und in sich variabel sind“. Der Schutzraumbau erfülle sowohl als organisatorischer Baustein des Bereichs Selbstschutz als auch als ein in sich geschlossenes technologisches System alle Voraussetzungen, die von einem Mittel zum Schutz menschlichen Lebens gefordert werden müssen. Er sei im Vergleich zu anderen Vorkehrungen, was den Herstellungs- und Betriebsaufwand sowie seine Haltbarkeit angehe, außerordentlich wirtschaftlich. Es dürfe aber nicht außer acht gelassen werden, „daß alles, was technisch machbar wäre, unbedingt geschehen muß, sondern der einfachen, wartungsfreundlichen und auf Breitenwirkung eingerichteten Technologie der Vorrang gebührt, vor teuren, technisch komplizierten, auf absoluten Schutz zielenden Lösungen“.



Dr. Kolb: „Die zivile Verteidigung ist in der Einschätzung ihrer Bedeutung durch die Politik auf einem nie für möglich gehaltenen Tiefpunkt angelangt.“

Keine dankbare Aufgabe

Es sei eine nicht gerade dankbare Aufgabe, sich in der heutigen Zeit mit dem Thema „Schutzraumbau“ auseinandersetzen zu müssen, sagte Ministerialrat Joachim Schenk zu Beginn seines Referates. „Mit dem Schutzraumbau verhält es sich wie mit vielen anderen wichtigen Lebenssachverhalten und Handlungszwängen, die als unangenehm empfunden werden: Das Hauptproblem des Schutzraumbaus heute ist, daß man sich mit ihm und seiner Notwendigkeit nicht in angemessener Weise auseinandersetzt, sondern ihn verdrängt und – was noch schlimmer ist – ihn einfach totschießt.“

Dabei sei der Schutzraumbau eine Aufgabe, die sich nicht als Produkt der Kriege der Neuzeit darstelle, sondern schlicht so alt sei, wie die Menschheit selbst. „Dies zu erkennen und nachzuvollziehen ist verhältnismäßig leicht, wenn man den Schutzraumbau auf seine historischen Wurzeln zurückführt: ‚das schützende Bauen‘. Das schützende Bauen ist ein Grundbedürfnis des Menschen, ist Ausdruck seines Willens zum Überleben und zur Selbsterhaltung, wenn sein Leben – wodurch auch immer – durch Naturkatastrophen oder die schlimmste aller denkbaren Katastrophen, den Krieg, in Gefahr gerät.“

Schon prähistorische Funde hätten belegt, daß der Mensch – solange es ihn gibt – bestrebt war, sein Leben zum Teil mit einfachsten baulichen Schutzvorkehrungen, wie Erdhöhlen und Erdwällen, wirksam zu schützen, sagte Schenk.

„Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das vielen von Ihnen bekannte Referat, das ein namhafter deutscher Architekt und Bauwissenschaftler auf der Mitgliederversammlung 1990 der Deutschen Schutzbaugemeinschaft im Münchener Bauzentrum gehalten hat. In eindrucksvoller Weise wurde uns damals vor Augen geführt, daß die Menschen jeder Geschichtsepoche mit den technischen Möglichkeiten ihrer jeweiligen Zeit – mit z. T. auch aus heutiger Sicht noch beeindruckenden und vor allem effizienten Lösungen bestrebt und in der Lage waren, ihr höchstes Gut – das eigene Leben – zu schützen und zu retten.“

Die baulichen Zeitzeugen reichen von der Chinesischen Mauer über den Limes der Römer, die Ritterburgen des Mittelalters und die Fe-



Joachim Schenk: „Es ist eine nicht gerade dankbare Aufgabe, sich in der heutigen Zeit mit dem Thema ‚Schutzraumbau‘ auseinandersetzen zu müssen.“

stungsbauten der friderizianischen Zeit bis zu den Schutzräumen des Zweiten Weltkrieges. Die Bilanz dieses Spektrums der Baugeschichte ist ebenso überzeugend wie einfach: Die Geschichte des schützenden Bauens ist das wirksamste Plädoyer für den Schutzraumbau heute und seine Fortführung in der Zukunft.

Hunderttausende fanden Schutz

Wenden wir uns nach diesem historischen Exkurs den Anfängen des modernen Schutzraumbaus zu: Schutzräume, wie wir sie heute kennen, sind relativ jung, kaum älter als 50 Jahre, ein Bauprodukt zum Schutz gegen die Gefahren moderner Luftkriegsführung mit ihren flächendeckenden Bombardements.

Der Schutzraumbau in Deutschland begann mit Schwerpunkt eigentlich erst nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, als sich herausstellte, welche strategischen und taktischen Möglichkeiten die rasante Entwicklung des Flugzeugbaus eröffnete. Kampf- und Bomberflugzeuge, die immer größere Reichweiten und Nutzlasten bewältigten, waren in der Lage, die Heimatländer der kriegsführenden Parteien mit nur einem Einsatz nonstop zu erreichen. Sie konnten nicht nur den Gegner durch Vernichtung kriegswichtiger Industrien entscheidend schwächen, sondern auch durch gezielte Vernichtung der

Zivilbevölkerung den Nerv des Durchhalte- und Siegeswillen an entscheidender Stelle treffen.“

Um dem entgegenzuwirken, seien im alten Reichsgebiet zwischen 1938 und 1945 mehr als 5000 hochwertige Bunker, Stollen und sonstige Schutzräume unterschiedlichen technischen Standards, vornehmlich in Ballungszentren mit kriegswichtigen Industrien und Verkehrsknoten, errichtet worden.

„Es ist historisch verbürgt und heute unbestritten, daß Hunderttausende in Deutschland ihr Überleben des Krieges ausschließlich der Existenz von Schutzräumen verdanken, die ihnen in den Bombennächten als rettender Zufluchtsort zur Verfügung standen.“

Die Wiederherrichtung dieser Schutzräume für ihren ursprünglichen Verwendungszweck im Rahmen zahlreicher Einzelprogramme war, beginnend in den 50er Jahren, der Wiedereinstieg in den Schutzraumbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Noch heute bilden über eine Million Schutzplätze in ehemaligen Bunkern und Stollen das Rückgrat unserer – wenn auch unzureichenden – Schutzplatzversorgung.

Die noch rund 400 bundesweit vorhandenen nutzbarmachungswürdigen Schutzbauwerke, die immerhin zur Schaffung von rd. 300 000 vollwertigen Schutzplätzen herangezogen werden könnten, liegen brach, nachdem der BMI aufgrund der Entspannung der weltpolitischen Sicherheitslage bereits Anfang 1990 ent-

schieden hatte, die Nutzbarmachung bis auf weiteres nicht fortzuführen.

Kommen wir zu den sogenannten Mehrzweckbauten. Dieser Bereich unserer Schutzbauaktivitäten war und ist auch noch heute ihre tragende Säule, weil er in den vergangenen zehn Jahren mit Abstand am stärksten am Zuwachs neuer Schutzplätze beteiligt war. Ende dieses Jahres werden bundesweit insgesamt mehr als 700 000 Schutzplätze in Mehrzweckbauten fertiggestellt sein.“

Die Errichtung vom Mehrzweckbauten, die Ende der 80er Jahre geradezu einen Boom erlebt hat, sei zugleich ein eindeutiger Beweis dafür, wie leistungsfähig sogar ein ausschließlich auf freiwilliger Grundlage betriebener Schutzraumbau sein könne, wenn für ihn mit der nötigen Sachkunde und Überzeugungskraft geworben wird, sagte Schenk.

„Was durch ein durchschnittliches Engagement erreicht werden kann, ist durch ein eindrucksvolles Beispiel belegbar. In der als „Emsland“ bekannten Region Niedersachsens ist es zwei bewährten Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz mit Hilfe einer systematischen Aufklärungsarbeit gelungen, so viele bauwillige Kommunalpolitiker und private Bauherren von der Notwendigkeit des Schutzraumbaus zu überzeugen, daß innerhalb von nur fünf Jahren – buchstäblich vom Punkt Null aus – Schutzplätze für annähernd 20 % der Bevölkerung dieser Region geschaffen werden konnten.

Gegenwärtig befinden sich bundesweit noch mehr als 500 Schutzräume der Kategorie Mehrzweckbauten mit zusammen 400 000 Schutzplätzen im Bau oder in der Planung, obwohl bereits seit dem 1. August 1990 keine Förderanträge für diese Schutzraumart mehr gestellt werden können.

Hausschutzraum wichtigste Schutzraumart

Der Bau von Hausschutzräumen schließlich ist der letzte Bereich der staatlichen Schutzbauförderung und zugleich der einzige, der bislang nicht von Restriktionen betroffen ist. Ich hoffe zuversichtlich, daß dies so bleibt, damit der Hausschutzraumbau sozusagen die Funktion der Überlebenshilfe oder einer Rettungsinsel für den gesamten Schutzraumbau übernehmen kann.

Selbst der Bundesminister der Finanzen hat vor der Entschlossenheit des BMI kapituliert, mit dem Hausschutzraumbau den Fuß in der Tür der staatlichen Schutzbauförderung behalten wollen. Hinter dieser Haltung des BMI verbirgt sich die Überzeugung – oder treffender noch – unsere Schutzbauphilosophie, wonach der Hausschutzraum eigentlich die wichtigste Schutzraumart ist, weil der Schutz im eigenen Haus, also im lokalen Lebensmittelpunkt des Menschen, die ideale Form des Schutzes schlechthin ist.

Schutzraumbau ohne Stahl und Beton ist undenkbar, ohne Geld aber geht es ebensowenig. Lassen Sie mich deshalb kurz etwas zur derzeitigen Haushaltsituation sagen:

Während vor Jahresfrist die finanziellen Zukunftsperspektiven des Schutzraumbaus durchaus noch Anlaß zu einer versöhnlichen Betrachtung boten, sieht es heuer, d. h. für das Haushaltsjahr 1993 düster aus. Die Titelgruppe Schutzbaumaßnahmen wird nach 111 Mio. DM in 1991 und 105 Mio. DM in 1992 im Haushaltsjahr 1993 nur noch mit 86,5 Mio. DM dotiert sein. Verpflichtungsermächtigungen für künftige Haushaltsjahre gibt es überhaupt nicht.“

Dies bedeute, so Schenk, daß Bauherren – vor allem der öffentlichen Schutzräume – künftig noch länger auf die Bundeszuschüsse werden warten und die bereits angefallenen Baukosten mit den derzeit hohen Zinsen des Kapitalmarktes zwischenfinanzieren müssen.

„Lassen Sie mich bitte zusammenfassen: Der Schutzraumbau hat seine Nützlichkeit und Notwendigkeit historisch nachgewiesen. Gleichwohl habe ich aufgrund der Lethargie, die sich als Folge der Entspannung der weltpolitischen Sicherheitslage allenthalben breitgemacht hat, den Eindruck, daß die politische Bedeutung des Schutzraumbaus eher in der Vergangenheit liegt und seine Zukunftsperspektiven nicht günstig zu sein scheinen.

Der Schutzraumbau heute läßt sich – auf eine kurze Formel gebracht – wie folgt charakterisieren: Seine Vergangenheit war nicht überwältigend, seine Gegenwart ist eher bescheiden, seine Zukunft vor allem ungewiß.

Ich bin allerdings zuversichtlich: Solange es in Deutschland Menschen gibt, die wie die Mitglieder der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft, des Schutzforums und unermüdlich rührige Schutzbauberater

des Bundesverbandes für den Selbstschutz ebenso wie verantwortungsbewußte Kommunalpolitiker und auch manche Architekten aus innerer Überzeugung und mit einem beispielhaften Engagement für die Verbreitung und Realisierung des Schutzbaugedankens eintreten, so lange wird auch der Schutzraumbau in Deutschland eine Zukunft haben.“

Vereinfachte Schutzraumkonzeption

Hans Bong, Referent im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, bedauerte, daß der Zivilschutz zur Zeit auf der politischen Ebene nicht den Stellenwert habe, der ihm zusteht. „Unser Haus ist der Ansicht, daß eine effektive Konzeption für den Zivilschutz so ausgelegt sein muß, daß eine weitgehende Unabhängigkeit der Zivilschutzmaßnahmen von den jeweiligen aktuellen Bedrohungsanalysen erreicht wird.“

Im Rahmen der Überlegung zur Einführung eines neuen baulichen Mindestschutzes sei eine vereinfachte Schutzraumkonzeption für alle Schutzraumtypen vorgesehen, sagte Bong. „Diese Konzeption sieht Einfach-Schutzräume unter Beibehaltung der wesentlichen Anforderungen des ‚Grundschatzes‘ vor. Zur Verringerung der Kosten ist die bauliche und versorgungstechnische Ausführung dieser Schutzräume so weit reduziert worden, daß sicherheitstechnisch ein nicht mehr zu unterschreitendes Mindest-Niveau im Rahmen der Grundschatzanforderungen erreicht wird. Bestimmte Planungsmaßnahmen und ergänzende bauliche und versorgungstechnische Vorkehrungen aufgrund anderweitiger Anforderungen sind hierbei zu berücksichtigen. Dies ist nur durch eine öffentliche Förderung zu erreichen.“

Das Risiko von Katastrophen unterschiedlichster Art könne heute und auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Zum Schutz der Bevölkerung gegen solche Katastrophen seien Maßnahmen vorzubereiten, die ein breites Spektrum möglicher Katastrophenschutz-Szenarien wirksam abdecken, so Bong.

„Katastrophen können sich durch Ereignisse am Entstehungsort ankündigen, sie können aber auch nicht vorhersehbar und überraschend auftreten. Alle Schutzmaßnahmen müs-



Hans Bong: „Das Risiko von Katastrophen unterschiedlichster Art kann heute und auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden.“

sen daher für die Bevölkerung relativ rasch verfügbar sein. Die Räume zum Schutz der Bevölkerung sollten sich in der Nähe der Aufenthaltsorte – vor allem zu Hause und in der Nähe der Arbeitsplätze – befinden.

Jede eintretende Katastrophe wird für einzelne Aspekte der Planung, Ausführung und Organisation des Zivilschutzes zur Kontrolle der Konzeption und gegebenenfalls seiner Fortschreibung Anstoß geben. Man darf dabei allerdings nicht außer acht lassen, daß die Planung des Zivilschutzes ein sehr breites Spektrum von Bedrohungsanalysen berücksichtigen muß.“

Zum Schutzzumfang sagte Bong: „Bei einem ausgewogenen Programm müssen in Relation zu heutigen und vermutlich zu erwartenden äußeren Belastungen bestimmte technische Anforderungen nach einem baulichen Mindestschutz gefordert werden. Bei der Verwirklichung eines Mindestschutzes sollten folgende äußere Belastungen und Schutzaufgaben Berücksichtigung finden: Radioaktive Niederschläge (Fallout), Kontaminierung der Luft durch chemische Substanzen, biologische Mittel, z. B. Krankheitserreger, Brandeinwirkungen sowie Trümmerlasten und sekundäre Druckeinwirkungen.“

Eine große Anzahl von wissenschaftlichen Arbeiten haben gezeigt, daß für den Schutz der Bevölkerung gegen mögliche äußere Belastungen unterirdische Räumlichkeiten am be-

sten geeignet sind. Sie sollen nach außen abgeschlossen werden können und so eingerichtet sein, daß ein Aufenthalt von mehreren Tagen darin möglich ist. Dabei können in vielen Fällen die Räumlichkeiten schon kurze Zeit nach der Belegung wieder verlassen werden.“

Im weiteren Verlauf seines Referates erläuterte Bong die bauliche und technische Konzeption. „Der vereinfachte bauliche Mindestschutz bezieht sich auf folgende Programme:

- Bau von Grundschutzräumen mittlerer Größe mit einem Fassungsvermögen von 51 bis 299 Personen.
- Bau von Großschutzräumen als Mehrzweckbauten mit einem Fassungsvermögen von 300 bis 3000 Personen bei Tiefgaragen und 300 bis 5000 Personen bei unterirdischen Bahnen und Straßentunnels.
- Nutzbarmachungsprogramm.

Der vereinfachte bauliche Mindestschutz erlaubt gegenüber der bisherigen Konzeption eine wesentlich bessere ‚Friedensnutzung‘. Alle Maßnahmen, die für den baulichen Mindestschutz zu treffen sind, müssen sich in die normale Nutzungsaufgabe des Bauwerkes einfügen.

Nach umfangreichen Forschungsarbeiten konnte eine Senkung der spezifischen Fläche und des spezifischen Raumvolumens pro Person vorgenommen werden. Dies hat zur Folge, daß die Kosten im baulichen Bereich drastisch gesenkt werden können ...“

Zum Schluß erläuterte Bong die technischen Daten der einzelnen Programme.

Heute andere Maßstäbe

Anschließend referierte Dipl.-Ing. Bruno Hostettler über die Schutzraumpolitik der Schweiz nach dem Ende des kalten Krieges. Hostettler zeigte den Ausbaustand des Schweizer Zivilschutzes auf und wies darauf hin, daß der Ausbaustand heute an anderen Maßstäben gemessen werde als noch vor zehn Jahren. Die erste Frage laute nicht mehr, ob alle Bürger über einen Schutzplatz verfügen und ob dieser Schutzplatz den Wirkungen moderner Waffen standhält, sondern ob es überhaupt noch eine Bedrohung gibt.

Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Europas hätten sich in den vergangenen drei Jahren stärker verändert als in den vierzig Jahren zuvor. Das von Konfrontation geprägte Sicherheitsdenken der Vergangenheit sei einer wachsenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit gewichen. „Der kalte Krieg ist zu Ende“, so Hostettler. „Heute stehen wir vor einer historischen Chance. Mit Blick auf die internationalen Beziehungen ebnen die machtpolitischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa einer neuen Sicherheitsordnung den Weg.“

Wohl hat das herkömmliche westliche Bedrohungsszenario seine Plausibilität verloren: Es gibt keinen sowjetisch dominierten ‚Ostblock‘ mehr, der mit einem Angriff Westeuropa zu überrumpeln sucht. Das Ende des kalten Krieges ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einem Verschwinden der Bedrohung. Europa steht heute Gefährdungen gegenüber, die aufgrund ihrer Natur und Herkunft weit über die ‚traditionellen‘ machtpolitischen Herausforderungen hinausgehen.“

Gefahren sieht Hostettler in den politischen und militärischen Unabwägbarkeiten, die mit dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion verbunden sind. Die Unsicherheiten betreffen insbesondere den Umwandlungsprozeß und die internationale Ausrichtung der Nachfolgestaaten, einschließlich der Sicherheits- und Rüstungspolitik und der Kontrolle des gesamten Nuklearpotentials. Zusätzlich zu diesen Unsicherheiten über die nahe und ferne Zukunft der GUS gäbe die Weiterverbreitung von

Massenvernichtungsmitteln und weitreichenden Trägersystemen Anlaß zur Beunruhigung.

Noch sei es zu früh, um die Aus- bzw. Rückwirkungen der Veränderungen der Bedrohung auf die Schweiz auch nur mit einer gewissen Zuverlässigkeit abschätzen zu können. Die Konstanten, an denen man sich orientieren könne, nähmen laufend ab und täglich kämen neue Unsicherheiten hinzu, sagte Hostettler. Der Schweizer Bundesrat habe in seinem Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz und mit dem neuen Zivilschutz-Leitbild den Rahmen der künftigen Sicherheitspolitik abgesteckt und die Marschrichtung angegeben. „Er hat in beiden Strategiepapieren der Unsicherheit Rechnung getragen und sich für einen Weg entschieden, der die Chancen des Wandels ausnützen will, ohne die Risiken des Umbruchs zu vernachlässigen.“

Anpassung an neue Rahmenbedingungen

Im Sinne einer Neugewichtung habe der Zivilschutz zwei gleichwertige Hauptaufträge erhalten:

„Erstens, der Zivilschutz trifft die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz, zur Rettung und zur Betreu-

ung der Bevölkerung im Fall bewaffneter Konflikte.

Zweitens, der Zivilschutz leistet in Zusammenarbeit mit den dafür vorgesehenen Einsatzdiensten Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen sowie in anderen Notlagen.

In bezug auf den Schutzraumbau plädiert der Bundesrat mit dieser Auftragserteilung also für eine bedachte Anpassung an die neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. Gerade weil wir nicht wissen, ob kriegerische Konflikte in Europa wirklich der Vergangenheit angehören, halten wir am Grundsatz fest, wonach Schutz und Hilfe langfristige Aufgaben sind. Der Zivilschutz kann nicht in Zeiten scheinbarer Entspannung abgeschafft und in Zeiten erhöhter Spannung wieder eingeführt und ausgebildet werden. Das gleiche gilt ausdrücklich auch für Schutzbauten, die eine lange Lebensdauer mit entsprechend tiefen ‚Lebenswegkosten‘ haben. Damit kann der Zivilschutz mit Blick auf die Unwägbarkeiten des Wandels mit seinen organisatorischen und baulichen Maßnahmen als ‚Stützmauer des Wandels‘ einen wichtigen Beitrag zur sicherheitspolitischen Stabilität leisten.“

Zum Schluß sagte der Schweizer Gast: „Jede Schutzmaßnahme, auch der Schutzraumbau ist jedoch nur dann wirksam, wenn alle ihr vorausgehenden und alle nachfolgenden

Maßnahmen im Ereignisfall gewährleistet sind. Der Grundsatz der Ausgewogenheit gilt für alle Stufen des Zivilschutzes, sowohl auf der Ebene der Konzeption wie auch bei der Detailgestaltung der einzelnen baulichen und organisatorischen Schutzmaßnahmen. Mit ihrer klaren Unterstützung des Zivilschutz-Leitbildes im Sommer 1992 haben Regierung und Parlament in der Schweiz zum Ausdruck gebracht, daß der Schutz der Bevölkerung weiterhin ein erst-rangiges sicherheitspolitisches Ziel darstellt. Dies ist für uns Herausforderung und Verpflichtung zugleich.“

Terror gegen die Zivilbevölkerung

Das Referat des Befehlshabers des kroatischen Zivilschutzes stand unter der Überschrift „Die Möglichkeiten, der Nutzen und die Schwierigkeiten des Zivilschutzes“. Josip Slunjski stellte kurz sein Land vor und erläuterte danach die Organisation des kroatischen Zivilschutzes, der sich in die Bereiche Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Schutz- und Rettungsmaßnahmen, Zivilschutz-einheiten sowie Führung und Kommando gliedert.

Anschließend berichtete Slunjski über die Folgen des Krieges in Kroa-



Bruno Hostettler:
„Das von Konfrontation geprägte Sicherheitsdenken der Vergangenheit ist einer wachsenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit gewichen.“



Josip Slunjski:
 „Ein typischer Charakterzug dieses Krieges war die Zerstörung ziviler Ziele und der Terror gegen die Zivilbevölkerung.“
 (Fotos: Sers)

ten. „Ein typischer Charakterzug dieses Krieges war die Zerstörung ziviler Ziele und der Terror gegen die Zivilbevölkerung. Über 10 000 Tote sind zu beklagen, rund 30 000 Menschen wurden verletzt. Etwa 210 000 Wohneinheiten, 30 Prozent der Industrieanlagen, Wärme- und Wasserkraftwerke, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Kirchen und viele Kulturdenkmäler sowie rund 10 000 Kilometer des Eisenbahn- und Straßennetzes wurden zerstört.“

Vorgabe für den kroatischen Zivilschutz sei es gewesen, Panik und Angst unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden, so Slunjski. „In einer großen Informations- und Aufklärungskampagne wurden die Bürger auf die Kriegsgefahren und Schutzmöglichkeiten hingewiesen. Es wurden schnell und früh entsprechende Broschüren und Plakate verteilt.“

Die Alarmierung der Bevölkerung durch Sirenen sei in allen Städten sehr gut organisiert gewesen. Außerhalb der Ballungszentren hätten das Fernsehen und der Rundfunk die Bevölkerung gewarnt. „Die Luftangriffe durch Flugzeuge bildeten dadurch keine besondere Gefährdung für die Menschen; die Gefahr ging vielmehr von Raketen-, Panzer- und Artillerieangriffen aus, die nicht vorhergesagt werden konnten. Die erste Warnung an die Bevölkerung fiel meist zusammen mit dem ersten Einschlag der Geschosse.“

Schutzräume unverzichtbar

Wie sich die Bevölkerung während eines Angriffes verhielt und was sie von der Alarmierung durch den Zivilschutz hält, wurde anhand einer Befragung der Bürger einer kroatischen Stadt in einer Studie festgehalten. Diese Studie sei von wesentlicher Bedeutung für die künftige Planung des Zivilschutzes, sagte Slunjski.

Er selbst sei vor dem Krieg skeptisch gewesen, ob Schutzräume von Nutzen sind. „Aber diese Meinung muß ich heute revidieren. Wir können heute ganz sicher und endgültig feststellen, daß Schutzbauten und alle Art von Schutzräumen für die Zivilbevölkerung eine zentrale, wenn nicht sogar die wichtigste Bedeutung haben.“

Um mehr Schutzplätze zu erhalten, seien Keller, Privatgaragen, öffentliche Bauwerke, Unterführungen und Tunnels genutzt worden. „In vielen Städten haben Menschen in diesen vom Zivilschutz betreuten Behelfschutzräumen tage- ja wochenlang gelebt, und es hat ihnen das Leben gerettet.“

Die Erfahrungen aus dem Krieg würden gegen große Zivilschutzseinheiten sprechen, sagte Slunjski. „Solche Einheiten sind anfällig gegen Angriffe. Von größerem Nutzen für Hilfsmaßnahmen sind kleine, operative Einheiten, sozusagen Trupps, die schnell ihre Aufgabe lösen und sich dann zurückziehen.“

Durch den Einsatz des Zivilschutzes seien in Kroatien viele Menschenleben gerettet worden. Der Zivilschutz habe einen großen Beitrag dazu geleistet, daß die Folgen dieses Krieges nicht noch schrecklicher waren.

„In Kroatien ist ein neues Zivilschutzgesetz in Vorbereitung, in dem die im Krieg gewonnenen Erfahrungen einfließen sollen. Hier muß wesentlich intensiver auf die Wahrnehmung von Aufgaben im Frieden hingearbeitet werden, weil nach unseren Erfahrungen der Zivilschutz in einem Krieg nur das umsetzen kann, was im Frieden funktioniert und sich bewährt hat“, sagte Slunjski.

Weiterhin würde man dem Schutzraumbau besondere Aufmerksamkeit widmen. „Wir fordern dabei keinen Standard von Schutzräumen, die nuklearen Waffen standhalten. Es geht um Schutzräume, die der Bevölkerung einen Mindestschutz vor konventionellen Waffen gewähren.“

Der Krieg habe auch gezeigt, daß der Selbstschutz der Bevölkerung ein wesentlicher Bestandteil des Zivilschutzes ist, ohne den die staatliche Hilfe nicht auskommt.

Zum Schluß zeigte der kroatische Zivilschutzchef einen Videofilm, der die Angriffe auf die Stadt Dubrovnik und die Arbeit des Zivilschutzes dokumentiert.

– güse –

Die Aufgaben des DRK in einer sich ändernden Welt

DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein
zum Zivil- und Katastrophenschutz

Bevölkerungsschutz: Prinz Wittgenstein, seit mehr als zehn Jahren sind Sie Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Stehen Sie nach Ablauf Ihrer derzeitigen Amtsperiode für eine erneute Kandidatur zur Verfügung?

Prinz Wittgenstein: Das ist eine Entscheidung, die der Verband und die Delegierten zu treffen haben. Ich bin jetzt erst einmal bis 1994 gewählt und bin seit 1991 erster Präsident des vereinten Deutschen Roten Kreuzes. Für mich als Mitteldeutscher eine besondere Genugtuung, daß sich das DRK ebenso wie unser Land wieder vereinigt hat.

Bevölkerungsschutz: Also nicht amtsmüde?

Prinz Wittgenstein: Nein, bin ich nicht und ich hoffe, daß ich diesen Eindruck auch nicht erwecke.

Bevölkerungsschutz: Erster gesamtdeutscher DRK-Präsident. Die Vereinigung hat ja nicht nur Auswirkungen organisatorischer Art auf das DRK gehabt. Welche Probleme gab es?

Prinz Wittgenstein: Bevor ich Ihre Frage beantworte, möchte ich vorausschicken, daß wir schon mit der ostdeutschen DRK-Schwesterorganisation zusammengearbeitet haben. So hatten z. B. die Regierungen der ehemals zwei deutschen Staaten das deutsch-deutsche Gesundheitsabkommen beschlossen, wonach wir die Betreuung und den Transport von Menschen, die auf die Nutzung von

Rettungsfahrzeugen angewiesen waren, mit der Schwestergesellschaft gemeinsam übernommen hatten. Auch im internationalen Bereich haben wir sehr eng zusammengearbeitet und pflegten einen engen Austausch über die unterschiedlichsten DRK-Fragen. Gute Voraussetzungen für einen guten Start.

Bevölkerungsschutz: Waren die Strukturen denn vergleichbar?

Prinz Wittgenstein: Es war notwendig, die Struktur des vereinten DRK zu ändern. Im Gegensatz zu unserem bewährten föderalen Prinzip war das DDR-Prinzip stark auf Zentralismus ausgerichtet. Das DRK in der ehemaligen DDR war eine Massenorganisation des sozialistischen Gesundheitswesens mit allen Nachteilen, die es bei solch einer Anbindung gibt. Das DRK war drüben in Betriebsgruppen organisiert. So konnte man ehrenamtliche Arbeit auch während der Arbeitszeit leisten. All dieses war anders für uns und mußte harmonisiert werden.

Bevölkerungsschutz: Ist das DRK in den neuen Ländern flächendeckend vertreten?

Prinz Wittgenstein: Wir sind jetzt in allen Ländern, Kreisen und in vielen Orten durch eigene Verbände wieder präsent. Es ist aber auch notwendig, in diesen Verbänden und Gegendern die Philosophie des DRK stärker zu implantieren. D. h. konkret, alle Bürger aufzufordern, sich ehrenamtlich und freiwillig zur Verfügung zu stellen, sei es im Blutspendebereich oder für kurzfristige Hilfen in anderen Bereichen. Das Wichtigste ist aber,



Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein ist seit Juni 1982 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Im März 1991 wurde er zum ersten Präsidenten des vereinten Deutschen Roten Kreuzes gewählt. Der 66jährige DRK-Präsident studierte Medizin in Marburg und war von 1959 bis 1968 Bürgermeister von Bad Laasphe. Von 1965 bis 1980 gehörte Prinz zu Sayn-Wittgenstein dem Deutschen Bundestag an. Hier arbeitete er u. a. im Unterausschuß „Humanitäre Hilfe“ mit. In der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung hat er seit Oktober 1986 das Amt des Vizepräsidenten der Ständigen Kommission inne. Das DRK ist mit fast 5 Millionen Mitglieder in 19 Landesverbänden, 624 Kreisverbänden und Ortsverbänden die größte europäische Hilfsorganisation.

die Ideen und Vorstellungen des DRK zu unterstützen, z. B. im Bereich der Respektierung des humanitären Völkerrechts oder der Idee zum Durchbruch zu verhelfen, daß wir alle Arbeiten ausschließlich am Maß der Not orientieren und nicht etwa aus wirtschaftlichen Erwägungen oder gar politischen Überlegungen heraus tätig werden.

Bevölkerungsschutz: Sind die Arbeitsbedingungen der DRK-Kreisverbände Ost mit denen West vergleichbar oder gibt es da Unterschiede?

Prinz Wittgenstein: Nein, da gibt es leider ein erhebliches Gefälle, was sicherlich nicht darauf zurückzuführen ist, daß unsere Kameraden schlechtere Arbeit leisten wollen, die Voraussetzungen sind eben anders. Zum einen ist die Mitgliederzahl erheblich zurückgegangen. Das DRK war eine Nische im System der ehemaligen DDR, wo man vernünftig arbeiten konnte, ohne sich politisch zu sehr festlegen zu müssen. Dieser Zwang ist nun weg.

Bevölkerungsschutz: Gibt es auch wirtschaftliche Gründe für dieses Verhalten?

Prinz Wittgenstein: Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht dazu angetan, über die persönlichen Sorgen hinaus auch noch die Probleme des Ehrenamtes zu übernehmen. So konnten wir aus finanziellen Gründen verschiedene Aufgaben nicht weiterführen. Ich erinnere z. B. an die vorbildlichen Bahnhofsdienste des DRK der ehemaligen DDR. Aber auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit denen wir auch die Übergangszeit besser regeln konnten, sind zurückgegangen. Andererseits haben wir unseren Freunden nahegelegt, zahlreiche Aufgabengebiete, die bisher dort nicht erlaubt waren, z. B. die ganze Sozialarbeit, neu in Angriff zu nehmen.

Bevölkerungsschutz: Gibt es hierzu konkrete Beispiele?

Prinz Wittgenstein: Sicher. Wir haben über 600 Sozialstationen, Beratungsdienste, die erste Altenpflegeschule in Berlin-Lichtenberg eingerichtet. Es mußte der Rettungs-

dienst neu organisiert werden. Die ersten ausgebildeten Altenpfleger haben ihr Examen abgelegt.

Bevölkerungsschutz: Gab es denn auch ideologische Auseinandersetzungen und Probleme?

Prinz Wittgenstein: Wir mußten natürlich auch unsere Freunde davon überzeugen, daß das pluralistische Prinzip – wie wir es hier in der Bundesrepublik haben – sich bewährt hat, und sie mußten sich damit auseinandersetzen, daß plötzlich Malteser, Johanniter oder Arbeiter-Samariter-Bund kamen und es zwischen allen Organisationen einen ideellen Wettstreit gibt. Hierzu gehört aber auch, daß der finanzielle Hintergrund bei weitem noch nicht so ist, wie es für eine gute und langfristig geplante Arbeit wünschenswert wäre.

Bevölkerungsschutz: Hat das DRK alle ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter übernommen?

Prinz Wittgenstein: Nein, das war unmöglich, es waren ja nahezu 10 000 hauptamtliche Mitarbeiter. Hinzu kommt, daß verschiedene Aufgabengebiete, in denen sie früher tätig waren, zum Teil zurückgenommen werden mußten. Dies hat ohne Zweifel zu Schwierigkeiten geführt.

Bevölkerungsschutz: Das DRK ist mit fast fünf Mio. Mitgliedern in 19 Landesverbänden, 624 Kreisverbänden die größte europäische Hilfsorganisation. Etwa zehn Prozent ihrer Mitglieder sind aktiv tätig. Hat das DRK Nachwuchsprobleme?

Prinz Wittgenstein: Wir alle, die wir auf die Mithilfe unserer Bevölkerung angewiesen sind, haben z. Z. unsere besonderen Probleme. Dies trifft nicht nur auf die humanitären Organisationen zu, es gilt auch für andere Gruppierungen, z. B. die Kirchen, Gewerkschaften. Sie und wir alle verzeichnen große Einbrüche in der Mitgliederzahl. Dies ist sicherlich die größte Herausforderung für uns in den nächsten Jahren. Unsere Aufgabe ist es, unseren Bürgern klar zu machen, daß Mitverantwortung im ehrenamtlichen Bereich unerlässlich ist,

wenn wir unser Gemeinwesen intakt halten wollen.

Bevölkerungsschutz: Könnten Sie sich vorstellen, daß Sozialarbeit, Katastrophen- und Zivilschutz ein gemeinsames Konzept zur Mitgliederwerbung und Mitgliedermotivation entwickeln könnten?

Prinz Wittgenstein: Helfen wollen ist gut, helfen können ist besser. Wir haben ja unabhängig davon, daß wir für bestimmte Tätigkeiten ausbilden, immer großen Wert darauf gelegt, daß jede Helferin und jeder Helfer des DRK möglichst alle anfallenden Arbeiten erledigen kann.

Bevölkerungsschutz: Machen die steigenden Anforderungen nicht eine größere Spezialisierung erforderlich?

Prinz Wittgenstein: Gerade der Katastrophenschutz setzt doch eine besondere Ausbildung und eine gewisse Bereitschaft voraus, wie umgekehrt in der Sozialarbeit, wo andere Schwerpunkte sind. Bei zahlreichen Aktivitäten – etwa der Verteilung der von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Ausrüstungen und Hilfsmittel für Krankenhäuser und alle Feierabendheime der ehemaligen DDR – haben wir doch gesehen, daß jeder dort, wo er gebraucht wurde, in die Hände spuckte und mitarbeitete. Unabhängig davon, wo er vorher im DRK tätig war.

Bevölkerungsschutz: Gelegentlich drängt sich der Eindruck auf, daß in manchen Medien Ehrenamtlichkeit mit Laienhaftigkeit, mit wenig Professionalität gleichgesetzt wird. Wie kann man das Bild des Helfers in der Öffentlichkeit verbessern?

Prinz Wittgenstein: Ich kann nur jedem raten, an unseren Wettbewerben für Erste Hilfe teilzunehmen und sich dabei zu überzeugen, wie hoch der Ausbildungs- und Wissensstand unserer Helferinnen und Helfer ist, und dann werden sie sicherlich ihr Urteil ebenfalls zurücknehmen, wie bei zahlreichen anderen Aktivitäten im sozialen Bereich.

Bevölkerungsschutz: Aber erlebt nicht auch das DRK den so häufig zitierten Wertewandel?

Prinz Wittgenstein: Es ist eben so, daß sich doch ein grundsätzlicher Wandel vollzogen hat. Das Freizeitangebot ist größer geworden und das Freizeitverhalten der Bürger anders. Unserer jungen Generation kann man, ich füge hinzu, Gott sei Dank, nicht den Vorwurf machen, daß sie nicht die Notsituationen erlebt hat, wie sie die ältere Generation mit dem letzten Krieg und mit der Nachkriegszeit erfahren hat. Es wird unsere Aufgabe sein, diesen jungen Menschen deutlich zu machen, daß der Staat nicht alles leisten kann und daß unsere Gesellschaft ärmer und das soziale Klima kälter werden würde, wenn es nicht gelingt, hier komplementär zu den staatlichen Vorsorgemaßnahmen die Angebote bereitzuhalten, die wir als DRK für die Wechselfälle des Lebens den Bürgern anbieten.

Bevölkerungsschutz: Gibt es so etwas wie „weg von der gesellschaftlichen Verantwortung hin zu mehr Individualität“?

Prinz Wittgenstein: Wir sind gerade dabei, auch mit einer Arbeitsgruppe „Ehrenamtlicher Dienst“ hier neue Wege zu suchen, wie wir jüngeren, aber auch älteren Menschen, die nach einem erfüllten Berufsleben durchaus ja noch hervorragende Arbeit leisten können, hier den Einstieg in die DRK-Arbeit erleichtern können. Wir denken etwa an eine Schnupperphase, weil ja jeder die Scheu hat, sich irgendwo einzugliedern. Manche haben auch eine Scheu davor, eine Dienstkleidung zu tragen oder etwa ständig präsent sein zu müssen. Hier ist viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Bevölkerungsschutz: Bei großen Unfällen erlebt man sehr spontane Reaktionen – reicht das nicht aus?

Prinz Wittgenstein: So großen Respekt ich vor spontanen Hilfsaktionen habe, die sich immer wieder bilden, sie sind heute auf dem Platz und morgen sind sie weg. Sie werden für ihr Tun nicht zur Rechenschaft gezogen, denn es war ja ihre freiwillige Ad-hoc-Entscheidung. Vom DRK aber erwartet man, daß es permanent die Hilfen anbietet, die wir für unsere Bürger hier vorhalten und insofern müs-



„Wir alle, die wir auf die Mithilfe unserer Bevölkerung angewiesen sind, haben z. Z. unsere besonderen Probleme.“

sen wir natürlich großen Wert darauf legen, daß unsere Helferinnen und Helfer dann für uns abrufbereit sind, wenn es notwendig ist.

Bevölkerungsschutz: Beispiele?

Prinz Wittgenstein: Im Sommer letzten Jahres hatten wir die Aufforderung der Bundesregierung, innerhalb kürzester Zeit 12 000 Flüchtlinge aus Jugoslawien in die Bundesrepublik zu bringen. Wir hatten große Sorge, zu Beginn der Ferienzeit überhaupt die ausreichende Zahl der Helferinnen und Helfer zusammenbringen zu können, und mußten dann feststellen, daß wir so viele Helferinnen und Helfer hatten, die bereit waren mitzumachen, daß wir einem großen Teil sogar Absagen erteilen mußten.

Bevölkerungsschutz: Das DRK – neues Betätigungsfeld für die jungen Alten?

Prinz Wittgenstein: Es ist ja eine schon durchaus bewährte Sache. Man kann auch sagen, wenn man dem DRK den kleinen Finger gibt, dann hält es an der ganzen Hand fest. Ich bin auch ein Beispiel dafür, meine

Mutter war es für 60 Jahre. Und gerade die Arbeit, die wir der drohenden oder tatsächlichen Vereinsamung älterer Menschen anbieten, hat überzeugend gut eingeschlagen, z. B. Tanz für Senioren, Gymnastik, Schwimmen für Senioren. Auch die Ausbildungsleiter und die Leiter solcher Gruppen sind in vielen Fällen der älteren Generation zuzurechnen, so daß wir gerade in diesem Bereich ein großes Feld für die Betätigung der jüngeren Alten haben. Dies wird genutzt, und ich kann nur sagen, mehr wäre noch besser.

Bevölkerungsschutz: Spürt auch das DRK den Rückgang an Zivildienstleistenden?

Prinz Wittgenstein: Ich habe immer davor gewarnt, sich zu stark auf die Zivildienstleistenden in verschiedenen Aufgabenfeldern abzustützen. Einmal, weil es unserer generellen Auffassung entspricht, daß eben viele Dinge doch durch die Bereitschaft des Bürgers zu bewältigen sind, und nicht nur durch Entscheidungen, wie den Wehrdienst abzulehnen. Insofern hat uns die Entwicklung, wie sie sich in den letzten Jahren abgezeichnet hat, nicht so getroffen wie andere Or-

ganisationen. Aber ich räume ein, daß hier Engpässe entstanden sind. Gerade die Zivildienstleistenden haben ja hervorragende Arbeit und diese auch noch hoch motiviert geleistet. Jede helfende Hand, die uns fehlt, tut uns und vor allen Dingen unseren Bürgern weh.

Bevölkerungsschutz: Ist dieser Rückgang bundesweit festzustellen?

Prinz Wittgenstein: Nein, dieser Engpaß macht sich insbesondere im ländlichen Bereich bemerkbar. Wir müssen dies überbrücken, was nicht ganz einfach sein dürfte.

Bevölkerungsschutz: Gilt das auch für die nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom Wehrdienst Freigestellten?

Prinz Wittgenstein: Dies trifft auch für diesen Personenkreis zu, jedoch hier vorwiegend im großstädtischen Bereich.

Bevölkerungsschutz: Das Präsidium des DRK hat am 10. 10. 1991 eine Stellungnahme zum Zivil- und Katastrophenschutz beschlossen. U. a. heißt es dort: „Katastrophenschutz ist eine Aufgabe und keine In-

stitution des Staates.“ Was bedeutet das?

Prinz Wittgenstein: Das deckt sich mit dem, was ich eben auch in anderem Zusammenhang gesagt habe. Wir gehen von der Auffassung aus, daß der Bürger eine Mitverantwortung für sein Gemeinwesen hat. Und dies ganz besonders in Notsituationen. Abgesehen einmal davon, daß der Staat gar nicht in der Lage ist, alle Erwartungen und Wünsche zu erfüllen, haben wir in den vergangenen Jahrzehnten die Erfahrung machen müssen, daß eben die freiwilligen Organisationen nicht nur hervorragende Arbeiten geleistet haben, sondern auch bewiesen haben, daß ein Prinzip unseres Staates, nämlich die Subsidiarität, in der Tat allen anderen Lösungsvorschlägen überlegen ist. D. h.: So viel Staat wie notwendig, aber so viel private Initiative wie möglich.

Bevölkerungsschutz: Und sehen Sie dieses Prinzip bedroht?

Prinz Wittgenstein: Gerade in den letzten Monaten wird die Diskussion stärker und stärker geführt, bestimmte Vorsorgemaßnahmen, aber auch den Katastrophenschutz und den internationalen Katastrophenschutz,

staatlichen Organisationen oder Institutionen zu übertragen. Hiervor kann ich nur warnen. Es ist ein großer Trugschluß zu glauben, daß der Staat alles regeln kann.

Bevölkerungsschutz: Führen diese Überlegungen auch zu Anpassungen oder Veränderungen Ihrer Organisationsform?

Prinz Wittgenstein: Ja. Unsere Erfahrungen bei der Schnee- und Kältekatastrophe in Schleswig-Holstein haben uns gezeigt, wie notwendig es ist, bürgernahe Einrichtungen vorzuhalten. In unserer Arbeit für den Katastrophenschutz haben wir ein Stützpunktsystem eingerichtet, das sanitätsdienstliche Hilfe und Hilfe für die Bevölkerung vor Ort sicherstellt. Bei aller Notwendigkeit für die Existenz eines DRK-Hilfszuges bei großen Katastrophen und bei Auslandseinsätzen, können solche Einrichtungen die bürgernahe Betreuung und Katastrophenhilfe nicht ersetzen. Dies sind in sich ergänzende Elemente, die uns dazu veranlaßt haben, eine dezentrale Gliederung und Hilfe vor Ort anzubieten. Das DRK ist ja in seiner ganzen Struktur bürgernah und dezentral organisiert. Dies bedeutet auch dezentrale Verantwortlichkeiten. Wir können wirklich auf gute Erfahrungen zurückblicken und feststellen, daß unser Einsatz, diese Hilfe bürgernah zu organisieren, richtig ist. Dies gilt auch für Einsätze im Ausland.

Bevölkerungsschutz: Wollen Sie Ihr Stützpunktsystem exportieren?

Prinz Wittgenstein: Es ist ja nicht so, daß wir von Anfang an bei einer Naturkatastrophe vor Ort sind. Deswegen ist es notwendig, daß in diesen Ländern, wo solche Katastrophen sich immer wiederholen, ähnliche Strukturen geschaffen werden, wie wir sie hier haben. Denn die Hilfe gerade in den ersten 24 Stunden ist lebensrettend. Wenn sich aber andererseits Länder, in denen solche Katastrophen insbesondere stattfinden, daran gewöhnen, daß sie am Tropf staatlicher Hilfsinstitutionen hängen, werden sie selbst sich nicht dazu bewegen lassen, eigene Vorsorge zu treffen.



„Ich habe immer davor gewarnt, sich zu stark auf die Zivildienstleistenden in verschiedenen Aufgabenfeldern abzustützen.“

Bevölkerungsschutz: Also Hilfe zur Selbsthilfe?

Prinz Wittgenstein: Ja. Nach solchen Hilfseinsätzen ist die begleitende Arbeit danach besonders wichtig. Hilfeleistungen nach der Katastrophe, weil sich aus diesen Kontakten die Möglichkeiten ergeben, die Hilfe zur Selbsthilfe zu verstärken. Schließlich und als letztes: Auch die Bürger unseres Landes helfen ja in solch einem Fall großzügig, indem sie spenden, indem sie Sachgüter bereitstellen. Sollte bei dem Bürger der Eindruck entstehen, auch dies alles könne der Staat schaffen, wird der Bürger sich aus der Mitverantwortung, zu der er gefordert ist und in der er sich betätigt, zurückziehen.

Bevölkerungsschutz: Also humanitäre Hilfe, zuallererst Hilfe zur Selbsthilfe und nicht immer nur als Reparaturwerkstatt, wenn schon etwas passiert ist.

Prinz Wittgenstein: Genauso wie Sie sagen. Es ist außerordentlich wichtig, daß wir z. B. in den neuen Republiken in der ehemaligen Sowjetunion solche Strukturen schaffen. Wir können nicht überall helfen und alle Not der Welt lindern oder ihr begegnen. Von daher ist es notwendig, diesen Ansatz zu finden. Er ist aber nur dann zu finden, wenn wir selbst mit einem Vorbild zeigen, daß so etwas nicht gut, sondern besser funktioniert. Unsere Armenienhilfe ist hierfür ein gutes Beispiel.

Bevölkerungsschutz: Die Politik diskutiert z. Z. darüber, humanitäre Hilfe anders zu gestalten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu ein Hearing veranstaltet. Ist die humanitäre Hilfe ein zukünftiges Betätigungsfeld für die Bundeswehr?

Prinz Wittgenstein: Ich gehe davon aus, daß der jetzige Bundesverteidigungsminister dies nicht so sieht. Die Bundeswehr hat hervorragende Hilfsmaßnahmen durchgeführt und verfügt über ausgezeichnete logistische Möglichkeiten. Auch das DRK hat allen Anlaß, der Bundeswehr für die Unterstützung und Hilfe im logistischen Bereich, wie wir auch bei verschiedenen Auslandseinsätzen erfahren haben, zu danken.

Bevölkerungsschutz: Die Bundeswehr als Spediteur der Hilfsorganisationen?

Prinz Wittgenstein: Ich möchte davor warnen, sich zu stark auf dieses Feld zu begeben, denn der Auftrag der Bundeswehr ist nun einmal die Verteidigung und der Schutz unseres Landes.

Bevölkerungsschutz: Kann es unterschiedliche Ansatzpunkte für humanitäre Hilfeleistung geben?

Prinz Wittgenstein: Bei den Überlegungen der Bundesregierung ist immer auch politische Opportunität mit im Spiel. Man prüft, ob es politisch sinnvoll ist zu helfen oder nicht zu helfen. Es ist aus der Sicht der Bundesregierung auch gar nicht als verwerflich zu bezeichnen. Es ist ja ihre Aufgabe, politisch zu entscheiden. Aber es gibt viele Einsatzgebiete, in denen gerade die Bundeswehr oder ein wie auch immer geartetes nationales Hilfskorps aus solchen politischen Zwecküberlegungen heraus nicht tätig werden kann.

Bevölkerungsschutz: Und das gilt nicht für das DRK?

Prinz Wittgenstein: Nein. Wir können immer und zu jeder Zeit tätig werden, denn wir orientieren uns ausschließlich am Maß der Not. Und es kann ja nicht so sein, daß wir sagen, in bestimmten Bereichen leisten staatliche Organisationen die Hilfe und nur dort, wo es aus politischen Gründen zweckmäßig erscheint, dürfen die privaten Organisationen tätig werden. Das kann nicht funktionieren, und ich kann nur davor warnen. Der Bürger würde dies nach meiner Einschätzung nicht unterstützen.

Bevölkerungsschutz: Also Einheitlichkeit der humanitären Hilfe auch zukünftig?

Prinz Wittgenstein: Davon bin ich fest überzeugt. Es gibt ja beim Auswärtigen Amt eine eigene Arbeitsgruppe, deren Aufgabe nun darin besteht, die unterschiedlichen Organisationen zum gemeinsamen Handeln zusammenzuführen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Aber ich warne davor, hier dem Staat zusätzliche Auf-

gaben zu übertragen. Wie in dem Hearing der SPD-Bundestagsfraktion bereits ausgeführt, bin ich sehr wohl der Meinung, daß vieles noch effektiver und besser gestaltet werden kann. Hierzu gehört auch das Eingeständnis eigener Fehler und das Ziehen der notwendigen und richtigen Schlüsse aus eben diesen. Koordination ja, staatliche Bevormundung nein.

Bevölkerungsschutz: Ein Teil der Sicherheitspolitik ist die Bundeswehr. Ein anderer Teil der Zivilschutz. Das DRK wirkt im Zivilschutz mit. Brauchen wir aufgrund der veränderten Sicherheitslage eigentlich noch Einheiten und Einrichtungen des Zivilschutzes?

Prinz Wittgenstein: Außer Zweifel hat sich in den letzten zwei, drei Jahren die Sicherheitslage verändert, und die drohende Konfrontation von hochgerüsteten Atommächten ist nicht mehr in dem Maße vorhanden. Auf der anderen Seite wissen wir, es gibt noch eine Reihe von Ländern, die nach wie vor über diese Waffen verfügen. Was noch viel schwerwiegender ist, ist, daß zahlreiche neu entstandene Länder erst ihren Standort in dieser Welt bestimmen und suchen müssen. Wir wissen von vielen ethnischen Konflikten in der ehemaligen Sowjetunion, und die Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien sind ein anderes Beispiel, die wieder einmal deutlich machen, daß der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Solche Auseinandersetzungen können immer einmal über die Grenzen solch ethnischer Konflikte hinausschwappen, auch dafür ist das ehemalige Jugoslawien gerade in diesen Tagen ein Beispiel. Dies alles bringt mich dazu, nicht in den Chor derer einzustimmen, die praktisch die Bedrohung und die Sicherheitslage als völlig friedlich gegeben ansehen. Diese optimistische Einschätzung habe ich nicht.

Bevölkerungsschutz: Also Zivilschutz tut auch künftig not?

Prinz Wittgenstein: Er ist unerlässlich, weil wir alle nicht wissen, was sich in der Welt noch verändern wird. Aber auch wegen des großen wirt-

schaftlichen und sicherheitsrelevanten Gefälles zwischen Nord-Süd, aber auch wieder zwischen West und Ost und den daraus resultierenden möglichen Gefahren, halte ich einen an den Möglichkeiten und Notwendigkeiten angepaßten Zivilschutz für unerlässlich.

Bevölkerungsschutz: Mehrfach klagten Sie in der Vergangenheit über Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ländern und dem Bund. Gibt es die immer noch, oder hat sich dort etwas gebessert?

Prinz Wittgenstein: Ich glaube, wir haben eine völlig unveränderte Situation. Ich bin lange genug in diesem Bereich tätig, um zu wissen, daß die unterschiedlichen, verfassungsmäßigen Zuständigkeiten außerordentlich große Probleme für Bund und Länder bringen. Auf der anderen Seite muß der Bürger erwarten, daß die Hilfen, die der Staat den Organisationen zur Verfügung stellt, um in den verschiedenen Katastrophenfällen oder Notständen zu helfen, gebündelt werden. Helferinnen und Helfer wie aber auch die gesamte Ausrüstung werden für

Notstände vorgehalten, und in solchen Situationen fragt man dann nicht mehr, wer ist zuständig, wer hat was bezahlt. Wir müssen gerade in einer Zeit, wo die Mittel immer knapper werden, unsere Kräfte bündeln und dürfen nicht auf alten Zuständigkeiten beharren. Hier muß man von Bund und Ländern erwarten, daß sie ein gemeinsames Konzept erarbeiten.

Bevölkerungsschutz: Zivilschutz ohne Grundakzeptanz bei der Bevölkerung ist ein Widerspruch in sich. Der Staat kann nicht alles, zumindest kann er eines nicht, nämlich bei der Bevölkerung so etwas wie Sicherheitsbewußtsein vermitteln. Halten Sie es für erforderlich, daß die Bevölkerung in alle Überlegungen zur Gefahrenvorsorge, zum Katastrophen- und Zivilschutz durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit eingebunden wird?

Prinz Wittgenstein: Ich halte es für unerlässlich, so etwas zu machen und durch Öffentlichkeitsarbeit eben darauf hinzuweisen, daß wir nicht auf einer Insel der Seligen leben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß

Auseinandersetzungen den Weltfrieden immer wieder bedrohen. Hinzu kommen die möglichen Katastrophen aus einer immer höher entwickelten Technik. Es ist zwar nicht populär, über diese Dinge zu sprechen. Aber jeder, der sich dieser Verantwortung entzieht, würde große Schuld auf sich laden, nämlich spätestens dann, wenn etwas passiert und wir darauf nicht vorbereitet sind.

Bevölkerungsschutz: Öffentlichkeitsarbeit besonderer Art erfuhren wir vor einigen Wochen durch einen Kölner Fernsehsender. Einige Feuerwehren ließen ihre Feuerwehrmänner mit Video-Kameras dieses Senders ausrüsten, damit sie an Ort und Stelle das Brandgeschehen filmen konnten. Können Sie sich vorstellen, daß das DRK Helfer mit Video-Kameras versieht?

Prinz Wittgenstein: Ich halte es nicht für gut, wenn man Öffentlichkeitsarbeit dadurch unterstützt, daß man in spektakulärer Weise unter Umständen die Würde des Menschen verletzt oder in den Fällen, in denen wir arbeiten, sogar Arztgeheimnisse und Persönlichkeitsschutz verletzen kann. Ich kann die Anbieter auf dem Medienmarkt nur dringend bitten, diese Schutzzone zu achten und zu erhalten und die Würde des Menschen zu jedem Zeitpunkt zu wahren. Unsere Fürsorge gilt den Opfern, und bei aller notwendigen Öffentlichkeitsarbeit der Hilfsorganisationen müssen wir diese Grenze respektieren. Für das DRK erkläre ich ganz eindeutig, auf solche Öffentlichkeitsarbeit können und werden wir verzichten.

Bevölkerungsschutz: Prinz Wittgenstein, herzlichen Dank für dieses Gespräch.



„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Auseinandersetzungen den Weltfrieden immer wieder bedrohen.“

Das Gespräch mit Prinz Wittgenstein führte Peter Eykmann.

Ziviles Krisenmanagement überprüft

Niedersachsen führte erste landesweite Katastrophenschutzübung im Bundesgebiet durch

Auch im Herbst des Jahres 1992 ist die norddeutsche Tiefebene – genau wie im Vorjahr – von schweren Herbststürmen mit Orkanböen heimgesucht worden. Bäume und Baugerüste wurden umgefegt, Fahrzeuge von den Straßen geweht, ganze Dachkonstruktionen wirbelten wie Geschosse durch die Luft und als schlimmstes gab es Verletzte und Tote zu beklagen.

Niedersachsen hatte für seine landesweite Katastrophenschutzübung noch eins draufgelegt. Nachdem sich ein Herbststurm mehrere Tage warmgelaufen hatte, erreichte er am Wochenende des 6. und 7. November 1992 mit ständigen Orkanböen von über 140 km/h seinen verheerenden Höhepunkt. Er schlug eine Schneise der Vernichtung in südwestlicher Richtung durch die niedersächsischen Regierungsbezirke Hannover und Lüneburg und tobte sich bis an die Stadtgrenzen von Hamburg aus. In den betroffenen waldreichen Regionen von Niedersachsen brach die gesamte Verkehrs-Infrastruktur und mit ihr die materielle und die Energieversorgung zusammen. Flugzeuge stürzten auf die verkehrsreichsten Autobahnschnittpunkte herab, gefährliche Chemikalien, ausgetreten aus leckgeschlagenen Eisenbahnwaggons, gefährdeten alles Leben in der näheren und weiteren Umgebung, ein Munitionszug der Bundeswehr brannte in einem Bahnhof und zu Tausenden verendete Großvieh nach tagelangem Ausbleiben des Futters. Das Chaos war vollkommen und nur durch den konzentrierten Einsatz von

Katastrophenschutz und Krisenstäben auf allen Ebenen zu bewältigen.

Warum hat sich Niedersachsen der Herausforderung unterzogen, erhebliche Teile seiner Landesverwaltung ein Wochenende lang mit der Behandlung einer solchen Krisenlage zu befassen?

Bei Golfkrise und Golfkrieg war die Erfahrung offenbar geworden, daß die durch Wintex erworbene und im Zwei-Jahres-Rhythmus auf dem laufenden gehaltene Fähigkeit zum zivilen Krisenmanagement spürbar nachgelassen hatte – und sei es nur dadurch, daß sich die handelnden Personen nicht mehr so gut kannten wie jeweils nach den zehn Tagen gemeinsamen Wintex-Übens. Dies war dem niedersächsischen Kabinett Anlaß, dem Land eine eigene Katastrophenschutzübung mit einer zivilen Ausgangslage zu verordnen.

Mit eigenen Kräften

Schon bei der Übungsanlage – solange aktiv vom BMI und der Akademie für zivile Verteidigung aktiv begleitet, bis sich herausstellte, daß das Erforderliche mit eigenen niedersächsischen Kräften zu leisten war – stellte sich heraus, daß eine Schadenslage, die landesweite Reaktionen auszulösen vermochte, nicht ohne weiteres vorstellbar war. Alle bisher in Deutschland aufgetretenen Großschadenslagen waren von der Art, daß sie grundsätzlich auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörden gemeistert werden konn-

ten und lediglich der aufmerksamen und politisch geprägten Begleitung durch die nächst höheren Instanzen bedurften. Also mußte für den 6./7. November 1992 eine Ausgangslage her, die unsere zivilisatorischen Grundstrukturen kräftig durcheinanderwirbelte – der lang anhaltende Orkan eben.

Die Übung war nach klassischem Übungsmuster für einen Übungs- und einen Leitungsstab angelegt. Letzterer übernahm – neben seiner Verantwortung für einen sachgerechten Ablauf der Übung – alle nicht mitspielenden Bereiche, so auch Koordinierungsstab und Koordinierungsgruppe im Bundesinnenministerium.

Die Übung begann am Freitag morgen mit dem einlagengesteuerten planmäßigen Eingehen der ersten Schadensmeldungen im Innenministerium. Hier trafen sie – natürlich eine der vielen Übungskünstlichkeiten – auf eine vorbereitete Infrastruktur. Das Haus hatte seine Kräfte zur Bewältigung einer Krisenlage gebündelt und sich unter Zuhilfenahme von Kräften aus allen Bereichen in eine umfassende Einsatzgruppe, eine Koordinationsgruppe und den polizeilichen Bereich gegliedert. Für Zwecke unmittelbarer Kommunikation waren diese Organisationsheiten in einem großen Sitzungssaal untergebracht. Nicht anders wäre dies alles auch in einem Einsatzfall. Schon bald zeigte sich beim Meldeeingang das klassische Defizit aller Übungen dieser Art: Die Stäbe vor Ort waren beim gehäuftem Eintritt der Schadenslagen zu Übungsbeginn mit ihren Einsatzaufgaben derart ausgelastet, daß sie die

„Meldung nach oben“ vernachlässigten oder bewußt für nicht so wichtig hielten; Hilfe und Rettung vor Ort hatten Vorrang. Dies wurde im Innenministerium mit Gelassenheit hingenommen, denn in einem Ernstfall wären fast alle Schadenslagen von einer solchen Relevanz gewesen, daß sie entweder als Verkehrsmeldungen oder polizeiliche Vorrangmeldung beim Lagezentrum aufgelaufen und damit den Einsatzstäben zur Kenntnis gelangt wären.

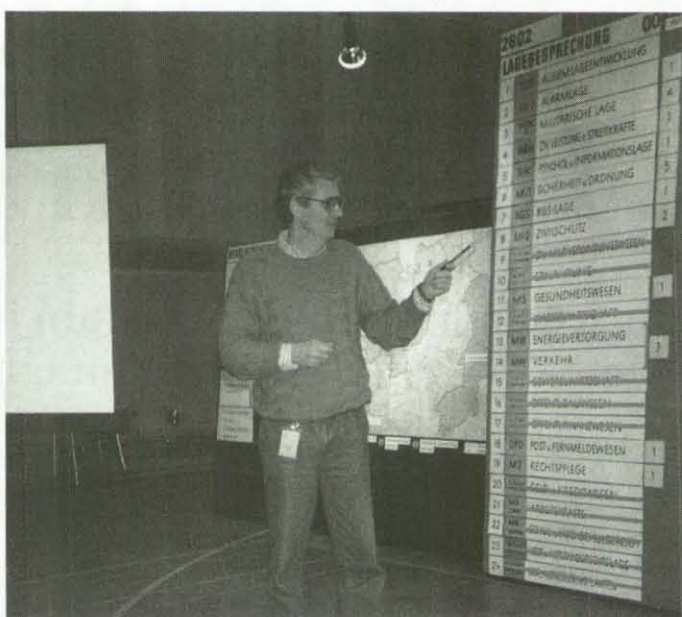
Als sich in den Landkreisen die Feststellungen des Katastrophenfalls häuften, berief der Innenminister auf der Grundlage eines seit 1976 bestehenden Erlasses den Krisenstab der Landesregierung ein. Ihm gehören Vertreter aller von den Schadenslagen fachlich betroffener Ressorts an. Seine personelle Zusammensetzung bestimmt sich nach der Schwere des Unglücks und reicht dementsprechend vom Abteilungsleiter bis zum Minister in Person.

Schlagkräftiges Instrument

In mehreren konzentrierten Sitzungen konnte sich dieses Gremium ein Gesamtschadensbild verschaffen, erforderliche Abhilfemaßnahmen beraten und beschließen sowie die spezifischen Ressortveranlassungen koordinieren. Mit zunehmendem Übungsverlauf erwies sich dieses Gremium als schlagkräftiges Instrument, von dem geurteilt werden konnte, daß es „die Lage im Griff hatte“. Dabei konnte das verfassungsmäßig begründete Ressortprinzip aufrechterhalten und es sogar beim Verbleib der einzelnen Ministerien in den angestammten Häusern belassen werden.

Der anfangs schleppende Meldeeingang von den Katastrophenschutzbehörden und den Bezirksregierungen führte dazu, daß im Bereich des Innenministeriums völlige Unklarheit über den Kräfteinsatz vor Ort herrschte und damit auch keine Vorkehrungen für Anforderungen aus anderen Bundesländern getroffen werden konnten. Auf entsprechende Anfragen wurde zurückgemeldet, daß die eigenen Kräfte noch ausreichten bzw. Verstärkungen aus vom Sturm nicht betroffenen Bereichen Niedersachsens herangezogen worden waren.

Der Versuch, diesem Wissensdefizit durch die Einschaltung der Spitzen von THW und DRK abzuhelpfen, schei-



Der Autor des Beitrages bei einem Lagevortrag anläßlich einer früheren Übung in Niedersachsen.

terte. Die Landesverbände definieren sich als Koordinations- und nicht als Führungsgremien. Auch sie wüßten nichts Genaueres über die aktuelle Kräftesituation vor Ort. Nach derzeitigem Erkenntnisstand – die Übung ist noch nicht ausgewertet – scheint hier ein Defizit aufgedeckt worden zu sein, das Augenmerk der Verantwortlichen verlangt. Dies ebenso wie Mängel im Meldeverfahren erkennbar zu machen, ist aber ja gerade Aufgabe einer solchen Übung und wurde auch gegenüber den zahlreichen Übungsbeobachtern nicht unter der Decke gehalten.

Zahlreiche Übungsbeobachter

Ach ja, die Übungsbeobachter. Weil es sich um die erste Übung dieser Art in Niedersachsen handelte, hat sie weitgehende Aufmerksamkeit von Bund und insbesondere Nachbarländern gefunden. Vertreter des BMI, BZS und der AKzV, der Leiter der Katastrophenschutzschule des Bundes sowie zahlreiche Katastrophenschutzverantwortliche aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Bremen und Hessen opferten Teile ihres Wochenendes und verfolgten die Übung mit kritisch gezücktem Bleistift. Ihr Urteil war einhellig: Diese Übung ist eine Pioniertat. Wenn alles geklappt hätte, hätte man nicht zu üben brauchen. Alle Beteiligten, auch die Beobachter, haben von der Übung profitiert. Wir befinden uns gemeinsam auf dem richtigen Weg zur Überprüfung und Verbesserung unseres zivilen Krisenmanagements.

Besondere Erwähnung verdient die Beteiligung der Bundeswehr. Sie hat sofort nach Bekanntwerden der ersten Alarmmeldungen den Wochenendurlaub für 55 000 Soldaten im Wehrbereich II – natürlich nur übungsfiktiv – gestoppt. Diese 55 000 Soldaten standen mit ihrem Gerät als großes und bedeutsames Hilfspotential dem zivilen Hilfsanliegen zur Verfügung. Um ihren Einsatz von vornherein effektiv gestalten zu können, hatte die Bundeswehr in die Stäbe aller Ebenen Verbindungskommandos entsandt. So waren ein Oberst und ein Oberstleutnant des WBK II in den Einsatzstab des Innenministeriums eingerückt. Auch sie konnten Verbesserungsbedürftiges aufdecken. Wichtig aber war, daß in einer Zeit drastischer Truppenverringerungen und organisatorischer Umgliederungen an der Basis des territorialen Bereichs die Hilfsstrukturen auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft wurden; wichtiger vielleicht war noch das unübersehbare Signal der Bundeswehr im WBK II, bei Großschadenslagen dem zivilen Bereich mit allen verfügbaren Kräften zur Seite zu stehen.

Im Niedersächsischen Innenministerium weiß man nun, wo im tatsächlichen Einsatzgeschehen Schwachstellen zu beseitigen sind; man weiß auch, wie man eine weitere Übung noch besser anlegt – z. B. mit der Berücksichtigung realen polizeilichen Meldeaufkommens und verbesserter Nutzung von Kommunikation als Steuerungsinstrument. Insgesamt aber hat „KatÜb Nds. '92“ das Gewappnetsein für Großschadenslagen tatsächlich wie psychologisch spürbar verbessert.

Rettungsdienst im ländlichen Raum

1. Hunsrücker Notfallsymposium in Kirchberg – Probleme der Notfallmedizin im ländlichen Raum

Zum 1. Hunsrücker Notfallsymposium lud das „Kirchberger Forum Notfallmedizin“ in Zusammenarbeit mit dem DRK-Kreisverband Rhein-Hunsrück sowie dem MHD-Diözesanverband Trier im Januar nach Kirchberg, Rhein-Hunsrück-Kreis, ein. Unter Federführung des Forum-Vorsitzenden und MHD-Landesarztes in Rheinland-Pfalz, Dr. Klaus Pottgieser, sowie DRK-Kreisverbandsarzt Dr. Heinrich Hellweg, wurde bei dieser eintägigen Veranstaltung aufgezeigt, mit welchen Problemen der Rettungsdienst im ländlichen Raum konfrontiert ist. Anders als in Ballungsräumen rechnet man im ländlichen Bereich mit einer Anfahrtszeit zum Unfallort von durchschnittlich 20 bis 25 Minuten. Weniger Notärzte als in städtischen Rettungsdienstbereichen, weniger Rettungsdienstpersonal, weniger Rettungsmittel und Ausrüstung schaffen erschwerte Bedingungen, unter denen der Rettungs-

dienst im ländlichen Raum dennoch optimale Arbeit zu leisten hat. Eines der Ziele des 1. Hunsrücker Notfallsymposiums war es denn auch, darauf hinzuweisen, wie wichtig Sofortmaßnahmen am Unfallort durch den einzelnen Bürger sowie erweiterte Sofortmaßnahmen durch niedergelassene Ärzte – also die Stabilisierung des Minimalkreislaufs – bis zum Eintreffen des qualifizierten Notarztes sind.

Im Vordergrund der Veranstaltung stand die Absicht einer notfallmedizinischen Fortbildung des Rettungsdienstpersonals vor Ort. „Es bringt nichts, einen Kollegen zwecks Fortbildung zur Berufsfeuerwehr nach Mainz zu schicken, wo alle erdenklichen Mittel vorhanden sind. Er muß in seinem Rettungsdienstbereich zurechtkommen, mit den dort zur Verfügung stehenden Mitteln“, erklärte Dr. Klaus Pottgieser gegenüber dem Bevölkerungsschutz-Magazin.

kurze Ortsbeschreibung – Ende der Durchsage!

Den Initiatoren des Notfallsymposiums ging es nun darum, daß alle bei solch einem Einsatz in Frage kommenden Organisationen aufzeigten, welche Aufgaben sie im konkreten Fall wahrzunehmen hätten. Für die Symposium-Teilnehmer sollte ersichtlich werden, wie die einzelnen Organisationen kooperieren.

So veranlaßt die Polizei nach dem Eingang eines solchen Notrufes, daß alle verfügbaren Beamten zum angegebenen Unfallort fahren. Diese treffen zirka acht bis elf Minuten später am Schadensort ein. Unmittelbar nach der Alarmierung der eigenen Kräfte werden Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr benachrichtigt.

Polizei: Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

Die an der Unfallstelle eintreffenden Polizeibeamten haben zunächst zwei Aufgaben. Zum einen die Ergreifung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr und zum anderen oftmals zeitgleich die Ergreifung von Maßnahmen der Strafverfolgung. In beiden Fällen hat die Polizei jedoch nur subsidiäre Zuständigkeiten. Originär zuständig für die Gefahrenabwehr sind die entsprechenden Behörden, z. B. Veterinäramt, Bauamt usw., während bei der Strafverfolgung die Zuständigkeit bei der Staatsanwaltschaft liegt.

Treffen die Beamten an der Unfallstelle ein, so haben sie zunächst einmal alle dort erforderlichen Erstmaßnahmen zu treffen. Das bedeutet, das Leitwort der Feuerwehr „Retten – Helfen – Bergen“ ist auch für die Polizei vor Ort erst einmal von Bedeutung. Jedoch nur bis zum Eintreffen der zuständigen Fachdienste am Schadensort. In diesem Moment kann sich die Polizei dann auf ihre ur-eigendsten Aufgaben zurückziehen.

Nach der Einrichtung eines Meldekopfes sowie der Alarmierung der Bezirkseinsatzzentrale – hier: in Koblenz, von wo aus in kürzester Zeit 50 bis 70 Beamte zur Unterstützung bereitgestellt werden, beschränken sich die Beamten vor Ort darauf, die An- und Abfahrt der Rettungsdienste zu ermöglichen, so daß diese sich in der allgemeinen Hektik nicht selbst behindern. Später wird es mit der eintreffenden Verstärkung auch Aufgabe der Polizei sein, die Rettungswege zu den nahegelegenen Krankenhäusern soweit als möglich freizuhalten.

Im konkreten Fall, Freitag morgen gegen 8 Uhr mit winterlichen Witterungsbedingungen, ggf. Niederschlag/Eisregen, ist das Freihalten

Eingeleitet wurde das Symposium mit einem Fallbeispiel: An einem Freitagmorgen gegen 7.52 Uhr fährt ein Schulbus, besetzt mit 67 Schulkindern im Alter von 7–13 Jahren sowie dem Fahrer, von Beltheim nach Roth. Auf einer Serpentinestrecke kommt der Bus bei winterlichen Straßenverhältnissen ins Schleudern. Er wird durch einen entgegenkommenden Pkw gerammt, welcher den Bus hebt, so daß dieser auf die linke Seite kippt, eine Leitplanke durchbricht und schließlich mit den vorderen fünf Metern über die Böschung ragend zum liegen kommt. Über den Notruf „110“ wird die Polizei in Simmern benachrichtigt: „Es ist etwas Schlimmes passiert, kommen Sie schnell. Ein Bus mit Kindern.“ Dem folgt eine



Interessiert verfolgen die Symposium-Teilnehmer in Kirchberg die Messung der Gefahrstoffkonzentration durch den Spürpanzer Fuchs – stationiert beim ABC-Abwehrbataillon der Bundeswehr in Zweibrücken.

der Rettungswege durch die Polizei um so wichtiger. Denn unter derartigen Bedingungen muß damit gerechnet werden, daß Rettungshubschrauber eventuell gar nicht zum Einsatz kommen können, man sich also fast ausschließlich auf den bodengebundenen Rettungsdienst stützen muß.

Daneben wird die Polizei vor Ort auch die Rettungsdienste unterstützen und des weiteren die strafrechtliche Ursache des Unfalls ermitteln sowie Beweise sichern.

Feuerwehr: Technische Hilfe und Brandschutz

Die Freiwillige Feuerwehr, die meist zeitgleich mit den ersten Rettungsdienstwagen eintrifft, wird zunächst einmal versuchen, den über der Böschung hängenden Bus abzusichern. Dabei kommt die Facheinheit „Technischer Dienst“ mit einem entsprechend ausgestatteten Rüstwagen zum Einsatz. Auch Maßnahmen des Brandschutzes werden zu treffen sein, wie beispielsweise das Abklemmen der Fahrzeugbatterien.

Die Tageszeit – 8 Uhr – im vorliegenden Fallbeispiel ist für eine Freiwillige Feuerwehr sehr ungünstig. Viele Feuerwehrangehörige arbeiten gerade im ländlichen Raum auswärts, und so verlängert sich die Alarmzeit durch stille Alarmierung entsprechend. Wie Dr. Kern von der Berufsfeuerwehr Koblenz in Kirchberg betonte, stellt sich in solchen Situationen der derzeitige Abbau von Sirenen, gerade im ländlichen Raum, als

ein Nachteil heraus, wenn eine umfassende stille Alarmierung nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist. „Man kann nur hoffen, daß genügend Feuerwehrkameraden über einen Funkmeldeempfänger erreichbar

sind und ggf. über eine sogenannte Schleife informiert werden“, so Dr. Kern in Anbetracht der Tatsache, daß die nächste Berufsfeuerwehr in Koblenz bei optimalen Bedingungen zirka 45 Minuten Fahrtzeit bis zum Schadensort benötigt.

Nach der Absicherung des Fahrzeugs stellt sich für die Feuerwehr die schwierige Aufgabe, gemeinsam mit dem Rettungsdienst die festgesetzten Personen zu befreien. „Während beispielsweise der Notarzt Infusionen anlegt, werden Feuerwehrangehörige gleichzeitig mit entsprechenden Werkzeugen (Spreizer, Schere, hydraulischem Rettungsgerät) versuchen, den eingeklemmten Verletzten zu befreien. Das ganze muß Hand in Hand gehen“, so Dr. Kern.

Im vorliegenden Schadensfall wäre rechtlich gesehen auch ein Einsatz des Technischen Hilfswerks möglich, würde es durch den örtlichen Einsatzleiter angefordert. Neben einschlägigen Landesgesetzen läßt nicht zuletzt das THW-Helferrechtsgesetz im Bereich der Technischen Hilfe einen Einsatz auch in „kleinerem Rahmen“ zu.

Dem Beispiel dieses Feuerwehrmannes folgen viele und nutzen die Gelegenheit zur eingehenden Besichtigung des Spürpanzers.



Hier wäre der THW-Ortsverband Simmern zuständig, welcher mit einem Bergungszug ausgestattet ist. Die Ausrüstung gleicht der des Rüstwagens der Feuerwehr, mit Ausnahme des THW-spezifischen Rettungsmittels „Schleifkorb“. Es handelt sich dabei um eine Metallwanne mit Kufen, die im Gegensatz zu normalen Tragen den Vorteil hat, daß man mit ihr verletzte Personen aus schwierigem Gelände (Böschung) herausziehen kann. Jedoch wird anschließend ein Umlagern auf eine andere Trage nötig, da der Schleifkorb nicht in einen RTW oder KTW integriert werden kann.

Rettungsleitstelle: Koordination des Einsatzes

Für die zuständige Rettungsleitstelle in Bad Kreuznach, der die Rettungswachen Simmern und Hahn zuarbeiten, ist diese Schadenslage kein Routinefall. Aus diesem Grunde sollte sich gerade eine Leitstelle im ländlichen Raum auf solche Fälle vorbereiten. So beispielsweise durch einen

Kooperationsplan mit benachbarten Leitstellen, damit die Aufgaben sinnvoll verteilt werden können.

Von besonderer Wichtigkeit ist es außerdem, daß in der Leitstelle vorhandene Informationen ständig gesammelt und erneuert werden. Diese setzen sich zusammen aus entsprechendem Kartenmaterial, den Einsatzplänen sowie den Dienstvorschriften.

Im konkreten Fallbeispiel kommt dem Kartenmaterial besondere Bedeutung zu. Es werden Fahrzeuge aus mehreren Rettungsdienstbereichen zum Einsatz kommen. Dies bedeutet, daß die Leitstelle in erster Linie den bodengebundenen, ortsfremden Rettungsdienst sowie ggf. den Luftrettungsdienst an die Schadensstelle heranführen muß.

Des weiteren ist es unumgänglich, daß für derartige Einsätze entsprechende Alarmpläne und Ablaufpläne gestaltet werden. Letztere setzen sich folgendermaßen zusammen: Entsendung der verfügbaren Rettungsmittel; Alarmierung des Rettungsdienstleiters, welcher ggf. die Einsatzleitung in der Rettungsleitstelle oder vor Ort übernehmen wird; Alar-

mierung des Leitenden Notarztes; des dienstfreien Leitstellenpersonals; der Rettungshubschrauber: zunächst des Primärhubschraubers der für das Gebiet zuständig ist, eventuell der SAR-Maschine und ggf. über die Luftrettungsleitstelle in Goch des Großraumrettungshubschraubers CH-53 aus Mendig/Eifel. Außerdem müssen zusätzliche Rettungsmittel über die Nachbarleitstellen alarmiert werden, denn die zu dem Zeitpunkt des Unfalls zur Verfügung stehenden vier bis fünf Rettungswagen des zuständigen Rettungsdienstbereiches reichen im konkreten Fall nicht aus.

Was die Einsatzleitung des Rettungsdienstes betrifft, so besteht dahingehend im Rhein-Hunsrück-Kreis noch keine weitergehende Regelung, das heißt es gibt keinen Organisatorischen Leiter. Derzeit übernimmt der dienstälteste Rettungsassistent die Leitung des Rettungsdienstes, zumindest solange bis andere Führungskräfte am Schadensort eintreffen. Allerdings wird er dann weiter in die „Einsatzleitung Sanitätsdienst“ eingebunden.

Nach dem bislang geschilderten Ablaufplan kommt lediglich der Rettungsdienst zum Einsatz, wobei bei einer zweiten Stufe die Schnelleinsatzgruppen (SEG) sowie die Bereitschaften aktiviert werden.

SEG: Flächendeckung vorrangig

Für Schnelleinsatzgruppen (SEG) gibt es keine standardisierten Größenordnungen. Dies liegt darin begründet, daß sie entsprechend der jeweiligen Infrastrukturen der Regionen, in denen sie tätig sind, gebildet werden müssen. Zwar gibt es entsprechende Rahmenempfehlungen bezüglich der Gestaltung einer SEG, jedoch ist diese im ländlichen Raum nicht in vollem Umfang umsetzbar.

Wie H.-D. Wieß von der SEG in Simmern den Symposium-Teilnehmern erklärte, spielten bei der Gründung der SEG im Rhein-Hunsrück-Kreis die geographischen Verhältnisse eine wesentliche Rolle. Die hügelige Mittelgebirgslandschaft mit tiefen Taleinschnitten bringt relativ weite Wege, also lange Anfahrtszeiten, mit sich. Eine zentral eingerichtete SEG müßte im Rhein-Hunsrück-Kreis durchschnittlich 45 Minuten Anfahrtszeit in Kauf nehmen. Mit einer



Retten aus Lkw – mittels Schaufeltrage wird der schwerverletzte Fahrer des Gefahrguttransporters bei der Einsatzdemonstration aus dem Führerhaus gerettet.

entsprechenden Alarmierungszeit käme man auf zirka eine Stunde.

Aus diesem Grund hat man sich entschlossen, die SEG flächendeckend über den Landkreis zu stationieren. Im Durchschnitt handelt es sich dabei um Gruppen von acht Mann, die bei vorhandenen DRK-Ortsvereinen angesiedelt sind. Diese Gruppenbildung hat den Vorteil, daß sie relativ schnell an der jeweiligen Einsatzstelle sind, sozusagen als Vorhut. Die anderen SEG-Einheiten rücken bei Bedarf nach. Sie alle haben eine solide Grundausstattung (Material/Gerät) und für größere Schadensereignisse ihre Verstärkung unmittelbar in der Nachbarschaft.

Im konkreten Fallbeispiel liegt eine derartige Schadenslage vor, die eine einzelne Gruppe von durchschnittlich acht Mann nicht mehr bewältigen kann. Letztendlich werden hier dreimal acht Mann vor Ort sein, wenn die für eine SEG ungünstige Tageszeit dies zuläßt. Denn auch hier wird aufgrund vieler auswärtig arbeitender SEG-Mitglieder die Alarmierung schwieriger sein und länger dauern.

LNA: Sichtung aller Patienten

Der Leitende Notarzt hat drei wichtige Aufgaben am Schadensort: 1. Die Feststellung des Schadensumfanges aus medizinischer Sicht; 2. Schaffung eines Überblickes über zur Verfügung stehendes Rettungsdienstpersonal sowie die vorhandenen Rettungsmittel; 3. Abklärung, wie

die Verletzten weiterversorgt werden können.

Trifft der Leitende Notarzt (LNA) am Unfallort ein, so nimmt er in der Regel eine Sichtung aller Patienten vor. Dies ist aber nur möglich, wenn der LNA mit den ersten Rettungsmitteln eintrifft. Wie der LNA aus Idar-Oberstein, Dr. Stiehl, in Kirchberg erklärte, zeigt die Erfahrung immer wieder, daß wenn der LNA später eintrifft, bereits Verletzte in Rettungswagen unterwegs sind und folglich nicht mehr gesichtet werden können. „Das führt dazu, daß der LNA nicht mehr festlegen kann, was mit diesen Patienten geschehen soll. Im konkreten Fallbeispiel wird die Sichtung aller Patienten nicht so einfach sein. Die Verletzten befinden sich alle noch im Bus und müssen dort mit Hilfe der Feuerwehr erst einmal herausgeholt werden“, so Dr. Stiehl.

Um die Rettungsdienstkräfte richtig einteilen zu können, ist es sehr wichtig, daß der LNA die Qualifikationen der Helfer kennt. Wem kann er beispielsweise das Schädel-Hirn-Trauma anvertrauen? Wem den polytraumatisierten Verletzten? Daher ist es unbedingt erforderlich, daß der LNA die Sanitätshelfer in seinem Rettungsdienstbereich gut kennt. „Aus diesem Grund sollte der LNA auch noch im normalen Notarztamt mitfahren und dort eingebunden sein“, forderte der LNA aus Idar-Oberstein.

Bei der Sichtung wird festgelegt, in welche Kategorie der Verletzte gehört: Ist eine Sofortversorgung notwendig? Muß dem Verletzten Priorität beim Transport eingeräumt

werden? Handelt es sich um einen Leichtverletzten, der etwas warten kann? Auch hat der LNA festzulegen, wohin die Erstversorgten gebracht werden sollen. Dies wird bei der konkreten Schadenslage schwierig werden. Beginnt der Leitstellendisponent Freitag morgen gegen 8.10 Uhr bei den verschiedenen Krankenhäusern nachzufragen, ob Operationsäle und Intensivbetten frei sind, so hat dort der reguläre Operationsbetrieb bereits begonnen. Demzufolge werden automatisch auch weiter entfernt liegende Krankenhäuser einbezogen werden müssen, um die Verletzten alle unterbringen zu können.

Nicht zuletzt ist es Aufgabe des LNA, Panikreaktionen am Unfallort zu verhindern. „Dies ist allerdings nicht so einfach, da der LNA selbst kaum einen Patienten versorgen wird, dies stößt unter den Betroffenen oft auf Unverständnis“, gab Dr. Stiehl zu bedenken. Abschließend zeigte er eine Reihe von Besonderheiten für den LNA im ländlichen Raum auf. So u. a. die langen Anfahrtswege, oft schwieriges Gelände, eine stark begrenzte Zahl von gut qualifizierten Helfern, nicht genügend geeignete Rettungsmittel, weite Wege zu Krankenhäusern mit Spezialabteilungen.

Daraus ergeben sich seiner Meinung nach folgende Forderungen an die Verantwortlichen: Jeder Rettungsdienstbereich sollte über einen Rufdienst sowie ein Notarzteinsatzfahrzeug für den LNA verfügen; die Qualifikation der Helfer muß verbessert werden, u. a. durch Fortbildungsveranstaltungen vor Ort; eine



Notarzt und Rettungsassistenten versorgen den Verletzten auf der Trage.

verbesserte Ausrüstung der Rettungsmittel, denn im ländlichen Raum muß mehr „auf den Wagen gepackt werden“ als im Stadtbereich; die Förderung der Zusammenarbeit benachbarter Rettungsdienstbereiche; ein ständiger Meinungsaustausch zwischen den Verantwortlichen von Katastrophenschutz, Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst und Verwaltung, um u. a. Übungen gemeinsam zu planen und auch die zivilmilitärische Zusammenarbeit zu fördern; nicht zuletzt den Ausbau der Luftrettung.

Luftrettung: Umfassende Informationen notwendig

Für Letztgenannte ist es besonders wichtig, daß möglichst genaue Informationen über den Schadensumfang gegeben werden. Bei dem im Fallbeispiel u. a. abgegebenen Notruf: „... es sieht aus wie auf einem Schlachtfeld“, hat der Leitstellendisponent zu fragen, ob erkennbar ist, daß viele Kinder schwerverletzt oder tot sind. Wird diese Frage von dem Anrufer mit ja beantwortet, liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Massenansturm von Verletzten vor. Dies bedeutet, daß bestimmte Elemente der Luftrettung einzuschalten sind.

Liegen der Luftrettungsleitstelle bereits genaue Informationen über das Schadensausmaß vor: Massenansturm von Verletzten – viele Kinder verletzt, können die Hubschrauber in Koblenz und Wittlich mit bis zu sechs Ärzten und Sanitätern oder Intensivschwestern besetzt werden, die entsprechendes Material (Kindertuben) mitführen. So sind die Besatzungen der Hubschrauber entsprechend vorbereitet.

Unter Umständen sind weitere Primärhubschrauber aus Saarbrücken und Frankfurt mitzualarmieren, dadurch wird ein Teil der Schwerverletzten aus dem direkten Versorgungsgebiet herausgeflogen. „Denn sonst würde, wenn nur bodengebundene Rettungsmittel eingesetzt würden, die Katastrophe vom Unfallort in die umliegenden Krankenhäuser verbracht. Also selbst bei schnellster Rettung könnten die Verletzten in den umliegenden Krankenhäusern nur nach und nach versorgt werden“, schlußfolgerte Dr. Neussel von der Luftrettung in Wittlich beim Kirchberger Symposium.

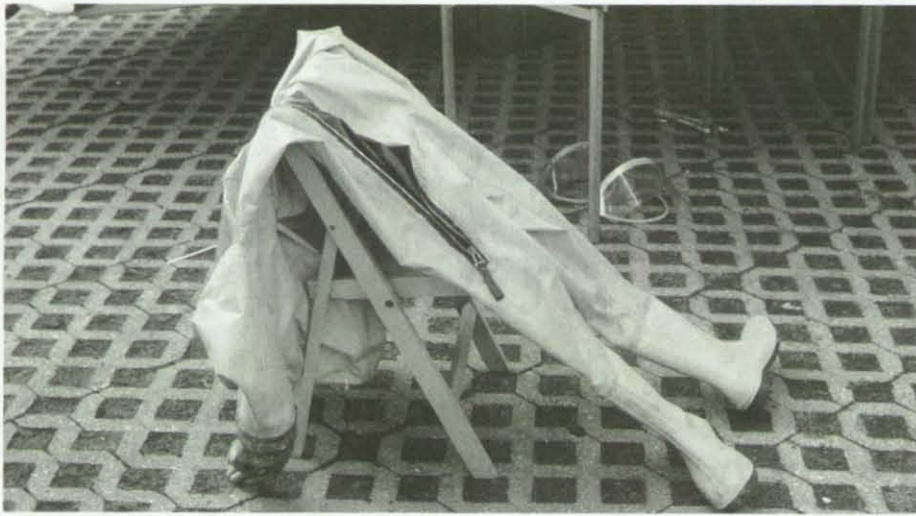
Sind mehr als zehn Schwerverletzte zu transportieren, ist an einen Ein-

Für den Weitertransport wird der Notfallpatient vom Rettungsteam stabilisiert.



Mittels bodengebundenem Rettungsdienst wird der Verletzte zur Weiterversorgung in die Klinik transportiert.





Die Feuerwehr zeigt Ausrüstungsteile des Gefahrstoffzuges – hier den bei Gefahrgutunfällen unerläßlichen Vollschutzanzug.

satz des Großraumhubschraubers CH-53 aus Mendig/Eifel zu denken. Es handelt sich dabei um einen Hubschrauber der Bundeswehr. Dieser würde mit den Luftrettungsstützpunkten in Koblenz oder Wittlich kooperieren. Diese Maschine hat die Möglichkeit, die Schwerverletzten in einen Versorgungsbereich zu bringen, der noch keine Opfer des Schadensfalls zu versorgen hat – etwa in den Raum Köln/Bonn. Der CH-53 würde dort an einem zentralen Platz landen, wo Rettungswagen die Patienten dann übernehmen und in die verschiedenen Krankenhäuser transportieren würden.

Bietet der nähere Bereich um die Unfallstelle keine Landemöglichkeit für den Großraumhubschrauber, dann wäre es denkbar, daß die kleineren Maschinen als Zwischentransporteure zwischen Unfallstelle und Großraumhubschrauber fungierten.

Integrierte Kreisleitstellen gefordert

Für die Bewältigung des geschilderten Schadensfalles muß nach Angaben der Vertreter der Organisationen mit vier bis fünf Stunden gerechnet werden. Abschließend wurde betont, daß man sich neben den Führungsmitteln Funk und Kartenkunde auch eine funktionierende organisationsübergreifende Kreisleitstelle wünschen würde. So ist – muß eine Technische Einsatzleitung aufgebaut werden – der Hauptverwaltungsbeamte, bzw. in seiner Vertretung meist der zuständige Wehrleiter, Leiter des Einsatzes. Der LNA wird gegebenenfalls in die Leitung integriert.

Sind überwiegend Verletzte zu versorgen und Technische Hilfe nicht nötig, so übernimmt der LNA mit dem Organisatorischen Leiter die Einsatzleitung. In jedem Fall ist der jeweilige Einsatzleiter zunächst einmal vor Ort auf sich selbst gestellt. Sowohl der Leitende Notarzt, der Organisatorische Leiter wie auch der Wehrleiter und ggf. das THW operieren über organisationsinterne Kommunikationsnetze. Aus diesem Grund wurde auch auf dem Kirchberger Notfallsymposium immer wieder die Forderung nach der Einrichtung von organisationsübergreifenden Kreisleitstellen laut. In einer solchen könnten die Sanitätsorganisationen, die Feuerwehr sowie das Technische Hilfswerk gemeinsam vertreten sein und den Einsatz vor Ort begleiten. So geschieht dies beispielsweise seit geraumer Zeit in der Stadt Trier. Die Einrichtung solcher Kreisleitstellen wird zwar vom rheinland-pfälzischen Innenministerium befürwortet, scheitert letztlich jedoch an den Finanzen.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Einsatzdemonstrati-

on Gefahrgutunfall. Dabei handelt es sich – ähnlich wie bei Stromunfällen – um einen sogenannten Grenzbereich der Rettung. Denn bevor das Rettungsdienstpersonal mit der Versorgung von Verletzten beginnen kann, sind an der Unfallstelle Sicherheitsvorkehrungen erforderlich, um nicht noch zusätzlich das Rettungspersonal in Gefahr zu bringen.

Angenommen wurde hier ein verunfallter Gefahrguttransport mit verletztem Fahrzeugführer sowie unbestimmter Gefährdung durch austretende Gefahrstoffe. Bei der Einsatzdemonstration wurde zunächst der Spürpanzer Fuchs der Bundeswehr vorgeführt. Er ist ausgerichtet auf das Aufspüren von gefährlichen Minimaldosen, ist im Normalfall aber weniger im zivilen Bereich einsetzbar.

Interessant war es für die Besucher des Symposiums zu beobachten, wie die einzelnen Spürsensoren des Panzers ausgefahren wurden bis schließlich das Ergebnis vorlag: keine Schadstoffkonzentrationen am Boden sowie in der Luft.

Anschließend setzte die Gefahrgutabwehr der Feuerwehr ein, die normalerweise auch für die Feststellung des Gefährdungsgrades vor Ort zuständig ist. Schließlich zeigte der Sanitätsdienst das Retten des verletzten Fahrers aus dem Gefahrguttransport mittels Schaufeltrage.

Nach erfolgreicher Einsatzdemonstration waren sich die Organisatoren des 1. Hunsrückers Notfallsymposiums einig: eine gelungene organisationsübergreifende Fortbildungsveranstaltung, die keine Einzelaktion bleiben soll. Geplant wird derzeit bereits das 2. Hunsrückers Notfallsymposium, das voraussichtlich im September stattfinden wird. Geplante Themen: Kindernotfälle, Lust-Frust-burn-out, Klinikbrände. – smf –



Im ländlichen Raum oftmals noch ein unerfüllter Wunsch – ein eigenes Einsatzfahrzeug für den Notarzt. (Fotos: Göttel)

Der Himmel weiß, wo die Fahrzeuge sind

Global Positioning System (GPS): Neue Informations- und Kommunikationstechnik für Feuerwehren und Rettungsdienst

Die Situation der Leitstellen

Die Aufgaben der Disponenten in den Leitstellen für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz werden immer zahlreicher. Längst sind die Leitstellen zu kommunalen Servicezentren geworden, in denen Hausnotrufsysteme, Brand- und Störungsmeldeanlagen auflaufen. Die Koordinierung anderer kommunaler Einrichtungen wie Betriebshöfen, Ordnungs- und Gesundheitsämter, Wasser- und sonstigen Aufsichtsbehörden, ist zumindest während der Nacht, an Wochenenden und Feiertagen üblich geworden. Nur modernste Technik wie Rechneranlagen mit zahlreichen Datenbanken, in denen Alarmpläne, Telefon- und Zuständigkeitslisten gespeichert sind, die in Sekunden abgerufen werden können, kann heute das reibungslose Funktionieren der Leitstellen gewährleisten. Wie überall in der Notfallversorgung mußten immer mehr Aufgaben übernommen werden, um trotz drastischer Arbeitszeitverkürzung wenigstens den Personalstand halten zu können. Jeder einzelne Vorgang muß also heute deutlich schneller bearbeitet werden, damit die wenigen Disponenten überhaupt noch die Arbeit bewältigen können. Gerade in abgesetzten Kreisleitstellen ohne Anschluß an eine Feuer- und Rettungswache kann kurzfristig keine Personalverstärkung erfolgen. Plötzliche auftretende Ereignisse können also nur durch eine extrem leistungsfähige Technik aufgefangen werden, es sei denn, eine hohe Qualität der Sicherheit für die Bürger wird politisch nicht gewünscht.

Geht es in einem Notruf um die Rettung von Leben und Gesundheit eines Mitmenschen, müssen in Se-

kundenschnelle umfangreiche Informationen verarbeitet werden. Nach der Notruferfassung müssen die notwendigen Fahrzeuge und Kräfte zum richtigen Ort in Marsch gesetzt werden. Die bisher üblichen Funkmeldesysteme können dem Disponenten zwar den Fahrzeugzustand melden, außerhalb der Wachen zeigen sie den Standort jedoch nicht an. Der muß dann wiederum aufwendig auf störungsanfälligen und meist überlasteten BOS-Frequenzen erfragt werden. Die Disponenten müssen wegen der vielfältigen Aufgaben Informationssysteme haben, die automatisch aktualisiert alle wichtigen Informationen sofort zur Verfügung stellen. Das spart lebensrettende Zeit oder vermeidet das Risiko, nicht das nächststehende geeignete Fahrzeug einzu-

setzen. Das hilft den Opfern, die nicht so lange auf Hilfe warten müssen, und außerdem ist es wirtschaftlicher, die Fahrzeuge nicht unnötige Strecken fahren zu lassen.

Die Feuerwehren und die im Rettungsdienst tätigen Organisationen geraten durch die zunehmende Leere der öffentlichen Kassen auch immer stärker unter Druck; sie müssen kostengünstig und effektiv arbeiten. Hier führt kein Weg an den Informations- und Kommunikationstechniken der nächsten Generation vorbei. Zwei Pioniere sind die Berufsfeuerwehren in Hamm/Westfalen und Pforzheim in Baden-Württemberg. Ihre neuen Systeme können aber weitaus mehr, als nur auf einer Karte einen Fahrzeugstandort anzuzeigen.



Diese Antenne auf dem Fahrzeugdach empfängt die Funksignale der Satelliten, die der GPS-Auswerter in Positionskoordinaten für das Ortungssystem VELOC umrechnet. Künftig sollen die Antennen so flach werden, daß sie in der Dachlackierung Platz finden.

Die Satelliten-Ortung GPS

Das satellitengestützte hochpräzise Global Positioning System (GPS) der Vereinigten Staaten von Amerika sollte im Rahmen des amerikanischen SDI interkontinentale Raketen zentimetergenau ins Ziel steuern. Künftig hilft GPS den Feuerwehr- und Rettungsleitstellen, Leben und Gesundheit sowie das Eigentum von Menschen zu retten. Rund um die Erde sind 24 Satelliten (davon drei Reserven) in sechs verschiedenen Umlaufbahnen in einer Höhe von 20 000 Kilometern stationiert. Sie umrunden jeder in zwölf Stunden einmal die Erde. Dabei senden sie kontinuierlich auf zwei Frequenzen Signale. Durch ihre Position gegeneinander können zu jeder Zeit an jedem Punkt der Erde die Signale von vier Satelliten parallel empfangen werden. Genau wie das Funksignal der Deutschen Atomzeituhr, kann jeder auch die GPS-Signale mit geeigneten Empfängern kostenlos nutzen. Das betrifft Feuerwehr und Rettungsdienst ebenso wie die Schifffahrt, Segler oder Expeditionen.

Die amerikanischen Militärs haben die Satelliten so eingestellt, daß nur mit dem GPS-Signal eine Standortbestimmung auf 174 Meter genau erfolgen kann, es sollten für den zivilen Bereich einmal 54 Meter sein. Das System mißt die Laufzeit der Funksignale zwischen den Satelliten mit einer absolut präzisen Cäsium-Atomuhr. Daraus ergeben sich die Positionsdaten. Die Exaktheit der Daten kann verändert werden (das war den amerikanischen Militärstrategen während der Golf-Krise sehr wichtig).

Für Feuerwehren wäre das System im innerstädtischen Bereich mit dieser Ungenauigkeit völlig unbrauchbar. Deshalb bieten die Hersteller der Empfangsgeräte eine Zusatzausstattung an; sie wird als Differential-GPS bezeichnet. Dabei wird ein ganz exakt vermessener Punkt, wie ein örtlicher Fernsehturm oder auch der Schlauchturm einer Wache, wie ein Satellit als Sender eingesetzt (Reichweite bis 300 km). Die Empfänger im Fahrzeug haben nun einen völlig exakten Wert und erreichen eine Anzeigegenauigkeit von besser als fünf Meter.

Das VELOC-System in Hamm

VELOC, Vehicle Location (Fahrzeugortung), heißt das neue System

der Systemtechnik Nord (STN) aus Bremen zur Ortung und Disposition von Einsatzfahrzeugen, das bei der Berufsfeuerwehr Hamm in Dienst genommen wurde. Auf einem Computerbildschirm sieht der Leitstellendisponent den Standort und Status der Einsatzfahrzeuge. „Der Himmel weiß jetzt, wo die Feuerwehr bleibt“, lautete die Titelzeile des „Westfälischen Anzeigers“. Genauer kann die Funktion mit einem Satz gar nicht erklärt werden. Ein VELOC-Empfänger in der Größe eines Autoradios im Fahrzeug errechnet aus den Satellitensignalen bis auf zwei Meter genau den jeweiligen Standort. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig: Mit Zusatzeinrichtungen im Fahrzeug können sogar Daten wie der Inhalt des Kraftstofftanks (und damit die Reichweite des Fahrzeugs), der Füllstand des Wassertanks oder der Bestand an Medikamenten im Notarztwagen an die Leitstelle übermittelt werden.

Zur Zeit sind zwölf Fahrzeuge mit VELOC ausgerüstet, in Kürze werden es 31 sein. Alle Fahrzeuge des Rettungsdienstes, der Baby-NAW und alle Einsatzleitwagen werden in der ersten Phase ausgerüstet. Danach wird jedes neue Fahrzeug damit ausgestattet. Zur Zeit werden optisch vier verschiedene Fahrzeuggruppen angezeigt: RTW, KTW, ELW und Baby-NAW. Wird ein Symbol mit der Maus „angeklickt“, öffnet sich eine Anzeige, in der auch der FMS-Status angezeigt werden kann. Erstmals wird in Hamm zur Übertragung der Daten zwischen Zentrale und Fahrzeugen das neue Datenfunksystem MODACOM der Deutschen Bundespost Telekom eingesetzt. Vorteil ist, daß der BOS-Betriebsfunkkanal nicht noch mehr belastet werden muß.

„Wir bekommen von den Fahrzeugen, die unterwegs sind, automatisch alle zwei bis 30 Sekunden eine Positionsmeldung. Die Häufigkeit kann ich am Computer einstellen“, schildert Johannes Klaus, der Leiter der Kommunikationstechnik der Berufsfeuerwehr Hamm. Er befaßt sich seit drei Jahren mit der Neueinrichtung der gesamten EDV. Bei 31 Fahrzeugen können das bis zu 16 Meldungen pro Sekunde sein, später werde es noch mehr.

MODACOM wurde speziell für die häufige, qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Datenkommunikation von kleinen Datenmengen und Statusmeldungen im gewerblichen Bereich entwickelt. Das neue Datenfunknetz wird in der ersten Ausbau-

stufe für das Ballungsgebiet Rhein/Ruhr zwischen Wesel, Bonn, Mönchengladbach und Hamm flächendeckend angeboten, bis Ende 1994 soll das MODACOM-Netz in allen großen Ballungszentren und entlang den sie verbindenden Verkehrswegen angeboten werden. Im Pilotprojekt der Telekom mit 50 Kunden und 120 Endgeräten ist die Feuerwehr Hamm der größte Anwender.

Die Positionsmeldung wird per Datenfunk an ein MODACOM-Relais übertragen, geht über Datenleitung zum Zentralrechner nach Dortmund. Die Rechner bei der Berufsfeuerwehr Hamm stehen über einen Datex-P-10H-Anschluß mit dem MODACOM-Rechner in Dortmund in Verbindung. MODACOM ist gegenüber bisherigen Systemen preiswerter, weil nur die übertragene Datenmenge unabhängig von der Zeitdauer der Übertragung berechnet wird.

Bei einem kurzzeitigen Ausfall des GPS-Rechners in Hamm wird die anfallende Dateninformation in einer sogenannten Mailbox gespeichert und dann übertragen, wenn der Rechner in Hamm wieder in Betrieb ist. Damit gehen zumindest keine Einsatzinformationen verloren.

Für die Feststation in Hamm wird von der Telekom eine Grundgebühr erhoben, in der die Übertragung von 100 000 Datensegmenten enthalten ist. Ein Datensegment entspricht ca. 36 byte. Vorhandene Hardware, Zentralrechner, Laptops und Peripheriegeräte lassen sich in das Modacom-Netz integrieren. Deshalb können die an die Leitstelle übertragenen Daten auch auf einem Mobilcomputer in einem Einsatzleitwagen empfangen werden. So können u. a. zu einem größeren Einsatz anrückende Fahrzeuge mit ortsunkundigen Fahrern eingewiesen werden. Oder bei einem Waldbrand werden Fahrzeuge von der Abschnittsleitung im ELW zu einem Brandherd geleitet, dessen Koordinaten ein Luftbeobachter aus dem Hubschrauber durchgegeben hat. Die Ausgabe der Koordinaten geschieht in Längen- und Breitengraden oder nach dem UTM-Gittersystem, das die Feuerwehren auch benutzen. Es geht aber auch komfortabler durch ein weiteres System:

VELOC ist mit einem Digitalen Karteninformationssystem (DIKAS) gekoppelt, in das der Stadtplan von Hamm (Maßstab 1:20 000/Innenstadt 1:10 000) und zwei Übersichtskarten (Maßstab 1:200 000) eingescannt wurden. Die Originalpläne des Katasteramts liegen im Rechner



Eine von zwei Übersichtskarten im Maßstab 1:200 000, die in Hamm verwendet werden. Damit hat der Disponent in der Leitstelle einen Überblick über alle Fahrzeuge im Stadtgebiet, die mit VELOC ausgerüstet sind.

in digitalisierter Form vor, weshalb beliebige Bildausschnitte am Bildschirm aufgerufen werden können. Mit einem Overlay lassen sich auch die 72 000 Hydranten der Stadt Hamm darstellen.

Anfangs geärgert

„Wir haben uns anfangs geärgert, weil in der Innenstadt die Fahrzeuge mitten in Gebäuden angezeigt wurden. Der Grund war verblüffend: Das GPS-System war genauer als die aus zeichnerischen Gründen bereinigten Karten des Katasteramts“, erinnert sich Systembetreuer Johannes Klaus. Straßen, Objekte und Hydranten befinden sich im 3. Bestandteil des Systems, der Datenbank. Sie sind mit ihren Koordinaten eingespeichert und werden deshalb unabhängig vom Kartenmaßstab angezeigt. Die verwendeten Monitore müssen mindestens 1024 x 1280 Punkte darstellen, damit immer ein absolut scharfes Kartenbild erscheint.

Über eine Schnittstelle können Daten und Karten durch einen geeigneten Drucker ausgedruckt werden. Weitere Schnittstellen machen es möglich, auch bereits vorhandene Informationssysteme, z. B. Einsatzleitrechner, über das Postnetz oder ein internes Computernetz (Local Area Network LAN) anzukoppeln.

Interessante Möglichkeit ist die Anbindung des Notrufsystems 73 in das Karteninformationssystem. Von Rufsäulen und den automatischen

Wählgeräten in Telefonzellen wird zur Standortkennung ein zwei- bis vierstelliger Code übertragen. Das Karteninformationssystem zeigt dann direkt an, von wo der Notruf kommt. So könnte eine Rückfrage lauten: „Sind Sie sicher, daß es wirklich brennt? – Sie rufen aus einem ganz anderen Stadtteil an!“ Möglich ist es auch, einen Umgebungsplan automatisch einblenden zu lassen. Das ist sinnvoll, wenn es rund um einen Hauptbahnhof viele Telefonzellen gibt oder bei zahlreichen Notrufmeldern in einem großen Gebäude.

Die Detailpläne im Maßstab 1:5000 werden gerade bearbeitet. Neben den schon erwähnten Hydrantenplänen sind für eine Feuerwehr auch Gas-, Wasser- und Abwasserpläne wichtig.

Vielseitig einsetzbar

Mit dem Gesamtsystem kann auch ein Programm zur Berechnung der Ausbreitung von Emissionen in der Luft gekoppelt werden. Das kann gerade beim Freiwerden von Chemikalien oder bei Bränden eine große Hilfe sein, um die kleinräumige Verteilung von Schadstoffen zu berechnen. Das Programm beruht auf dem Gauß-Modell, wie es die TA Luft vorsieht. Auf einer digitalen Karte wird die zu erwartende Konzentration durch farbige Schraffierungen gekennzeichnet. Zugleich kann durch eine Minutenangabe in der Spitze der „keulenförmigen“ Schraffierung angezeigt

werden, nach welchem Zeitraum bei der angegebenen Windgeschwindigkeit mit dem Eintreffen der Wolke zu rechnen ist. Die Anwender können sich jedoch auch ein eigenes Ausbreitungsmodell entwickeln und einspeichern.

Allein die bisher gesammelten Daten von Karten, Plänen und Datenbanken umfassen etwa 1,2 Gigabyte (1200 MB). Das Gesamtsystem wird etwa 7,2 GB Speicherplatz erfordern. Dazu wird es außerdem „gespiegelte Platten“ geben. Das bedeutet, daß alle Informationen aus Sicherheitsgründen auf zwei verschiedenen Speicherplatten abgespeichert werden. Künftig sollen hier optische Speicher genutzt werden. Sie arbeiten auf der Basis von Compact Discs (CD), wie sie heute zum Abspielen von Musik benutzt werden. Für Computer werden diese Discs mit einem Laserstrahl beschrieben und können später wieder vom Laser gelesen werden. Bei den heutigen Disketten wird dies noch magnetisch gemacht.

Jetzt werden in Hamm die Grundlagen für die neue Leitstelle gelegt, die ab 1995 in der neuen Hauptfeuerwache in Betrieb genommen werden soll. Geplant sind insgesamt fünf Leitstellenplätze, davon ein „Masterplatz“, an dem das System gesteuert wird. Während jetzt nur mit großen 22"-Bildschirmen gearbeitet wird, werden in der neuen Leitstelle die Karten auf zwei große Leinwände projiziert, die von jedem Platz zu sehen sind.

„Wenn es Straßensperrungen wegen Baustellen gibt oder bei Großschadenslagen, können Symbole in die projizierte Karte eingefügt werden, und jeder Disponent weiß Bescheid“, skizziert Feuerwehrchef Wilhelm Tigges die Zukunftsaussichten. In Hamm ist die Entscheidung auch bereits für das neue Digitalalarmsystem gefallen, das nicht mehr auf dem BOS-Kanal arbeitet. Auf der LCD-Anzeige von speziellen Empfängern, die teilweise kleiner sind als die heutigen Alarmempfänger, können Alarmanmeldungen von bis zu 500 Zeichen übermittelt werden. Johannes Klaus stellt auch direkt die Verknüpfung dieser Technik mit GPS her: „Genauso wie wir Informationen auf die LC-Anzeigen der Alarmempfänger bekommen, übermitteln wir auch die Aufträge in die Fahrzeuge. Eine KTW-Besatzung schaut auf das Display, bestätigt den Auftrag, führt den Krankentransport durch und gibt zum Abschluß die notwendigen Daten über den Patienten ein. Die gefahrene

Strecke weiß das VELOC-System; im verbundenen Computernetz in der Wache kann sofort die Rechnung erstellt werden.“ Durch die verschlüsselten Datentelegramme kann endlich niemand mehr mit einem einfachen Scanner die Namen und Krankheiten von Patienten erfahren. „Fahren Sie Hauptstraße 13, Frau Meier ist von der Leiter gefallen, nicht mehr ansprechbar“, gehört dann endgültig der Lauscher-Vergangenheit an.

Wenn ein Computernetz so wichtig ist, muß es auch sehr sicher sein. In Hamm wird mit der RISC-Technologie gearbeitet, bei der die Computer im Inneren anders aufgebaut sind. Sie arbeiten schneller. Das Netz in der Leitstelle hat einen Hauptrechner, den Server, jeder der fünf anderen Rechner kann den Server ersetzen, wenn er ausfällt.

Sämtliche Daten werden wie beschrieben, gespiegelt, zusätzlich werden neue Daten automatisch alle 30 Minuten und täglich auf Datenbänder aufgenommen. Der Aufwand ist beträchtlich, etwa zwei Millionen Mark wird das System in Hamm im Endausbau kosten. Wilhelm Tigges bringt es auf einen Satz: „Wir bekommen ‚morgen‘ eine neue Wache, die lange genutzt wird, also muß die Technik von ‚übermorgen‘ sein.“

Das GLOBOS-System in Pforzheim

Die Berufsfeuerwehr Pforzheim setzt zur Ortung ihres Notarzwagens das SEL-GPS-System „GLOBOS“ ein, das derzeit eine Meßgenauigkeit von etwa zehn Metern erreicht. Der GPS-Empfänger besitzt sechs Kanäle, könnte also die Daten von bis zu sechs Satelliten parallel erfassen. Für die normalen Koordinaten (Längen- und Breitengrad) reichen die Daten von drei Satelliten.

Neben der Standortbestimmung können auch Anfahrts Hilfen gegeben werden: Denkbar ist, daß der Beifahrer auf einem Fahrzeugdisplay Informationen von der Leitstelle abrufen oder beim NEF, auf dem der Fahrer allein mit einem Arzt ist, übermittelt die Leitstelle die Anfahrtsinformationen. Sie kennt den Fahrzeugstandort und den Einsatzort.

Das System überträgt seine Daten über den normalen BOS-Funkkanal vom Fahrzeug zur Leitstelle. „Wir sparen hier Kosten, weil wir weder eine zweite Funkanlage benötigen, noch weitere Übertragungswege von

der Post anmieten müssen“, erläutert Stadtbranddirektor Wolfgang Haag die Entscheidung in Pforzheim.

Diplomingenieur Paul Kofler, der Direktor des GPS-Systemservice bei SEL in Pforzheim, weiß noch einen wichtigen Grund für die Nutzung des BOS-Funks: „Sicherheitsbehörden könne nicht warten. In den öffentlichen Funk-Diensten, wie C-Netz, werden für die Kanalbenutzung Warteschlangen geschaltet, eine Leitstelle oder eine Fahrzeugbesetzung können nicht warten.“ Gerade bei großen Schadenslagen ist mit einer Überlastung aller frei zugänglichen Mobilfunkdienste zu rechnen; also genau dann, wenn das GLOBOS-System am dringendsten gebraucht wird.

Die Übertragung läuft wie beim üblichen Funkmeldesystem FMS akustisch ab: „Die Ingenieure von SEL suchen hier nach Möglichkeiten, für den Menschen nicht wahrnehmbare Töne zur Übertragung zu nutzen“, sagt Wolfgang Haag. Solange die Datentelegramme noch hörbar sind, wird der Standort des Fahrzeugs nur manuell auf Knopfdruck ermittelt, damit die anderen Funkbenutzer nicht durch automatische Meldungen übermäßig gestört werden.

Die Bewegungen des NAW lassen sich zur Zeit im gesamten Stadtgebiet und im angrenzenden Enzkreis verfolgen. Das System kann die gesamte Fahrt speichern und später beliebig oft rekonstruieren. Das schafft weitere Sicherheit für alle Einsatzkräfte, weil die komplette Dokumentation von Einsätzen immer wichtiger wird.

Nachgezogen hat die Deutsche Rettungsflugwacht, die ihren neuen Rettungshubschrauber für die Region Pforzheim ebenfalls mit GPS ausstattet. Wenn für Rettungshubschrauber zusätzlich die Flughöhe ermittelt werden soll, werden die Daten von mindestens vier Satelliten nötig.

Der Empfänger im Hubschrauber wird in die Mittelkonsole eingebaut; zusätzlich erhält der Pilot ein Display in Blickrichtung nach vorn. Durchsagen wie „Ihre Einsatzstelle liegt auf der Deutschen Generalkarte unter dem Buchstaben ‚g‘ neben der Autobahn“ sind nicht mehr nötig. Der Pilot sieht seine jetzige Koordinaten und bekommt von der Leitstelle die Koordinaten der Einsatzstelle. In der digitalen Karte wird entweder die Einsatzstelle mit der Maus „angeklickt“ (das Programm zeigt dann die Koordinaten) oder der Disponent nimmt die des ersten eingetroffenen Einsatzfahrzeugs.

„Für einen Rettungsdienst mit vielen Folgeeinsätzen wird das System betriebswirtschaftlich mehr Sinn machen als für eine reine Feuerwehr. Wir machen nur den Notarztendienst in der Region und haben zur Zeit nur den NAW mit dem GLOBOS ausgestattet“, sagt Wolfgang Haag. Als zweites Fahrzeug wird demnächst das wochentags zusätzlich besetzte Notarzt-Einsatzfahrzeug mit GPS ausgestattet. Der Werkstattwagen der Funkwerkstatt besitzt für Versuchsfahrten ebenfalls GPS.

Von Routineaufgaben entlasten

Die leeren Stadtkassen werden viele Feuerwehren zum Sparen zwingen. In der neuen Technik sieht Wolfgang Haag eine Möglichkeit, die Personalzunahme aufzufangen: „Wir brauchen alle Leute, die da sind. Durch zunehmende Aufgabenvielfalt der Feuerwehr, und hier gerade in der Leitstelle, müssen die Beamten aber von vielen Routineaufgaben soweit als möglich entlastet werden.“

In Pforzheim denkt man an eine Koppelung des vorhandenen FMS mit dem GPS. „Wenn das GLOBOS beide Systeme verbindet, hat der Leitstellenbeamte alle wichtigen Angaben, Standort und Status und wird von Routinenachfragen entlastet.“ Möglich ist auch ein neues Status-Anzeigesystem, das für GPS entwickelt wird. Im herkömmlichen FMS-System ist die „0“ das Notrufsignal, aber erst GPS zeigt gleichzeitig den Standort, damit die Hilfe zur richtigen Stelle geschickt wird.

„Zur Kommunikation gehören natürlich nicht nur Funk und Telefon. Wir sind schon seit längerer Zeit dabei, innerhalb der Feuerwache ein Netz von Computern für die vielen Verwaltungsarbeiten zu installieren. Ein Netz hat zwei bedeutende Vorteile gegenüber den alten Rechneranlagen: es kann kontinuierlich nach Bedarf und vorhandenen Geldmitteln erweitert werden, es läuft schon mit drei Personalcomputern“, sagt städtischer Brandamtsrat Jürgen Ott, stellvertretender Amtsleiter und Sachgebietsleiter Kommunikation.

Uwe Ruhmann, der Leiter der Datenverarbeitung, richtet gerade als Pilotprojekt ein Alarmierungssystem im Computer ein. Das Programm kann für alle wesentlichen Bereiche benutzt werden, die alle etwas mit Alarmierung zu tun haben:

1. Erfassung von Alarmen der Brandmeldeanlagen;
2. Erfassung von automatischen Störungsmeldungen aus der Feuerwache (z. B. Stromausfall Torsteuerung) und von außerhalb (z. B. städtische Ampelanlage);
3. Auslösung der Funkmeldeempfänger, dabei werden Statusdaten berücksichtigt, ob das gewünschte Fahrzeug oder die gewünschte Freiwillige Feuerwehr einsatzbereit sind.

Neu ist auch ein sogenannter „Touch-Screen-Bildschirm“. Es wird keine Tastatur benötigt, sondern der Anwender berührt Felder auf einem speziellen Bildschirm und erhält dann die entsprechenden Anzeigen und Reaktionen.

„Heute muß beim Funkalarm jede Codierung einzeln eingetippt werden; das Programm führt eingespeicherte Folgen verschiedener Codierungen automatisch aus. Das erleichtert die Arbeit in der Leitstelle erheblich. So können für jede Freiwillige Feuerwehr vorher die Rufkreise für den 1., 2. und 3. Abmarsch eingegeben werden, und sogar in Abhängigkeit von Tag und Tageszeit.“ Kommt es zum Notfall, tippt der Disponent auf das Feld „Alarmierung“, dann auf den Namen der Feuerwehr und als drittes auf die Alarmstufe und quittiert – dann werden alle vorher eingegebenen Codierungen ausgelöst. Spezielle Alarmumsetzer an den Relais melden zur Leitstelle, ob der Alarm abgestrahlt wurde.

Im modularen System sieht man in Pforzheim ein hohes Maß an Sicherheit für den Einsatzbetrieb. Jürgen Ott erklärt: „Fällt das GPS einmal aus, arbeiten wir nur mit Einsatzleitprogramm und Alarmierungsprogramm weiter. Fällt der Alarmierungsrechner aus, kann der Alarm wie heute von Hand ausgelöst werden. Fällt der Einsatzleitrechner aus, nehmen wir die alten Alarmpläne und können trotzdem mit Computeralarm komfortabel alarmieren.“

Was bietet die Technik für die Zukunft?

Diplomingenieur Paul Kofler bekommt bei dieser Frage leuchtende Augen, weil seine Abteilung auch am europaweiten Prometheus-System beteiligt ist: „GPS verbindet den ganzen Sicherheitsbereich mit der Öffentlichkeit. Denken Sie an Gefahrguttransporte; wenn ein mit GPS ausgerüstetes Fahrzeug verunglückt, kann automatisch ein Datennotruf mit Unfallort und Ladung an die zuständige Feuer- und Rettungsleitstelle, an die Polizei und die Autobahnmeisterei gesandt werden. In einem Rechner der Polizei kann dies als Warnfunkmeldung plus Umleitungshinweis verarbeitet werden.“ Andere mit GPS ausgerüstete Wagen empfangen die Warnmeldung direkt, sonst kommen sie über den Verkehrsfunk im Radio. So wäre auch die verbes-

serte Warnung vor Nebelbänken und Baustellen möglich: „Polizei oder Straßenmeisterei stellen eine Funkwarnbake auf, wer sich nähert, erhält ein Warnsignal ins Auto“, sagt Paul Kofler.

Wer heute über Mobiltelefon die 112 oder die 110 wählt, wird mit der Leitstelle verbunden, in deren Gebiet das Relais steht – das muß aber nicht die zuständige Leitstelle sein. Mit GPS ausgerüstete Fahrzeuge könnten geortet und mit der richtigen Leitstelle verbunden werden. Ein Nebeneffekt ergibt sich außerdem: Ein mit zerstörungssicherem GPS ausgestatteter Wagen läßt sich nach einem Diebstahl von der Polizei orten, und die Täter werden auf der Flucht gestellt. „Die Antennen bauen wir in den Fahrzeuglack ein; die ist nicht zu sehen“, schildert Paul Kofler die Perspektiven.

Entwicklungsingenieur Klaus-Bernd Otten von SEL kennt eine weitere GPS-Anwendung, die bereits möglich ist: „Große Äcker werden vom Satelliten auf Bodenzusammensetzung untersucht. Bei der Düngung wird dann mit GPS gesteuert eine exakt dosierte Menge Dünger auf jedes Stück des Ackers aufgebracht. Das spart Dünger und schont die Umwelt.“

Wenn heute auch noch nicht alle Ortsfeuerwehren mit „normalen“ Funkgeräten ausgerüstet sind, der Startschuß für die GPS-Zukunft ist schon erfolgt.



Zur Zeit ist in Pforzheim als einziges Einsatzfahrzeug der Notarztwagen mit dem Navigationssystem Globos ausgerüstet. Eine weitere Besonderheit: die Berufsfeuerwehr stellt immer den Fahrer, das DRK den Rettungsassistenten. (Fotos: Maaß)

Noch gefährlicher als die Hitze ist der Rauch

Brandfluchthauben werden immer wichtiger

Entgegen einem in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Mißverständnis geht die größte Gefahr bei Gebäudebränden nicht etwa von der Hitze, sondern von den freigesetzten Rauchgasen aus. Die Überlebenschancen von Personen, denen der Fluchtweg aus einem brennenden Gebäude versperrt ist, hängen deshalb maßgebend von der Verfügbarkeit eines wirksamen Atemschutzes ab. Der aber ist meist nicht gegeben. Brandfluchthauben könnten die sich hier auftuende Sicherheitslücke zumindest teilweise schließen.

Nach einer Studie der schwedischen Toxikologen Lundquist, Rammer und Sorbo finden sich in 83 Prozent aller Brandopfer letale Konzentrationen von Kohlenmonoxid oder Blausäure, den beiden gefährlichsten Rauchgas-Bestandteilen. In der offiziellen britischen Brandfallstatistik heißt es, daß „rund 50 Prozent aller Todesfälle im Zusammenhang mit Bränden ursächlich auf Rauchvergiftungen zurückzuführen sind“. Bei weiteren 16 Prozent ist nicht eindeutig zu ermitteln, ob zuerst die Vergiftung eintrat. Oder ob die Opfer zuerst schwere Verletzungen erlitten, dadurch an der Flucht gehindert wurden und infolgedessen letale Dosen von Rauchgasen inhalierten. Wie auch immer: „Nur“ 30 Prozent aller Brandopfer sterben, der britischen Statistik zufolge, ursächlich an Verbrennungen.

Aber selbst wenn die Brandgase keine tödlich wirkenden Konzentrationen erreichen, so erschwert der Rauch doch immer die Orientierung oder trägt sogar zu panischen Reaktionen bei. So gesehen spielt die Rauchentwicklung in zirka 85 Prozent aller Todesfälle im Zusammenhang

mit Bränden eine zumindest entscheidende Rolle.

Leider sind keine vollständigen Statistiken verfügbar. In Deutschland hat dies unter anderem mit den Meldeverfahren zu tun. In der Brandopferstatistik werden hierzulande nur jene Opfer aufgenommen, deren Tod innerhalb der zeitlich begrenzten kriminalpolizeilichen Ermittlungen eintritt. Stirbt ein Patient erst Wochen



Brandfluchthauben schaffen die entscheidenden Grundbedingungen für eine gezielte Flucht.

später, beispielsweise an einem Nierenversagen, schlägt sich dieser Fall auch dann nicht in der Brandopferstatistik nieder, wenn es sich bei dem Organversagen unzweifelhaft um die Folge einer zuvor erlittenen Rauchgasvergiftung handelt.

Ist schon die Zahl der Todesfälle nicht genau zu ermitteln, liegt die Zahl der schwer erkrankten Personen erst recht im dunkeln. Insbesondere Kohlenmonoxid, das bei praktisch jeder Verbrennung entsteht, führt zu schweren Langzeitschäden und Nachkrankheiten, indem Nervenbahnen und Blutgefäße mehr oder weniger stark geschädigt werden. Dabei können selbst leichte Vergiftungen zu so schweren Erkrankungen wie teil-

weisen Lähmungen, psychischen Störungen aller Art und sogar Epilepsie führen.

Kausaler Zusammenhang nicht immer nachweisbar

In vielen Fällen ist es nicht möglich, die zu einem späteren Zeitpunkt auftretenden Krankheitsbilder dann zweifelsfrei auf eine früher erlittene Kohlenmonoxidvergiftung zurückzuführen. Gleiches gilt für viele andere Brandgase, von denen einige krebserregend sind: Der kausale Zusammenhang ist im Einzelfall selbst dann nicht nachzuweisen, wenn er de facto gegeben ist. Dies läßt eine sehr hohe Dunkelziffer von Brandopfern mit schweren oder gar tödlichen Spätfolgen vermuten; zumal der Anteil cancerogener oder ähnlich verheerend wirkender Substanzen infolge des wachsenden Kunststoffgehalts modernen Gebäudeinventars tendenziell zunimmt. Man denke nur an die Kunststoffgehäuse von EDV-Anlagen in zeitgemäßen Büros.

So wenig Rauchgas wie nur möglich inhalieren

Da selbst geringfügige Vergiftungen nach sich ziehen können, sollte die gesellschaftliche Zielsetzung für die Bewältigung von Bränden modifiziert werden. Galt bisher, daß das Opfer „nicht zuviel Rauch abbekommen darf“, müßte man aufgrund der heute vorliegenden Erkenntnisse nunmehr anstreben, daß das Opfer „so wenig Rauchgas wie nur möglich“ inhaliert.

Äußerst gefährlich wäre, diese Aufgabe den Feuerwehren zumuten zu wollen. An einem einfachen Beispiel sei aufgezeigt, daß die Feuerwehren dies gar nicht leisten können: Angenommen, um Punkt 12.00 Uhr werde im Erdgeschoß eines vierstöckigen Gebäudes ein Brand entdeckt. Bis das nächste Telefon erreicht, die 112 gewählt ist und die Einsatzzentrale alle erforderlichen Informationen abgefragt hat, ist es 12.01 Uhr. Bestenfalls 20 Sekunden später ist die Feuerwehr ausgerückt. Unter günstigen Bedingungen dauert die Anfahrt mindestens eine Minute je Kilometer. Nehmen wir an, die Entfernung betrage fünfeinhalb Kilometer: Dann trifft die Feuerwehr um 12.07 Uhr ein. Ein bis zwei weitere Minuten dauert die Lageerkundung: Alle Geschosse sind bereits stark verraucht; im obersten befinden sich noch Menschen, denen der Fluchtweg durch das Treppenhaus versperrt ist. Bis die Drehleiter in Stellung gebracht wurde und die erste Person in ihren Rettungskorb nehmen kann, zeigt die Uhr 12.10 Uhr. Selbst also wenn Meldung, Ausrücken, Anfahrt und Einsatz optimal verlaufen, es sich um eine ständig besetzte Feuerwache handelt, der erste Alarmzug dieser Wache nicht gerade in einem anderen Einsatz steht und Zufahrt wie auch Stellfläche für die Drehleiter nicht zugeparkt sind (was zwar verboten ist, aber dennoch tagtäglich geschieht), selbst also unter der Annahme denkbar günstiger Bedingungen vergehen immer einige Minuten, bis die Feuerwehr gezielt eingreifen kann.

In diesem Zeitraum kann die wirkliche Hilfe nur von den Betroffenen selbst oder von Personen kommen, die sich in unmittelbarer Nähe des Geschehens befinden.

Laienintervention

Es handelt sich hierbei um das gleiche Grundproblem, mit dem auch die präklinische Intensivmedizin schon seit Jahren kämpft: Spätestens fünf Minuten nach Eintritt eines Herz- und Atemstillstandes werden die Organe des Patienten irreversibel geschädigt. Im Regelfall erreicht der Notarzt den Patienten jedoch erst nach Ablauf dieser Frist. Wirksame Hilfe ist nur von zufällig anwesenden Personen zu erwarten. Da es sich dabei in den meisten Fällen um Laien handelt, nennt man diese erste Phase der

Hilfsaktionen Laienintervention. Sie sollte im Idealfall mit dem schnell abgesetzten, vollständigen Notruf beginnen und mündet dann in lebenserhaltenden Maßnahmen mit dem Ziel, die Zeit bis zum Eintreffen der professionellen Hilfe zu überbrücken.

Auch in der Phase zwischen Ausbruch des Brandes und Eintreffen der Feuerwehr wird der weitere Geschehensverlauf maßgeblich durch die Laienintervention bestimmt. Erste Aufgabe des Laien ist, die Feuerwehr zu alarmieren. Zweite Aufgabe ist, sofern notwendig, lebenserhaltende Maßnahmen einzuleiten. Damit ist nicht etwa die Brandbekämpfung gemeint; dies sollte Sache der Feuerwehrmänner bleiben. Sie allein sind dafür ausgebildet und ausgerüstet. Viel wichtiger ist, bedrohte Personen in Sicherheit, also aus dem Gefahrenbereich herauszubringen.

Von außen her ist dies meist äußerst schwierig. Kein Laie sollte sich zutrauen, unbeschadet durch Feuer und Rauch vordringen und eingeschlossene Personen ins Freie führen zu können. Das geht nur in Spielfilmen gut. Realistisch betrachtet sind eingeschlossene Personen also zunächst auf sich alleine gestellt. Sie müssen sich mit dem schützen, was ihnen zur Verfügung steht.

An dieser Stelle des Gedankengangs folgte früher zwangsläufig der gute Rat, zum Schutz gegen den Rauch ein nasses Taschentuch vor Mund und Nase zu halten. Dieser an sich gar nicht falsche Rat ist von der Zeit überholt: Stofftaschentücher sind heute eine Seltenheit, Papiertaschentücher jedoch weder naß noch trocken für diesen Zweck geeignet.

Brandgase: erhebliches Gefahrenpotential

Zudem gehen vom Rauch heute subjektiv wie auch objektiv höhere Gefahren aus. Objektiv, weil die Brandgase aufgrund der veränderten Brandlast (Kunststoffe etc.) effektiv mehr gefährliche Stoffe enthalten. Subjektiv, weil heute eben bekannt ist, daß mitunter selbst geringfügige Rauchvergiftungen zu schweren Gesundheitsschäden oder sogar zum Tod führen.

Logische Schlußfolgerung aus dieser Erkenntnis: Der Aufgabe Atemschutz muß heute mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, als dies früher der Fall war beziehungsweise für notwendig gehalten wurde.

Dazu bieten sich im Prinzip drei verschiedene, letztlich natürlich miteinander zu kombinierende Wege an.

Bauliche Brandschutzmaßnahmen

Erstens ist die Rauchbelastung zu verringern. Dies läßt sich mit einer automatisierten Brandbekämpfung (Sprinkleranlagen) und mit passiven und aktiven technischen Einrichtungen wie Brandschutztüren oder Rauchabzüge bewirken. Solche Einrichtungen bieten jedoch keine Garantie, daß die betroffenen Personen nicht doch stark mit Rauch belastet werden.

Zweitens sind die Fluchtwege so anzulegen und zu beschildern, daß sich die bedrohten Menschen möglichst schnell in Sicherheit bringen können. Auch hier wurden in den vergangenen Jahren viele Fortschritte erzielt. Zwei Probleme bleiben dennoch. Zum einen nutzt der schönste Fluchtplan samt Wegweisern nichts, wenn der Raum erst einmal verraucht ist. Denn nach Luft ringend und mit tränenden Augen lassen sich solche Pläne in noch dazu dunklen Räumen nur schwerlich aufmerksam studieren. Zum anderen führt der Bau hoher Häuser wie auch weitläufiger Gebäude zwangsläufig zu längeren und komplizierteren Fluchtwegen. Besonders betroffen sind hiervon Ältere, Behinderte, Kranke und Kinder.

Drittens schließlich müssen die Betroffenen selbst versuchen, die akute Notlage zu meistern. Daß die Chancen einer erfolgreichen Selbstrettung weitaus höher sind, als gemeinhin angenommen wird, zeigen eindrucksvoll die bekannten Beispiele von Hotelbränden: Oft überlebten Hotelgäste in ihren Zimmern nur deshalb, weil sie systematisch alle Möglichkeiten nutzten, also zum Beispiel die Türritzen abdichteten, nasse Matratzen vor heiße Wände stellten und eben nicht wie so viele andere versuchten, durch verrauchte Treppenhäuser zu fliehen oder gar in Panik aus dem Fenster und damit in den Tod sprangen.

Selbsthilfe setzt zweierlei voraus: Die Bereitschaft dazu; sie entspringt meist einer (positiven) Grundhaltung. Und die Fähigkeit zur Selbsthilfe; sie kann (und muß) trainiert werden. Wichtigste Voraussetzung dafür ist, sich mit möglichen Gefahren präventiv gedanklich auseinanderzusetzen und, zum Beispiel, die vielerorts zu

Warten bis zum Eintreffen der Feuerwehr.

(Fotos: Dräger)



findenden Hinweise für das Verhalten im Brandfall nicht erst dann zu lesen, wenn es bereits brennt.

Grundbedingungen für eine gezielte Flucht

Sind diese beiden „Eigenschaften“ Bedingungen für die Selbsthilfe, so kann diese durch viele weitere Faktoren stark begünstigt werden. Dazu zählen vor allem örtlich installierte Hilfen wie beispielsweise Feuerlöscher und Brandfluchthauben. In sicherer Reichweite installiert, schaffen letztere mit ihrer Haltezeit von 15 Minuten die entscheidenden Grundbedingungen für eine gezielte Flucht: genügend Atemluft, ungetrübten Blick und vor allem das Gefühl, wenigstens einigermaßen geschützt zu sein. Diese psychologische Wirkung darf nicht unterschätzt werden. Sie verringert die Gefahr von Panikreaktionen, sie beruhigt, gibt Mut. All dies kann Mängel in der Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbsthilfe, aber auch zur Hilfe für andere zumindest teilweise ausgleichen.

Informationen vermitteln

So besehen, wäre es wünschenswert, jedes mehrstöckige oder weitläufige Gebäude, aus dem im Brandfalle nicht sofort und ohne Schwierigkeiten geflohen werden kann, mit Brandfluchthauben auszustatten. Dies alleine würde jedoch nicht genügen. Begleitend zum technischen Vorgang müßten die notwendigen Informationen vermittelt werden; zum

Beispiel die: Fluchthauben sind schon dem Namen nach für die Flucht und nicht dafür gedacht, unter ihrem zeitlich begrenzten Schutz in ein brennendes Gebäude einzudringen. Dafür sind alleine Preßluftatmer geeignet, wie sie die Feuerwehren als sogenannten Schweren Atemschutz einsetzen.

Die Bedienung von Brandfluchthauben ist weitgehend selbsterklärend. Eine sichere Anwendung bedarf also keiner zusätzlichen Informationen. Noch nicht befriedigend gelöst sind hingegen mögliche Probleme der Sabotage, unbeabsichtigten Manipulation und des Diebstahls. Zwölf befragte Betreiber von Hotels der gehobenen Klasse teilten übereinstimmend mit, die Ausstattung der Hotelzimmer oder zumindest der Flure mit Brandfluchthauben zwar bereits konkret erwogen, dann aber doch darauf verzichtet zu haben. Und zwar hauptsächlich deshalb, weil befürchtet wurde, die Fluchthauben fänden ähnlich wie Handtücher und Aschenbecher reißenden Absatz als begehrte Souvenirs.

Daß es sich lohnte, solche Probleme zu lösen, zeigen einerseits die hohen Zahlen von Brandopfern gerade in Hotels, andererseits aber auch die positiven Erfahrungen in solchen Gebäuden, deren Insassen selbst unter günstigsten Bedingungen nicht genügend schnell flüchten könnten, also etwa in Krankenhäusern und Altenheimen. Gute Erfahrungen hat – bislang zum Glück nur bei Übungen – zum Beispiel die Universitätsklinik Freiburg gemacht, wo für jede Station eine bestimmte Anzahl von Brandfluchthauben vorgehalten wird. Im Falle eines Brandes werden diese zunächst vom Pflegepersonal selbst

angelegt, um anschließend alle gefährdeten Patienten auszurüsten.

Obwohl die Handhabung der Masken an sich sehr einfach ist, bedarf es im speziellen Fall einer Klinik einer besonderen Schulung. Ein Beispiel: Luftröhrenschnitt-Patienten atmen über die Trachealkanüle, die knapp unterhalb des Kehlkopfes angelegt wird. Würde die Fluchthaube diesen Patienten angelegt werden, wäre der Filter nicht nur wirkungslos; weil der Patient ja nicht über Mund und Nase atmet. Sondern es könnte zudem passieren, daß die Halskrause der Fluchthaube die Trachealkanüle abdichtet. Der Patient bekäme keine Luft mehr.

Abgesehen von solchen Spezialfällen ist der Einsatz von Brandfluchthauben im Klinikbereich problemlos und mittlerweile kaum mehr wegzudenken, zumal er es überhaupt erst ermöglicht, die Patienten schonend zu evakuieren. Schließlich lassen sich bettlägerige Patienten weder flugs auf die Beine bringen noch ihre Betten, womöglich nebst zugehörigen Apparaten und Infusionsständern, rasend schnell über die Gänge schieben. Tragen Pflegepersonal und Patienten Fluchthauben, wird ein zwar zügiger, aber dennoch geordneter Rückzug erst möglich. Wichtig auch hier wieder: Bevor ein Helfer einen zweiten Patienten verlegen will und dazu nochmals in die verrauchten Bereiche vordringen muß, sollte er unbedingt eine neue Brandfluchthaube überziehen, um sich eine möglichst hohe Reserve für den Fall eventueller Komplikationen zu geben. Noch besser ist es freilich, die weitere Evakuierung der – im Regelfall bis dahin eingetroffenen und entsprechend ausgerüsteten – Feuerwehr zu überlassen, die zudem weitere Brandfluchthauben mit sich führt.

Selbstverständlich geben Fluchthauben keine Sicherheitsgarantie. Auch sind sie nur Teil eines Gesamtpaketes. Es gilt hier wie für alle anderen Sicherheitseinrichtungen auch, daß das bloße Vorhandensein alleine noch nicht hilft. Um so wichtiger ist es deshalb, die Brandrisiken offen zu diskutieren und sich ihnen bewußt zu stellen. Man käme dann auch – zum Beispiel – zu dem Schluß, daß eine Brandfluchthaube im Koffer von Hotelreisenden keineswegs unnützen Ballast darstellt. Nicht die Ängstlichen, sondern die Vorausschauenden leisten sich dieses Plus an Sicherheit.

(aus: Drägerheft 352)

Neue Öffentlichkeitsarbeit im Dienste gemeinsamer Aufgaben

BVS-Direktor informiert Hilfsorganisationen über Neustruktur

Die Umsetzung der veränderten Strukturen des Zivil- und Katastrophenschutzes aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage diskutierte BVS-Direktor Helmut Schuch mit Führungskräften des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) und des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Die vier Hilfsorganisationen ASB, DRK, JUH und MHD haben eine „Gemeinsame Erklärung zur Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes“ verabschiedet. ASB-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller erinnerte daran, daß die ASB-Bundeskongress am 7. November 1992 eine zusätzliche Resolution verabschiedet hat. So fordere der ASB sehr nachdrücklich, daß sich der Bund seiner verfassungsmäßigen Verpflichtung zum Auf- und Ausbau sowie zum Erhalt eines wirksamen Zivil- und Katastrophenschutzes, trotz enger Haushaltslage, nicht noch weiter entziehen dürfe. Hierzu gehöre auch eine unbedingte Gleichbehandlung aller Organisationen, die im Zivil- bzw. erweiterten Katastrophenschutz mitwirken. Stellvertretender ASB-Bundesgeschäftsführer Heribert Röhrig sprach die Erwartung des ASB zu einer fruchtbaren und konstruktiven Zusammenarbeit mit dem BVS aus. Hierzu gehören insbesondere Fragen der Öffentlichkeitsarbeit über Aufgaben im Zivilschutz sowie gegenseitiger Austausch bei der Ausbildung zivilschutzrelevanter Aufgabenbereiche.

Wolfgang Pleßke, Abteilungsleiter im DRK-Präsidium für Rotkreuz-Gemeinschaften

und Rotkreuz-Dienste, warnte davor, den Aufbauzustand des erweiterten Katastrophenschutzes und die Leistungen der Hilfsorganisationen durch ungerechtfertigte finanzielle Einschnitte zu gefährden. Das DRK habe mit seinem neuen

Stützpunktsystem eine sachgerechte Lösung für Hilfeleistungen vor Ort gefunden und erwarte hierzu eine zukunftsorientierte Umsetzung. Die für das DRK selbstverständliche Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz entbinde den

Bund jedoch nicht aus seiner Verpflichtung, für eine sachgerechte Ausstattung zu sorgen.

BVS-Direktor Schuch machte klar, daß Sanitätsorganisationen und BVS ein gleichgerichtetes Interesse daran haben, der Bevölkerung ein umfangreiches Informationsangebot zur Verfügung stellen zu können. Wenngleich mit unterschiedlichen Aufträgen ausgestattet, müsse für alle im Zivilschutz mitwirkenden Organisationen das Motto gelten: Helfen wollen ist gut, helfen können ist besser.



BVS-Direktor Helmut Schuch (rechts) im Gespräch mit ASB-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller (Mitte) und stv. ASB-Bundesgeschäftsführer Heribert Röhrig.



Die DRK-Vertreter Wolfgang Pleßke (rechts), Abteilungsleiter Rotkreuz-Gemeinschaften und Rotkreuz-Dienste im DRK-Präsidium, und Winfried Glass (links) erörtern gemeinsame Vorhaben mit BVS-Direktor Helmut Schuch.

Nachrichten aus Bremen

Bremen

„Wir leben in einer Gesellschaft, in der sich viele dem Lebensgenuß und der Freizeit in bislang unbekanntem Ausmaß hingeben. In einem Klima von Anspruchsdenken, Bindungslosigkeit und Werteverfall bleibt dabei häufig das Gemeinwohl auf der Strecke. Dafür ist der Staat zuständig. Im übrigen setzt man seine Interessen mit Hilfe von Tricks und allen möglichen Lobbyisten-Gruppierungen durch. Das Sankt-Florians-Prinzip scheint die zentrale Idee in unserem Gemeinwesen zu sein.“ Bremens Innensenator Friedrich van Nispen fand deutliche Worte anläßlich des traditionellen „Tages des Helfers“, zu dem die Landesregierung einmal im Jahr die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer



Senator Friedrich van Nispen dankt den Helfern im Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Der BVS ist ebenfalls mit einer kleinen Abordnung vertreten. (Foto: Stoss)

der Hilfsverbände und Katastrophenschutzorganisationen sowie der Freiwilligen Feuerwehren ins Rathaus einlädt.

Mehr denn je brauche der Staat aber Bürgerinnen und Bürger, die neben dem Beruf in der Freizeit für den Dienst am Nächsten eintreten würden, so van Nispen. „Sie leisten einen unverzichtbaren gesellschaftspolitischen Beitrag. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, dafür noch mehr – vor allem jüngere Menschen – zu gewinnen. Sie haben sich persönlich dem Motto ‚Retten, Schützen, Helfen‘ verschrieben. Und das haben Sie in Ihren Organisationen bei verschiedenen Anlässen auch im vergangenen Jahr unter Beweis gestellt.“ Die zahlreichen Einsätze zur humanitären Hilfeleistung in den osteuropäischen Ländern und die hervorragend organisierte Betreuung bosnischer Flüchtlinge im August 1992 hob der Innensenator in diesem Zusammenhang besonders hervor.

„Die politischen Umbrüche in Osteuropa und die Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfeldes haben auch den Zivil- und Katastrophenschutz nicht unberührt gelassen.“ Der Bund sei deshalb nun gefordert, endlich die erforderliche Neukonzeption vorzulegen. Für das Land und die Stadtgemeinde Bremen habe der Senat seine Bemühungen zur Verbesserung des Rettungswesens und des Katastro-

phenschutzes im vergangenen Jahr konsequent fortgesetzt. Nach dem Inkrafttreten des Brandschutzgesetzes 1991 habe die Bürgerschaft im September 1992 ein Rettungsdienstgesetz verabschiedet. Der Innensenator: „Dabei ist es unser erklärtes Ziel, ein hohes Niveau zu erreichen und sicherzustellen.“



Dr. Preißler (Mitte) mit den BVS-Landesstellenleitern Singer (links) und Raach.

Dresden

Von großem beiderseitigen Interesse an einer Entwicklung der Arbeit des BVS im Land Sachsen war ein Gespräch zwischen dem SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Christian Preißler und den BVS-Landesstellenleitern Singer und Raach. In seiner Eigenschaft als Arbeitskreis-Leiter „Innere“ der SPD empfing Dr. Preißler die BVS-Mitarbeiter im Sächsischen Landtag, dessen Plenarsaal bis zum 3. Oktober 1993 in der Dreikönigskirche in Dresden untergebracht ist.

Nach einer Darstellung der neustrukturierten BVS-Aufgaben in den alten und Erläuterung der Perspektiven für die neuen Bundesländer, machte Dr. Preißler Vorschläge für einen Einstieg in die Informationsarbeit des BVS. So wurde bereits für Ende März eine Einladung in die Kreistagssitzung in Riesa ausgesprochen. Von Preißler wurde insbesondere die Information über den Zivilschutz und die zivile Vertei-

digung nach bundesdeutschem Recht und die übergreifende Darstellung der Aufgaben und Träger des Katastrophenschutzes als wichtige Tätigkeit des BVS erkannt. Die Notwendigkeit der Vorsorgemaßnahmen ist für ihn unbestritten. Der Abgeordnete machte aber auch auf die Sensibilität der sächsischen Bevölkerung zu diesem Thema aufmerksam.

Für den BVS ist die angebotene Hilfestellung bei der Suche nach geeigneten Büroräumen für den künftigen Stützpunkt im Raum Dresden von großer Bedeutung.

Nach den Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP zeichnete sich eine positive Zusammenarbeit mit dem neuen BVS-Mitglied ab; eine Partnerschaft mit großem Nutzen für den Bevölkerungsschutz im Freistaat Sachsen.

Quer durch Niedersachsen

Hannover

Wolfgang-Peter Paul, Helfervertreter bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen, wurde von BVS-Direktor Helmut Schuch mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Bereits seit 1983 vertritt Paul die Interessen der BVS-Helfer bei der Dienststelle Lüneburg. Seit 1977 ist er Helfer im BVS. Der als freier Mitarbeiter bei einer Lüneburger Zeitung beschäftigte Paul wirkt in der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung des Verbandes mit. So ist es für ihn selbstverständlich, seine journalistischen Kenntnisse für die Pressearbeit seiner Dienststelle zu nutzen. In seiner Laudatio hob Schuch insbesondere hervor, daß es Paul gelungen sei, die örtlichen Helferinnen und Helfer in allen niedersächsischen Dienststellen zu einem einsatzfreudigen Team zusammenzuschweißen. Paul organisiere eigenständige Arbeitstagen für die Helfervertreter



BVS-Direktor Helmut Schuch überreicht Landesheffervertreter Wolfgang-Peter Paul Ehrennadel und Verleihungsurkunde. (Foto: Weirich)

und belebe die Zusammenarbeit zwischen Helfervertretung und Dienststellenleitung.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Duisburg

BVS-Fachgebietsleiter Alexander Krapf sowie Dienststellenleiter Berthold Bose stellten sich gerne zum „Gruppenbild mit Dame“ auf. Die ehrenamtlichen Helfer Ursula Wemßen und Alfred Jegminat wurden in einer kleinen Feierstunde in der BVS-Dienststelle Duisburg für ihre langjährige Mitarbeit im Verband geehrt.

Ursula Wemßen engagiert sich seit zehn Jahren für den Selbstschutz in Oberhausen. Alfred Jegminat ist als ehemaliger Binnenschiffer schon seit

20 Jahren „an Land“ für den BVS tätig. Die Verbindung zum Selbstschutz fiel in der Hafenstadt Duisburg nicht schwer, so der Jubilar, ist man doch gerade auf dem Wasser auf die eigenen Fähigkeiten in besonderen Gefahrensituationen angewiesen.

Gelsenkirchen

Gerhard Kunstler und Manfred Spiekermann, beide Leiter einer FAAsT. bei der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen, wurden in den Ruhestand verabschiedet. Landesstellenleiter Peter Eykmann würdigte im Rahmen einer kleinen Feierstunde das Wirken der beiden Mitarbeiter, die, wie Eykmann mit Genugtuung feststellen konnte, dem BVS als ehrenamtliche Helfer weiterhin zur Verfügung stehen werden. Darüber hinaus



Ehrung für langjährige Mitarbeit im Verband.



Verabschiedung in Gelsenkirchen.

werden sich Kunstler, bisher 28 Jahre beim BVS, und Spiekermann, 25 Jahre beim Verband, künftig als Beauftragte für die Städte Herne und Bottrop engagieren.

Wie Eykmann, wünschten auch die Mitarbeiter der Dienststelle, den beiden Kollegen einen gesunden Ruhestand und erfolgreiche Tätigkeit als ehrenamtliche Helfer.

Bonn

Nach 28 Dienstjahren beim BLSV/BVS und insgesamt 49 Berufsjahren ging Artur Daennart, langjähriger Sachbearbeiter im Ausbildungsreferat bei der BVS-Bundeshauptstelle, im Januar, auf eigenem

Wunsch, 63jährig in den Ruhestand. In einer Feierstunde wurde Artur Daennart von Kolleginnen und Kollegen und Wegbegleitern verabschiedet. BVS-Direktor Helmut Schuch überreichte ihm die Dankesurkunde und ging in einer Festrede auf den Werdegang des BVS-Mitarbeiters ein.

Im November 1964 trat der gelernte kaufmännische Angestellte in den damaligen BLSV ein. Zunächst übernahm er die Leitung des Einsatzes der Ausbildungsstelle bei der damaligen Kreisstelle Köln. Später war Daennart dann Leiter der Fahrbaren Ausbildungsstelle, wobei er neben den anstehenden Verwaltungsaufgaben den gesamten Einsatz koordinierte und Lehrgänge durchführte.



BVS-Direktor Helmut Schuch verabschiedet Artur Daennart.

(Foto: Sers)

Im Jahre 1965 erhielt Daennart die Lehrberechtigung für die Ausbildung von Helfern.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1975 wurde Daennart vorübergehend mit den Dienstaufgaben des Fachbearbeiters der BVS-Dienststelle Köln beauftragt. Im September 1978 wurde ihm diese Aufgabe auf Dauer übertragen. 1980 übernahm Daennart dann die Aufgaben eines Sachbearbeiters im Ausbildungsreferat bei der BVS-Bundeshauptstelle in Köln.

Auch nach dem Umzug der BVS-Bundeshauptstelle von Köln nach Bonn-Bad Godesberg nahm Artur Daennart diese Aufgabe wahr, die er bis zu seinem Ausscheiden mit viel Engagement und großer Akzeptanz aus dem Kollegenkreis erfüllte.

Direktor Schuch wünschte ihm für die vor ihm liegenden Jahre Gesundheit und weiterhin den von ihm gewohnten Lebensmut. „Wir verabschieden heute einen Menschen von aufgeschlossener Art und mit positivem rheinischem Einschlag“, schloß Direktor Schuch seine Ausführungen, denen sich ein kleiner Empfang anschloß, zu dem Artur Daennart geladen hatte.

Langeweile wird bei dem waschechten Rheinländer mit seinen Vorlieben zur Literatur und zur Natur wohl nicht aufkommen. Dafür werden nicht zuletzt seine Kinder und Enkelkinder sorgen. Nach der Verabschiedung aber ging es erst einmal mit Gattin in den wohlverdienten Urlaub.

Hessenspiegel

Darmstadt

Auf eine 40jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst, davon über 30 Jahre beim BLSV/BVS, kann Willy Roth zurückblicken. Nach Tätigkeiten beim Forstamt Lorsch und bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft kam er 1962 als hauptamtlicher Mitarbeiter zum damaligen BLSV und ist



Der Jubilar (Mitte) im Kreise seiner Kolleginnen und Kollegen.

seit 1980 BVS-Dienststellenleiter in Darmstadt.

In einer kleinen Feierstunde, an der neben allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Dienststelle auch viele Ehrengäste teilnahmen, würdigte BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen die Verdienste von Roth und übergab die Dankurkunde. Willy Roth sei, so Hachen, ein sehr engagierter und aktiver Mitarbeiter, der als Fachmann allgemein anerkannt sei. Mit großem pädagogischem Geschick und mit Umsicht habe er die Dienststelle geleitet. Dies alles habe zu dem großen Bekanntheitsgrad des BVS sowie dem sehr positiven Erscheinungsbild der Dienststelle in der südhessischen Öffentlichkeit entscheidend beigetragen.

Zu den vielen Gratulanten zählten auch der Leiter des Amtes für Katastrophenschutz, Magistratsrat Paul, der Leiter der Berufsfeuerwehr, Brandoberrat Stein, sowie Dezernent Dr. Rösch, der im Auftrag des Magistrats der Stadt Darmstadt sich insbesondere auch für die hervorragende und überaus fruchtbare Zusammenarbeit mit Roth und der BVS-Dienststelle bedankte.

In seiner Ansprache hob er u. a. hervor, daß man trotz Nachdenken über Strukturverbesserungen sowie über mögliche andere Aufgaben und Schwerpunktverlagerungen den BVS seine Aufgabenwahrnehmung in der jetzigen Form hätte weiterführen lassen sollen. Der BVS habe nun-

mehr eine erhebliche Aufgabenbeschneidung erfahren, die dazu führe, daß von der BVS-Dienststelle Darmstadt wahrgenommene Aufgaben nunmehr von der Kommune selbst erfüllt werden müßten. „Ich weiß noch nicht, wie wir die erforderlichen Mittel und das Personal dazu bereitstellen sollen“, so Dr. Rösch.

*

In Anwesenheit von über 40 Bürgermeistern und Sachbearbeitern aus Südhessen führte die BVS-Landesstelle Hessen im Regierungspräsidium Darmstadt eine Informationstagung durch. Hauptthema der Veranstaltung war die Umstrukturierung des BVS und hier speziell deren Auswirkungen auf die südhessische Region.

Dem BVS gelang es, neben dem Hausherrn, Regierungspräsident Dr. Horst Daum, auch den SPD-Bundestagsbeauftragten Bernd Reuter und den SPD-Landtagsabgeordneten Kurt Weitmann für die Veranstaltung zu gewinnen. BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen gab einen Überblick über die Entwicklung des Zivil- und Selbstschutzes sowie die bevorstehenden inhaltlichen und organisatorischen Änderungen beim BVS.

Bernd Reuter, Mitglied im Bundestagsinnenausschuß, erklärte, daß es ihm, als zuständigem Sprecher, gelungen sei, die SPD-Bundestagsfraktion von der Notwendigkeit des BVS zu überzeugen. Im Hinblick auf Forderungen des Bundesrechnungshofes nach einer Auflösung des BVS meinte Reuter: „Aus der Behauptung, daß der BVS zu wenig bekannt sei und kaum ein Bürger bisher Vorsorgemaßnahmen getroffen habe, die Folgerung abzuleiten, den Verband aufzulösen, ist falsch. Vielmehr hätte diese Erkenntnis zur Forderung nach einer Verstärkung und einem weiteren Ausbau des BVS führen müssen.“

Bezüglich des anstehenden Personalabbaus beim BVS und dem vom Bundesinnenministerium zugesagten „sozial ausgewogenen Personalabbau“ erklärte Reuter, daß der Bundestagsinnenausschuß dies im Auge behalten werde.



BVS-Informationstagung in Darmstadt: BVS-Landesstellenleiter Hachen, Regierungspräsident Dr. Daum, SPD-Bundestagsabgeordneter Reuter, Regierungsdirektor a. D. Lüdke, BVS-Dienststellenleiter Roth (v. l. n. r.) (Foto: Hennig)

Nach einer Schilderung der künftigen Möglichkeiten und Grenzen des verbleibenden BVS-Stützpunktes in Darmstadt durch den derzeitigen Dienststellenleiter Willy Roth, zeigte sich Bürgermeister Alfred Jakoubek, Vertreter des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, sehr besorgt.

„In dem Maße, in dem die technische Entwicklung und Bedrohung voranschreitet, muß der Selbst- und Zivilschutz vorangetrieben werden“, so Jakoubek. Er sehe mit Sorge die künftige Entwicklung, nachdem die Gemeinden, und hier insbesondere die Feuerwehren, die Aufgaben des BVS übernehmen sollten.

Hans-Jürgen Stein, Leiter der Berufsfeuerwehr Darmstadt, erklärte, daß die hauptamtlichen Ausbilder des BVS nicht zu ersetzen seien. Noch deutlicher wurde Ralph Stühling, Kreisbrandinspektor aus Darmstadt-Dieburg, der die Frage stellte: „Wie können die Politiker und Sachverständigen es zulassen, daß trotz besseren Wissens der BVS zurückgefahren wird.“ Die Feuerwehren seien nicht in der Lage, die vielfältigen und notwendigen Aufgaben des BVS zu übernehmen, so Stühling.

Weiterer Grund zur Besorgnis bei den anwesenden Bürgermeistern und Vertretern der Feuerwehr war die anstehende Demontage von Sirenen. Nach Steins Ansicht ist es nicht vertretbar, daß die Sirenen ohne gleichwertigen Ersatz abgebaut würden. Er berichtete in diesem Zusammenhang von einem Beschluß der Stadt Darmstadt, Sirenen in eigener Regie weiterzubetreiben. „In einigen Bereichen ist die Sirenenwarnung derzeit nicht zu ersetzen“, so Stein.

In einer abschließenden zusammenfassenden Betrachtung stellte Regierungspräsident Dr. Daum u. a. fest, daß das Bewußtsein in der Bevölkerung für mögliche Gefahrensituationen nicht besonders ausgeprägt sei. Gleichwohl bleibe der Selbstschutz unter veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen weiterhin ein wichtiges Anliegen. Er begrüße es, wenn der

BVS über seine Umstrukturierung und deren Auswirkungen die Landräte, aber auch die Bürgermeister für deren Dienstbesprechungen informieren würde. An der Zuständigkeit der Kommunen für den Selbstschutz habe sich nichts geändert, sagte Daum.

*

Regierungsdirektor a. D. Ulrich Lüdke wurde mit der Ehrennadel des Bundesverbandes für den Selbstschutz ausgezeichnet. Lüdke, von 1975 bis 1992 Dezernatsleiter für zivile Verteidigung und Katastrophenschutz im Regierungspräsidium Darmstadt erhielt die Auszeichnung aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen.

Passender Rahmen für die Verleihung war eine Tagung, die der BVS zusammen mit dem Darmstädter Regierungspräsidenten Dr. Horst Daum durchführte.

Hachen würdigte Lüdke in Anwesenheit zahlreicher Bürgermeister aus der südhessischen Region. „Er hat mit seinen Fachkenntnissen und vielfältigen Kontakten wesentli-

che Impulse für die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen und des BVS gegeben“, so Hachen. Weiter habe er sich stets für die Belange des Selbstschutzes eingesetzt und dem Selbstschutzgedanken in Südhessen einen hohen Stellenwert verschafft.

Lüdke, der mit dem Darmstädter BVS-Dienststellenleiter Willy Roth über Jahrzehnte sehr erfolgreich zusammenarbeitete, trat im September 1992 in den Ruhestand.

Wiesbaden

Immer weniger Mitbürger erklären sich bereit, ehrenamtlich in einer Hilfsorganisation mitzuarbeiten. Zurückgehende Helferzahlen sind für die Sanitätsorganisationen mittlerweile zu einem Problem geworden. Bei den Freiwilligen Feuerwehren, der DLRG, beim THW und BVS stellt sich das gleiche Problem.

Um die hessische Bevölkerung über die vielfältigen Aufgaben und Hilfsmöglichkeiten des Bevölkerungsschutzes zu informieren, hat der BVS eine Informationsschrift herausge-

geben. Darin stellen sich alle in Hessen vertretenen Hilfsorganisationen vor und werben um Mitarbeit.

Das Faltblatt kann bei allen BVS-Dienststellen, den Hilfsorganisationen oder aber direkt bei der BVS-Landesstelle Hessen in Wiesbaden unter der Rufnummer 0611/39474 kostenlos angefordert werden.

*

Gegenseitige Wertschätzung prägt die Zusammenarbeit zwischen der Katastrophenschutzschule Hessen in Johannisberg Rheingau und der BVS-Dienststelle Wiesbaden. Zahlreiche BVS-Lehrgänge finden seit Jahresfrist an der Katastrophenschutzschule statt. In Anerkennung besonderen Engagements überreichte Dienststellenleiter Kremer nun die „BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit“ an die Lehrkraft Erwin Schneider und Schulleiter Johannes Hinse.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Kaiserslautern

Für ihre besonderen Verdienste um die BVS-Dienststelle Kaiserslautern wurden im Rahmen einer kleinen Feierstunde die Kommunalpolitiker Landrat Rolf Künne und Oberbürgermeister Gerhard Pointek geehrt. Sie hatten sich im Vorfeld der Umstrukturierung des BVS erfolgreich für den Erhalt des Verbandes in der Region eingesetzt. Dank des Engagements von Künne und Pointek „konnte der Standort Kaiserslautern gehalten werden“, sagte BVS-Dienststellenleiter Matheis und überreichte den beiden Politikern die BVS-Ehrenmedaille.

Anschließend ehrten Matheis und BVS-Landesstellenleiter Awizsus weitere Gäste für ihre gute Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle. Die BVS-Ehrennadel erhielt Manfred Egelhof, Leiter der Lehrlingswerkstatt bei der US-



Mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet: Ulrich Lüdke, Regierungsdirektor a. D. (links). Rechts BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen.

(Foto: Hennig)



Nach der Ehrung ein Gruppenbild (v. links): BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis, Manfred Egenhof, Oberbürgermeister Gerhard Piontek, Landrat Rolf Künne, Hans-Ulrich Gorzyza, BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus. (Foto: Vollmer)

Army Kaiserslautern, die Plakette der BVS-Landesstelle nahm Hans-Ulrich Gorzyza, stv. Leiter des Jugenddorfes Wolfstein, entgegen.

Die Veranstaltung gab auch Gelegenheit, BVS-Mitarbeiter Manfred Braun Glückwünsche für sein 25jähriges Dienstjubiläum auszusprechen und eine Dankurkunde zu überreichen.

Musikalisch umrahmt wurde die Feierstunde vom Polizeichor „Pfälzer-Wald“.

Birkenfeld

Am 21. Dezember 1992 wurde die BVS-Schule Birkenfeld geschlossen. Damit endet die fast 24jährige Geschichte der Fortbildungsstätte, die 1969 mit der Anmietung des Geländes durch den Bund begann. Von dem Vermieter wurde damals der Gebäudekomplex eigens für den BVS

und zum Teil nach dessen Plänen gebaut. Von Bingen, dem ehemaligen Sitz der Regionalschule, zog man in die landschaftlich reizvolle Waldgegend am Rande der kleinen Kreisstadt Birkenfeld. 1989 war in der Birkenfelder BVS-Schule etwa für anderthalb Jahre die Bundesschule aus Bad Neuenahr-Ahrweiler untergebracht, da die dortigen Räumlichkeiten für die Übersiedler benötigt wurden.

Auf etwa vier Hektar Schulungsgelände lagen geradezu ideale Voraussetzungen vor, um Lehrgänge mit praktischem Übungsteil durchzuführen. Zu den bekanntesten „Kunden“ der BVS-Schule gehörten die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbank und das Bundesarchiv. Mit jährlich rund 150 Selbstschutz-Veranstaltungen und 2000 Absolventen war die Schule voll ausgelastet. Sie betreute ein beachtliches Ein-

zugsgebiet und war für insgesamt 17 BVS-Dienststellen in Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland und den nordwestlichen Teil Baden-Württembergs zuständig.

Das Lehrgangsangebot umfaßte die Aus- und Weiterbildung haupt- und ehrenamtlicher BVS-Mitarbeiter und von Teilnehmern anderer Institutionen. In speziell konzipierten Fachlehrgängen oder Arbeitstagen, die immer wieder den neuesten Erfordernissen angepaßt wurden, konnten die BVS-Mitarbeiter z. B. die Qualifikation zum Fachlehrer (1 bis 4) erwerben.

Einmal jährlich trafen sich in Birkenfeld die Ausbilder der Dienststellen – vorwiegend aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen – bei der einwöchigen FAAST-Tagung. Hier wurden Erfahrungen ausgetauscht, Tips gegeben, neue Lehrstoffe besprochen und praktisch umgesetzt. Zusätz-

lich wurde der Pflegezustand des Ausbildungsgerätes und der Fahrzeuge überprüft.

Führungskräfte aus Betrieben, Verbänden und Vereinen besuchten BVS-Fachlehrgänge, um so ihrer beruflichen Verpflichtung zum betrieblichen Selbst- und Katastrophenschutz nachzukommen. Ein eigens auf das politische Aufgabenfeld abgestimmtes Informationsangebot ließ auch Kommunalpolitiker gerne zu den BVS-Veranstaltungen und Tagungen nach Birkenfeld kommen.

Die Veranstaltungsplanung der Schule umfaßte Fach- und Fortbildungslehrgänge in Brand- und ABC-Schutz sowie Bergungs- und Sanitätsdienst. Geübt wurde das perfekte Zusammenspiel von Bergung, Brandschutz und Erster Hilfe.

Auf dem Schulungsgelände traf der Lehrgangsteilnehmer optimale Bedingungen für die



Ein Blick auf das Übungsgelände der ehemaligen BVS-Schule Birkenfeld. (Foto: Deutsche Bundesbank)

theoretische und praktische Ausbildung an. Theoretische Kenntnisse wurden in vier großen Lehrsälen vermittelt. Mit sogenannten Planspielen konnte der Ernstfall geübt werden. Genügend Platz für praktischen Selbstschutz stand im Übungsgelände zur Verfügung. Den Vergleich mit anderen BVS-Schulen oder Katastrophenschutzschulen brauchte die Birkenfelder Schule nicht zu scheuen, da sie mit Übungseinrichtungen sehr gut ausgestattet war: Am Trümmerhaus konnte Bergung oder das Ablassen von Personen von einem Holzturn geübt werden. Das Arbeiten mit Bergungswerkzeugen in beengten Verhältnissen probten die Lehrgangsteilnehmer an einer Mauer mit daran anstoßenden Kriechgängen. Das Ablöschen von Feststoff- und Flüssigkeitsbränden konnte im weiträumigen Brandplatz und im Übungshaus geübt werden. Die vorhandenen Übungseinrichtungen nutzten an Wochenenden auch andere Institutionen in eigener Regie. So kamen an die BVS-Schule u. a. das THW, die Freiwilligen Feuerwehren und auch Hundereinsatzstaffeln.

Bleibende Erinnerungen verbinden die meisten Ausbilder und Lehrgangsteilnehmer der BVS-Schule. Besonders

geschätzt war die familiäre Atmosphäre unter den Mitarbeitern der Schule und den Lehrgangsteilnehmern. Viele BVS-

Mitarbeiter bedauern die Schließung der Fortbildungsstätte.

C. B.

Südwest aktuell

Stuttgart

„Ich werde ganz sicher einige der wichtigen Punkte auf-

greifen und in meine parlamentarische Arbeit einbeziehen“, so das Fazit eines Gesprächs der Fachgebietsleiter und des Leiters der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg am 27. Januar 1993 mit dem



BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach im Gespräch mit Dr. Wolfgang Weng.

Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Haushaltsausschusses Dr. Wolfgang Weng. In konzentrierter Form erfuhr der Haushaltspolitiker bei seinem dritten Besuch der BVS-Landesstelle den aktuellen Stand der Entscheidungen zur Neustruktur des BVS und insbesondere der daraus resultierenden personellen Konsequenzen für die hauptamtlich Beschäftigten.

Trotz vorliegender Haushaltszwänge drückte der Bundestagsabgeordnete sein Verständnis für die Folgen der Personalreduzierungen aus. Dr. Weng vertrat die Ansicht, daß für Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach wie vor eine hohe soziale Sicherheit gegeben sei, resümierte jedoch, daß es heutzutage bei der Unterbringung von Personal erheblich größere Schwierigkeiten gebe als zu normalen Zeiten. Er sah sich deshalb aufgerufen, engen parlamentarischen Kontakt zu den Mitgliedern des Innenausschusses sowie dem Innenministerium herzustellen. Mit der Bitte des Landesstellenleiters, keiner weiteren Stelleneinsparung beim BVS im Zuge der laufenden Haushaltskonsolidierung zuzustimmen, beendete der stellvertretende Vorsitzende der F.D.P.-Bundestagsfrak-

tion seinen Besuch bei der BVS-Landesstelle.

*

Zu einem Informationsgespräch über die künftige Struktur des Bundesverbandes für den Selbstschutz traf sich Lan-

berg, abgeschlossen. Nach den Standorten Ludwigsburg und Mannheim stehen nun auch den Kreisverbänden Franken (Heilbronn) und Ludwigsburg Schnelleinsatzgruppen zur Verfügung.

An diesem Lehrgang beteiligte sich der BVS mit insge-

richt des BVS-Landesstellenleiters von Baden-Württemberg, Wolfgang Raach, über die „Konzeption zu den Aufgaben der Organisationsstruktur und der Stellenausstattung des Bundesverbandes für den Selbstschutz“ und die Ehrung des Bundestagsabgeordneten Georg Brunnhuber (CDU). Der Abgeordnete des Wahlkreises Aalen-Heidenheim ist Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und hat sich in den vergangenen Jahren besonders für den BVS eingesetzt. Nicht zuletzt sei es ihm zu verdanken, betonte Raach, daß der BVS nicht noch mehr Federn lassen mußte, sondern immerhin rund 500 hauptamtliche und 2300 ehrenamtliche Mitarbeiter behalten durfte. In Baden-Württemberg mußte die Zahl der 120 hauptamtlichen auf 50 und die der ehrenamtlichen Helfer auf 250 verringert werden. Für das parlamentarische erfolgreiche Wirken zugunsten des BVS ehrte Raach den Bundestagsabgeordneten als „Motor der Kurskorrektur“, der Schlimmeres verhütete, mit

der BVS-Medaille und überreichte ihm eine Urkunde.

Brunnhuber dankte für die Ehrung, die er als Verpflichtung betrachte, sich weiterhin für den BVS zu engagieren. Dabei seien ihm bisher die von der Landesstelle in Stuttgart zur Verfügung gestellten Informationen sehr nützlich gewesen. „Wir haben gerettet, was zu retten war“, sagte Brunnhuber. So sei eine Basis erhalten worden, die es gestatte, weiter zu arbeiten. Dies sei notwendig, denn trotz der Entspannung seien Bedrohungen und Krisenherde nicht beseitigt, und auch die Atomkraftwerke in der GUS müßten als ein dauerndes Risiko betrachtet werden. Mit Bedauern stellte der Abgeordnete fest, daß es den Abgeordneten in Bonn an Informationen über den BVS fehle und nicht einmal „eine Handvoll“ – wenn überhaupt – bereit sei, sich für dessen Aufgaben zu verwenden. Er jedoch werde weiterhin tun, was in seinen Kräften stehe, denn er sei überzeugt, daß sich an den Aufgaben und am Ziel des BVS nichts geändert habe.



Die F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Ingrid Walz im Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach.

desstellenleiter Wolfgang Raach mit der Bundestagsabgeordneten Ingrid Walz im Stuttgarter Wahlbüro der F.D.P. Die Abgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende der F.D.P. in Baden-Württemberg interessierte vor allem die Bund-Länder-Kompetenzen im Bereich der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes sowie die personelle Situation der BVS-Mitarbeiter und ihrer Familien, insbesondere in Baden-Württemberg. Gerne würde es die Politikerin sehen, wenn der BVS künftig auch über die Aufklärung der Bevölkerung zur „inneren Sicherheit“ – im übrigen das Spezialgebiet der Entwicklungspolitikerin – herangezogen werden könnte.

samt 28 Ausbildungsstunden, die an der BVS-Dienststelle Ludwigsburg durchgeführt wurden. Sowohl der JUH-Landesverband als auch die BVS-Landesstelle Baden-Württemberg waren mit dem Ergebnis sehr zufrieden.

Weitere SEG-Lehrgänge sind in Esslingen, Freiburg, Karlsruhe, Offenburg, Ravensburg und Reutlingen geplant.

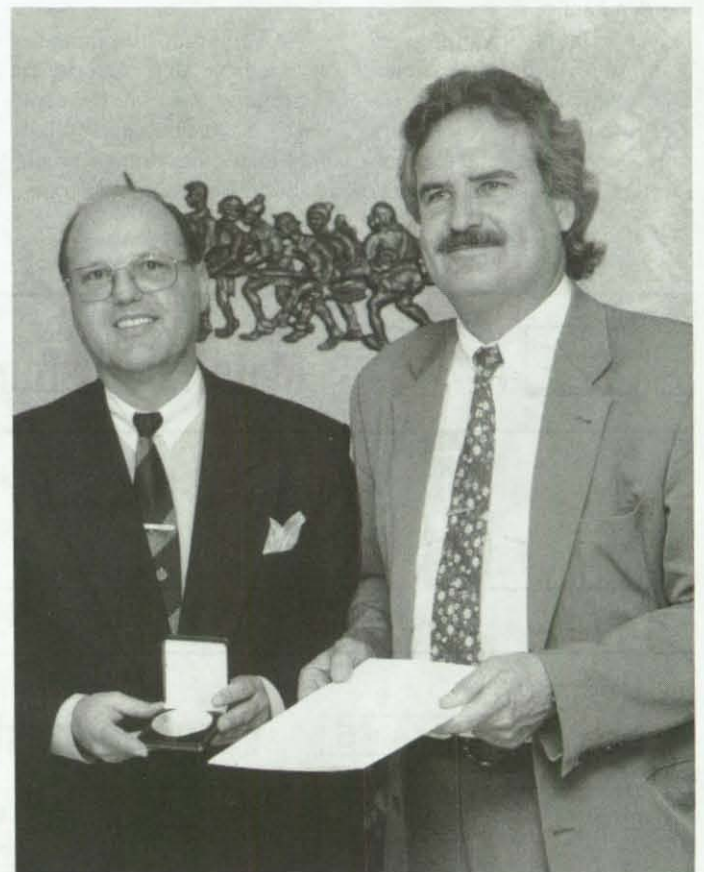
Im März dieses Jahres findet eine Fortbildung für Führungskräfte für Großeinsätze, Katastrophenschutz und Schnelleinsatzgruppen an der JUH-Landesschule Baden-Württemberg statt. Darüber hinaus soll der BVS die Fortbildung in den Bereichen Zivilschutz, Selbstschutz, Bergung, Brandschutz und Gefahren an der Einsatzstelle übernehmen.

Ludwigsburg

Am 23. Januar 1993 wurde der „Ausbildungslehrgang für Mitglieder von Schnelleinsatzgruppen“ (SEG) der Johanniter-Unfall-Hilfe, Landesverband Baden-Württem-

Oberkochen

Im Mittelpunkt einer Arbeitstagung der ehrenamtlichen Helfer der Dienststelle Schwäbisch Hall stand der Be-



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach nimmt Georg Brunnhuber MdB die BVS-Medaille entgegen.



Versorgung im Katastrophenschutz

Für den Einsatz ist die Versorgung von grundlegender Bedeutung. Auch den einsatzfreudigsten Einheiten und der besten Führung muß der Erfolg versagt bleiben, wenn die materiellen Voraussetzungen für den Einsatz nicht erfüllt sind. Die Versorgung ist daher ein Teil der Führung. Wird einer Einheit ein Auftrag erteilt, so ist gleichzeitig die notwendige Versorgung zu regeln.

Jeder Führer muß mit den Leistungsmöglichkeiten und den Leistungsgrenzen seiner Einsatzmittel vertraut sein. Er muß sich darüber im klaren sein, daß ein Mangel in der Versorgung durch keine noch so große Willenskraft ersetzt werden kann.

Der Hauptverwaltungsbeamte (HVB) der kreisfreien Städte und Landkreise ist für die Leitung und Koordinierung der Abwehrmaßnahmen für den Katastrophenfall zu-

ständig. Er bedient sich hierzu in aller Regel eines Stabes. Mit Hilfe dieses Stabes führt er die KatS-Einheiten und Einrichtungen. Innerhalb dieses Stabes ist für den Bereich Versorgung der sogenannte S 4 (Sachgebiet 4 = Versorgung) für die Logistik zuständig. Mit Hilfe des Fachberaters Versorgung erstellt er die Versorgungslage, plant und führt den Versorgungseinsatz durch. Das heißt, er ist verantwortlich für:

- Verpflegung
- Materialerhaltung
- Verbrauchsgüter
- Quartierbeschaffung
- Bereitstellung und Heranführung von Bedarfsgütern.

Die Versorgung umfaßt also die Gebiete der materiellen Versorgung wie - Bevorratung, Nachschub, Abschub und Materialerhaltung - sowie ärztliche Betreuung, Abtrans-

port und Unterbringung der Verletzten und Kranken des Katastrophenschutzes (KatS). Dem S 4 stehen für diese Aufgaben u. a. die Trupps des Versorgungsdienstes zur Verfügung.

Der Versorgungsdienst gliedert sich in:

- Materialerhaltungstrupp (MatETr)
- Verpflegungstrupp (VpfTr)
- Verbrauchsgütertrupp (VGTr)

Materialerhaltungstrupp

Der Materialerhaltungstrupp (MatETr) hat eine Stärke von 0/1/2/3. Sein Kombi ist im Einsatzfall zu beordern. Seine Tageshöchstleistung bei einem 24-Stunden-Betrieb der Materialerhaltungsstufe 2 sind 5 Kfz/Geräte. Der MatETr soll in bestehenden Kfz-Werkstätten, Hallen o. ä. arbeiten.

Verpflegungstrupp

Der Verpflegungstrupp (VpfTr) hat eine Stärke von 0/1/4/5. Er verfügt über den Feldkochherd (FKH). Die Fahrzeuge 1 Lkw 4 t und 2 Kombi sind zu beordern. Bei einem 24-Stunden-Betrieb kann er 400 Helfer verpflegen. Diese Richtzahl liegt aber an der oberen Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Dabei nimmt er seine Tätigkeit in einer günstigen Umgebung auf, in der

- die Möglichkeit einer Unterstellung sowie
- Wasseranschluß u. a.

gegeben ist, um kalte und warme Verpflegung zuzubereiten. Die Verpflegung der Helfer ist dann jedoch in jeweils 2 Kochgängen durchzuführen. Er könnte die Verpflegung auch den Einheiten und Einrichtungen zuführen, wenn er über seine Kraftfahrzeuge verfügen würde. Die Zuführung der Verpflegung zu den Einheiten erfolgt in Behältern (bei Warmverpflegung in Thermobehältern) oder im Austauschverfahren volle gegen leere Behälter.

Verbrauchsgütertrupp

Der Verbrauchsgütertrupp (VGTr) hat eine Stärke von 0/1/3/4. Seine beiden Lkw 4 t sind im Einsatzfall zu beordern. Bei einem 24-Stunden-Betrieb kann er 4000 Liter Betriebsstoff und 2000 Kilogramm Materialumschlag als Tageshöchstleistung erbringen. Die Zuführung der Betriebsstoffe zu den Einheiten und Einrichtungen des KatS erfolgt durch den VGTr mit Einheitskanistern im Umtauschverfahren: Volle gegen leere Kanister. Dieses Verfah-

	- / 1 / 2 = 3	Materialerhaltungstrupp	MatETr
			STAN-Nr.091
			Stand: Mai 1984
1 2 3			
	Kombi	TrFü Kf3	

	- / 1 / 4 = 5	Verpflegungstrupp	VpfTr
			STAN-Nr.092
			Stand: Mai 1984
1 4 5			
	LKW 4t	FKH TrFü Koch Kf3	
			Kombi Kf3
			Kombi Kf3



- / 1 / 3 = 4

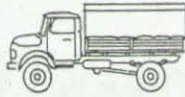
Verbrauchsgütertrupp

VGTr

STAN-Nr.093

Stand:
Mai 1984

1
3
4



LKW4t



TrFü Kf3



LKW 4t



Kf3

ren gilt sinngemäß auch für den Nachschub mit Verbrauchsgütern.

Der Fachberater Versorgung empfiehlt im Einsatz die Zusammensetzung des Versorgungsdienstes nach der jeweiligen Lage in Zusammenarbeit mit dem S 4. Er bestimmt unter Berücksichtigung des Auftrages einen Platz, der vor allem

- bei Tag und Nacht auf guten Wegen erreicht werden kann und

- für den Anschluß der Fernmeldeverbindungen zu den einzelnen Führungsstellen und notwendigen Lieferstellen, Instandsetzungsbetrieben, Wasseranschlüssen u. a. günstig liegt.

Für einen reibungslosen Ablauf der Versorgung ist die sachgerechte Beurteilung der Versorgungslage Voraussetzung. Sie ergibt sich aus dem

- Auftrag
- Ausstattung der Einheiten/Einrichtungen des KatS und
- aus dem Bedarf der Einheiten/Einrichtungen.

Bei der Beurteilung der Lage ist die Versorgungslage zu berücksichtigen. Bei jeder Beurteilung ist festzustellen, welcher Bedarf an Versorgungsgütern nach dem Auftrag erforderlich, welcher Bestand schon bei den Einheiten und Einrichtungen vorhanden ist und welche Mengen an Versorgungsgütern über welche Entfernungen und in welcher Zeit nachgeführt werden müssen.

Der Zeitbedarf für Transport und Umschlag muß hierbei genau ermittelt werden. Dabei spielt die rechtzeitige Anforderung/Zuweisung für die Einheiten und Einrichtungen eine große Rolle. Meldungen sind die wichtigsten

Grundlagen für die Lagefeststellung des Versorgungsdienstes. Einwandfreie Fernmeldeverbindungen sind dabei die Voraussetzung für eine schnelle Übermittlung von Befehlen und Nachrichten.

Geht man davon aus, daß die Einheiten, die zu Einsätzen, Bereitstellungen und Märschen ausrücken, ihre Grundausstattung mitführen und die vorbereitenden Maßnahmen für den Einsatz sichergestellt sind, so sollten sie in der Lage sein:

- daß die Kraftfahrzeuge voll aufgetankt ausrücken
- Verpflegung für die Erstversorgung mitgeführt wird und
- daß die sonstigen Verbrauchsgüter in einem Umfang mitgeführt werden, daß ein vier- bis sechsstündiger Einsatz sichergestellt ist.

Grundsätze der Versorgung

Alle Einheiten und Einrichtungen des KatS haben eine nach den STAN (Stärke- und Ausstattungsnachweis) festgelegte Grundausstattung. Diese Grundausstattung - wenn immer möglich - voll aufzufüllen, ist wichtigste Aufgabe der Versorgung.

Die Materialerhaltung ist für den Einsatzwert der Einheiten von entscheidender Bedeutung. Eine rasche Wiederherstellung des defekten Materials, einschließlich der Kraftfahrzeuge, ist daher unerlässlich. Die Einsatzbereitschaft der Helfer wird in hohem Maße durch Art und Umfang der Verpflegung bestimmt. Es ist daher notwendig, die Helfer - rechtzeitig und - ausreichend mit einwandfreier und schmackhafter Verpflegung zu versorgen.

In der Regel benötigen Versorgungsmaßnahmen eine ge-

wisse Anlaufzeit. Die im Bereich der Versorgung tätigen Helfer müssen daher vorausdenken, um die Bedarfsartikel - zur richtigen Zeit
- in der richtigen Menge und
- am richtigen Platz den Einheiten und Einrichtungen des KatS zur Verfügung zu stellen. Geregelt wird die Versorgung durch Befehl. Wiederum sind einwandfreie Fernmeldeverbindungen die Voraussetzung für eine schnelle Übermittlung von Befehlen und Nachrichten.

Versorgungsplanung

Die Versorgungstätigkeit beginnt mit dem Einsatz der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes. Nach der Alarmierung wird der Versorgungsdienst im Einsatzraum zusammengezogen.

Im Unterschied zu anderen Fachdiensten handelt es sich bei dem Versorgungsdienst - wie auch im Falle des Fern-

meldedienstes - um einen Fachdienst, der nicht unmittelbar, sondern mittelbar zur Gefahrenabwehr beiträgt. Der Fachberater Versorgungsdienst (FaBe VersDi) ist Ansprechpartner aller Einheiten und Einrichtungen des KatS für materielle Probleme, die in seinem Aufgabenbereich bewältigt werden können. Der FaBe VersDi ist gezwungen, seine Versorgungsplanung angesichts plötzlicher Veränderungen in der Lage fortlaufend anzupassen.

Aufgrund wechselseitiger Abhängigkeiten im Versorgungsbereich und der damit verbundenen langfristigen und nachhaltigen Wirkung von Versorgungsmaßnahmen muß diese Planung weit vorausschauend und flexibel gehalten werden. Einmal durch den S 4 bzw. durch den FaBe VersDi getroffene Maßnahmen sind verhältnismäßig schwer korrigierbar, da zudem nur ein begrenztes Leistungsvermögen der Trupps und geringe Vorräte vorhanden sind. Im Rahmen der ihm zugewiesenen Versorgungsaufgaben arbeitet der FaBe VersDi mit allen übrigen FaBe und Sachgebieten zusammen. In diesem Rahmen unterstützt bzw. ermöglicht er materiell die taktischen Entschlüsse der Sachgebietsleiter.

Hamburg



Heinz Köllisch Ehrenmitglied

Hamburg. Ehrenämter hatte der ehemalige Direktor viele inne, bis ihn 1991 eine Erkrankung zwang, kürzer zu treten. Noch im Alter von 75 Jahren hat er neben vielen anderen Aufgaben die THW Landeshelfervereinigung Hamburg als Vorsitzender des Vorstandes betreut und geleitet und sich auch für das Präsidium der Bundeshelfervereinigung zur Verfügung gestellt.

Heinz Köllisch hat, wann immer er konnte, das Technische Hilfswerk und die THW-Helfervereinigung unterstützt und damit nicht zuletzt auch den THW-Helferinnen und Helfern immer wieder geholfen.

Er gehörte zu den Männern der ersten Stunde, als es um die Übernahme von Pflichten in der Helfervereinigung ging; dem THW war er schon viele Jahre vorher freundschaftlich verbunden.

Heinz Köllisch hat sich um das Technische Hilfswerk, die THW-Helfervereinigung und die THW-Helferinnen und -Helfer in besonderem Maße verdient gemacht.

In Würdigung dieses außer



Heinz Köllisch (2. v. l.) nimmt die Glückwünsche zur Ehrenmitgliedschaft entgegen. (Foto: Wolschins)

gewöhnlichen Engagements hat die THW-Landeshelfervereinigung Heinz Köllisch zum Ehrenmitglied ernannt.

A. K.

Hohe Auszeichnung für Helfer

Hamburg. Eine besondere Ehrung fand kürzlich im Rathaus der Hansestadt statt. Wie in jedem Jahr ehrte Oberbürgermeister Henning Voscherau besonders verdiente ehrenamtliche Mitarbeiter aller Organisationen und Vereine in einer Feierstunde.

In diesem Jahr nahm das Technische Hilfswerk eine ganz besondere Rolle ein. Sechs der insgesamt 50 zu ehrenden Helfer stammten aus den Reihen des THW. Geehrt wurden: Helmut Arndt, Horst Ehms, Dietrich Klock, Peter Klock, Uwe Küttner (alle BV Altona) und Günter Struckhof (BV Wandsbek).

Voscherau hob besonders die wichtige Funktion der Ehrenamtlichkeit in einer gefühlsamen und unpersönlichen Zeit hervor. Mehrfach erwähnte der Oberbürgermeister in seiner Laudatio die besonderen Leistungen des THW in Hamburg. Auch nach der eigentlichen Verleihung ließ



Hamburgs Oberbürgermeister Henning Voscherau (Mitte) umrahmt von geehrten THW-Helfern. (Foto: Heuer)

Henning Voscherau es sich nicht nehmen, mit den Helfern aus Altona und Wandsbek ein Glas Sekt zu trinken. Im locke-

ren Gespräch informierte sich der Oberbürgermeister über die Aktivitäten der Helfer.

F. H.



Landesbeauftragter Günther Trautvetter (2. v. r.) und die Sponsoren überreichen den Scheck an Wittta Pohl. (Foto: Krüger)

4000 Mark an Wittta Pohl

Hamburg. Die bekannte Schauspielerin Wittta Pohl erhielt aus den Händen des Landesbeauftragten Günther Trautvetter einen Scheck in Höhe von 4000 Mark. Frau Pohl hat die „Kinderluftbrücke St. Petersburg“ ins Leben gerufen, um bedürftigen Kindern in Hamburgs Partnerstadt zu helfen.

Der Spendenbetrag kam bei einer Benefizveranstaltung der THW-Helfervereinigung zustande. Zwei namhafte Hamburger Brauereien haben diese Veranstaltung ebenfalls kräftig

unterstützt. Wittta Pohl dankte den THW-Helfern ausdrücklich für ihr soziales Engagement.

A. K.

Hunde und Technik

Hamburg. Zum ersten Mal übten die Helfer der Ortungsgruppe des Technischen Hilfswerks Hamburg-Altona und die Rettungshundestaffel des Deutschen Roten Kreuzes Hamburg zusammen vor großem Publikum. Ort des Geschehens war das Übungsgelände der Landesfeuerwehrschule Hamburg.

Es galt, 15 Verletztendarsteller des DRK zu finden, die durch eine angenommene Gasexplosion verschüttet wurden. Dazu traten die Ortungsgruppe des Bezirksverbandes Altona und ein Bergungszug aus Altona zusammen mit der Rettungshundestaffel des DRK Hamburg an.

Wichtiger Hintergrund war das Zusammenwirken der Hunde mit der hochsensiblen Technik der Suchgeräte des THW mit ihren Bedienern. Die spektakuläre Übung wurde von der Alarmierung über Funk bis zur Bergung der Verletzten von drei Fernsichtteams und einer großen Zahl von



Hochsensible Suchgeräte werden bei der Übung in Hamburg eingesetzt.
(Foto: Heuer)

Foto und Printreportern ver-
folgt.

Alle Beteiligten zeigten sich

anschließend mit dem Ergeb-
nis der Übung zufrieden.

F. H.

THW-Ehrenkreuz in Gold für Rüdiger Engel

Hamburg. Das THW-Eh-
renkreuz in Gold wurde im

THW-Bezirksverband Ham-
burg-Altona verliehen. Mit
Rüdiger Engel erhielt es einer
der Helfer, die es wirklich ver-
dient haben. Der gelernte
Kaufmann ist seit 34 Jahren
beim THW aktiv.



Günther Trautvetter (l.) steckt Rüdiger Engel das THW-Ehrenkreuz in
Gold an.
(Foto: Heuer)

Warndienst



BZS-Präsident Dusch zeichnet verdiente Helfer aus

Im Rahmen der Jahresab-
schlußausbildung der Helfer
des Warnamtes IX wurden die
Mitarbeiter in besonderer
Funktion, Ernst Fritsch, Wer-
ner Herzog und Gernot Strauß,
für ihre 25jährige Mitarbeit im
Warndienst geehrt. Präsident
Dusch verlieh ihnen für ihre
beispielhafte Einsatzbereit-
schaft die Ehrennadel mit
Goldrand und eine Ehrenur-
kunde. Die Ehrennadel in Gold
samt Ehrenurkunde erhielten
Peter Hamberger, Rudolf Hof-
mockel sowie German Haas
für ihre 20jährige Mitarbeit im
Warndienst. Für seine 10jähri-
ge Mitarbeit erhielt Volker



BZS-Präsident Hans-Georg Dusch (r.) mit den „25jährigen“: Werner
Herzog, Ernst Fritsch und Gernot Strauß (v. l. n. r.).

(Foto: Würkner)

Frank die Ehrennadel in Silber
und eine Urkunde.

In seiner Ansprache würdig-
te Dusch den langjährigen

selbstlosen Einsatz der Jubila-
re für ihren humanitären Auf-
trag. Gleichzeitig äußerte er
sein Bedauern über die noch

immer ungeklärte Zukunft des
Warndienstes und daß er selbst
keine gesicherten Informa-
tionen zur Sache geben könne.

Helfervertreter Robert Bö-
gelein dankte Dusch für seine
offenen Worte und verurteilte
die Art und Weise, wie derzeit
mit dem Warndienst und des-
sen Personal umgegangen
wird. Er bemängelte insbeson-
dere, daß ohne Vorliegen eines
vernünftigen Konzeptes be-
reits heute Mittelkürzungen,
Abbau von Warndiensttechnik
und Personalreduzierungen
vorgenommen würden. W. W.



„boot '93“: DRK-Wasserwacht mit tollen Aktionen dabei

Es war viel los auf dem mehr als 80 Quadratmeter großen Stand, den die DRK-Wasserwacht auf der 24. Internationalen Bootsausstellung vom 23. bis 31. Januar 1993 aufgebaut hatte. Wirklichkeitsnah gestellte Unfallsituationen mit realistisch geschminkten Unfallopfern fanden interessierte Zuschauer. Die überwiegend

jüngeren Besucher der „boot“ ließen sich bereitwillig auffordern, mitzumachen. Sie waren dabei, wenn Erste Hilfe geleistet werden sollte, sie ließen sich am Computer in Erste-Hilfe-Fragen testen, sie drehten am Glücksrad und beantworteten knifflige Fragen. Natürlich gab es dabei auch Preise zu gewinnen.

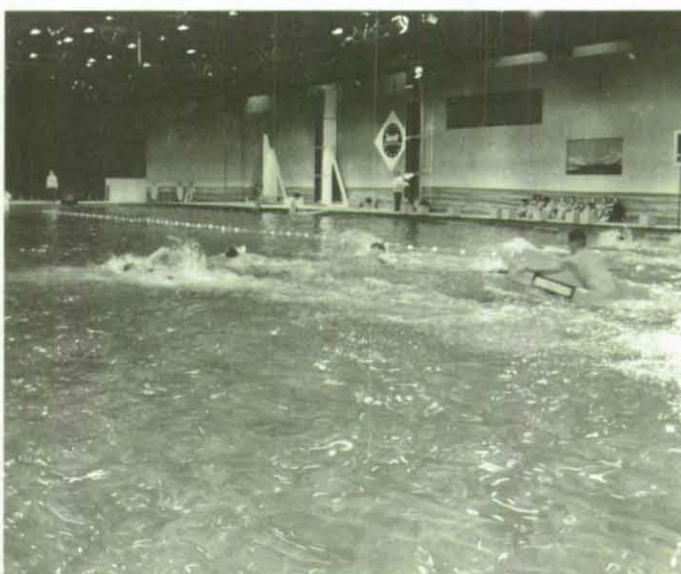
Ergänzt wurden die Aktivitäten durch ein Fahrradergometer mit Pulsfrequenzmessung, einen Ökotrainer, mit dem man durch eine simulierte Landschaft fahren konnte und einen Sportcomputer, der individuelle Empfehlungen für einen Ergänzungssport ausdrückte.

Der Stand in der Aktions-

halle 12 hatte eine hervorragende Lage; er war von allen Seiten gut zu sehen, fiel schon von weitem durch das große Wasserwachtsegel und den Würfel mit den Wasserwacht-Emblemen auf. Der von drei Seiten offene Stand nahm den Besuchern ihre Schwellenangst. Ein übriges zum Erfolg trug das erfahrene Standteam



Das Wasserwachtsegel und der Würfel mit den Emblemen sind ein weithin sichtbarer Blickfang.



Spannende Wettkämpfe im Regattabecken: Mit drei Schwimmern als „Zugpferde“ muß die schnellste Zeit erreicht werden.



Am Computer gilt es, knifflige Erste-Hilfe-Fragen zu lösen.



Die körperliche Fitneß läßt sich per Fahrradergometer ermitteln.



Vier Ruderer gegen fünf Schwimmer: In einer Art Tauziehen waren die Schwimmer schließlich erfolgreich.

(Fotos: Zimmermann)

bei, das auch auf die Besucher zuging und sie ansprach.

Im Regattabecken demonstrieren Rettungsschwimmer und Taucher der Wasserwacht, gemeinsam mit der DLRG, dem Kanuverband und der Arbeitsgemeinschaft der Ruderer ihr Können. Vom Tribünenpublikum heftig angefeuert, wurden die spielerischen Wettkämpfe, in denen jeweils zwei Mannschaften gegeneinander antraten.

Mit einem „Badeunfall“, bei dem drei Paddler gerettet wurden, deren Schlauchboot Luft verlor und sank, wurde der Ernstfall simuliert. Zum ersten Mal im Regattabecken dabei waren die DRK-WW-Taucher.

Die „boot '93“ war mit 1450 Ausstellern aus 35 Ländern auf 175 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche und mit 396 000 Besuchern auch in diesem Jahr wieder die größte Bootsausstellung der Welt.

Kaum zu Ende, beginnen bei der DRK-Wasserwacht die Überlegungen zur „boot '94“. Dann besteht die „boot“ 25 Jahre.

Alles unter neuem Dach

Die Gerichtsstraße 1 ist eine wichtige Adresse im brandenburgischen Zossen. Dort, wo der DRK-Kreisverband seinen Sitz hat, befindet sich auch die Leitstelle von Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz.

Der Kreisverband hatte in den vergangenen beiden Jahren alles daran gesetzt, der aus DDR-Zeiten übernommenen alleinigen Verantwortung im Rettungswesen sowie im Krankentransport auch weiterhin gerecht zu werden. So wurde bereits 1990 mit Hilfe des Partnerkreisverbandes im westfälischen Paderborn der Wagenbestand ergänzt. 1991 zog dort noch mehr neue Technik ein, darunter Fahrzeuge für den Krankentransport und ein Kleinbus für den Behinderten-transport.

Um dem erhöhten Verkehrsaufkommen im rund 75 000 Einwohner zählenden Kreisgebiet, durch das der Berliner

Autobahnring führt, gerecht zu werden, war zugleich die Einrichtung einer zweiten Rettungswache neben Ludwigsfelde und der Leitstelle in Zossen notwendig geworden. Sie wird gegenwärtig in Mahlow aufgebaut. Auch der ambulante Flugdienst auf dem ehemaligen NVA-Flugplatz bei Trebbin wird durch die Leitstelle in

Zossen koordiniert. Neben dem Vorteil, immer schnell und gut ausgerüstet vor Ort zu sein, haben die Rotkreuzmitarbeiter inzwischen auch bessere Voraussetzungen, was die qualifizierte Hilfe betrifft: 28 der insgesamt 33 hauptamtlichen Mitarbeiter schlossen bereits die Ausbildung zum Rettungssanitäter ab.



Die Zossener DRK-Helfer verfügen über einen umfangreichen Fahrzeugpark.

Marburger Tagung „Notfalltourismus“:

Brüche in der Rettungskette?

Lösungsmöglichkeiten aus Sicht des ASB

„Notfalltourismus“ nannte sich eine Tagung, die zu diesem heftig diskutierten Problem in der Rettungskette im Universitätsklinikum Marburg durchgeführt wurde. Fachleute aus dem Rettungsdienst und der Notfallmedizin trafen sich unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Peter Sefrin und Prof. Dr. Leo Gotzen zum ersten bundesweiten Erfahrungsaustausch zu diesem Thema. Der folgende Beitrag faßt das anlässlich dieser Fachtagung von ASB-Vertreter Wolfram Geier gehaltene Referat zusammen:

Analysieren wir die Einsatzberichte primärer und sekundärer Rettungseinsätze des bodengebundenen sowie des Luftrettungsdienstes, so stellen wir fest, daß Notfallpatienten im wesentlichen aus drei verschiedenen Gründen zu „Notfalltouristen“ werden:

1. „Notfalltouristen erster Kategorie“, die zwar in einem Akutkrankenhaus erstversorgt werden, aber aufgrund notwendiger zusätzlicher Diagnoseverfahren (Computertomographie o.a.) oder aber mangelnder Intensivbetten- und Pflegekapazitäten transportiert oder verlegt werden müssen.

2. „Notfalltouristen zweiter Kategorie“, die im Primärrettungsmittel überhaupt erst nach einem aufnahmebereiten Krankenhausbett fahnden lassen müssen, so z. B. häufig Herz-Kreislauf-Patienten, die nicht selten ohne Durchlaufen der Notaufnahmen direkt aus



Zwei bodengebundene Intensivverlegungseinheiten des ASB-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. (Foto: ASB-LV)



Die Intensivmobile des ASB-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen bieten die Möglichkeit, ein mehrköpfiges medizinisches Team aufzunehmen, da in jedem Fahrzeug bis zu zehn Plätze verfügbar sind. (Foto: ASB-LV NRW)

dem NAW bzw. RTH in die Intensivstation gebracht werden.

3. „Notfalltouristen dritter Kategorie“, die nach adäquater Erstversorgung in einem Haus der Maximalversorgung aufgrund ihres aktuellen Krankheitsbildes und zu erwartenden Verlaufes in ein Haus mit

niedrigerer Versorgungsstufe verlegt werden können. Diese Art des sogenannten „Notfalltourismus“ ist akzeptabel, da so die Häuser der Maximalversorgung entlastet werden können.

Bei den ersten beiden problematischeren Gruppen führt

in erster Linie die mangelhafte Kommunikation und Information zwischen Rettungsmittel, Rettungsleitstelle und Krankenhaus zu Fehlkoordinationen und Fehldispositionen.

Probleme für die Leistungserbringer in der Primärrettung ergeben sich zum einen durch die oft lange Abwesenheit von Primärrettungsmitteln aus dem jeweilig zu versorgenden Rettungsdienstbereich, um intensivpflichtige Notfallpatienten in ein geeignetes Krankenhaus zu bringen. Dieses Problem stellt sich vor allem in ländlichen Gebieten mit fehlenden bzw. zu geringen Maximalversorgungskapazitäten. Hier müssen dann benachbarte Rettungsmittel die vorübergehende Lücke ausfüllen, was in aller Regel zu Lasten der Hilfsfristen bei weiteren Notfällen führt.

Probleme ergeben sich auch bei der Motivation des Rettungsdienstpersonals. Während gerade die Qualität und Effizienz der präklinischen Notfallmedizin in den vergangenen Jahren trotz vielfältiger Schwierigkeiten gesteigert wurde und am Einsatzort doch vielfach Höchstleistungen von Notärzten und Rettungsassistenten abverlangt werden, erleben RTW- und NAW-Besatzungen häufig, daß ihr präklinisch optimal versorgter Patient aufgrund fehlender Bettenkapazitäten, mangelhafter Koordination und falscher Dispositionen in der Klinik nicht so schnell und gut wie möglich weiterversorgt werden kann.



Blick in eine der fliegenden Intensivstationen (ITH) des ASB.
(Foto: ASB-LV Bayern)

Es kann auf Dauer nicht an-gehen, daß beispielsweise das Krankenhauspersonal einem Rettungsassistenten mit Disziplinarmaßnahmen droht, weil er – die Indikation und die Nichterreichbarkeit des Notarztes vorausgesetzt – einen Notfallpatienten intubiert hat, daß aber Notfallpatienten wegen des Personalmangels im selben Haus über eine Viertelstunde auf das diensthabende Aufnahmepersonal warten müssen. Solche Erlebnisse frustrieren, stellen die eigene geleistete Arbeit am Notfallort und im Rettungsmittel in Frage und demotivieren das Rettungspersonal.

Die zunehmende Zahl der Intensivverlegungen, Diagnosefahrten und Sekundärtransporte hat die Hilfsorganisationen in den vergangenen Jahren dazu gebracht, das traditionelle Leistungsangebot in der Primärrettung und im Krankentransport zu erweitern: Bodengebundene Intensivverlegungseinheiten, Sekundär- bzw. Intensivtransporthubschrauber und der damit verbundene Aufbau organisierter Ambulanzflugdienste, die die Primärrettungsmittel des bodengebundenen und des Luftrettungsdienstes entlasten.

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat in den vergangenen Jahren mit seinen inzwischen zwei Intensivmobilen sowie mit seinen mittlerweile vier Intensivtransporthubschrauberstationen in Nürnberg, München, Erfurt und Leipzig Akzente bezüglich des sekundären intensivmedizinischen Transportes von Patienten gesetzt. Weitere Stationen sind geplant, spezielle Verlegungs-NAW (wie in Hamburg) ergänzen das Programm.

Mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) vom Typ Bell 412 HP konnten neue Wege im Sekundärtransport von Notfallpatienten hinsichtlich der medizinisch-technischen Ausstattung, hinsichtlich der fachlichen Betreuung und hinsichtlich der Einsatz-taktik dieser Sekundärrettungsmittel beschritten werden.

Die großen Hilfsorganisationen wie der ASB bieten darüber hinaus meist in gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften weitere Spezialdienste auf diesem Sektor an, wobei damit allerdings nur den Auswirkungen des Problems „Notfalltourismus“ entgegengewirkt wer-

den kann, nicht aber dem Kern des Problems selbst.

Welche Möglichkeiten gibt es jedoch, das Problem des „Notfalltourismus“ zu lösen?

Sicher muß ein sehr wertvoller Beitrag hierzu die deutliche Anhebung der Stellen im Pflege- bzw. Intensivpflegebereich der Krankenhäuser und Kliniken sein. Die Notaufnahmen und Intensivstationen sind adäquat zu besetzen, so daß Patientenübergaben des Rettungsdienstes an das Krankenhaus schnell und effizient geschehen können und der Patient eine optimale klinische Anschlußversorgung ohne Zeitverzögerung erhält.

Akutkrankenhäuser sollten grundsätzlich über gemeinsame interdisziplinäre Notfallaufnahmen mit entsprechender personeller und medizinisch-technischer Ausstattung verfügen. Krankenhäuser der Maximalversorgung sollten in ihrem interdisziplinären Notfallbereich darüber hinaus über alle notwendigen diagnostischen Einrichtungen (Notfallröntgen, CT, Not-OP usw.) verfügen bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft haben, um auch hier Sekundär- bzw. Diagnose-transporte weitgehend zu vermeiden.

Die wichtigste Aufgabe liegt allerdings im Aufbau optimaler Kommunikations-, In-

formations- und Lenkungsstrukturen, die maßgeblich dazu beitragen können, daß Zusatz- oder Fehltransporte spürbar reduziert werden. Hier sind vor allem die Rettungsleitstellen gemeint, die ihre Funktion als Einsatzleitzentrale der Primärrettung, des qualifizierten Krankentransportes und damit auch der Sekundärrettung und des Sekundärtransportes verstärker als bisher wahrnehmen müssen.

Bettennachweise müssen wirklich aktuell geführt werden, wenn sie nutzen sollen, Krankenhäuser müssen auch wirklich den jeweiligen IST-Stand an die RLS melden. Hier haben Gesetzgeber und Krankenhausräte noch vielfach Pionierarbeit zu leisten, um diese wirklich gravierende Lücke zu schließen. Zusätzlich sollte ein flächendeckendes und ökonomisch sinnvolles Netz von ITH-Stationen in Deutschland aufgebaut werden, das

a) die Primärrettungsmittel von Sekundäreinsätzen entlastet und

b) einen zuverlässigen, schonenden und qualitativ hochstehenden Intensivtransport bei notwendigen Sekundäreinsätzen gewährleisten soll. Dieses Netz ist nach Auffassung des ASB durch die für den Rettungsdienst zuständigen Landesgesetzgebungen der einzelnen Bundesländer adäquat zu regeln.



Intensivtransporthubschrauber (ITH) des ASB sind bislang in München, Nürnberg, Erfurt und Leipzig stationiert – weitere Stationen sind geplant.
(Foto: ASB-LV Bayern)

Positive Resonanz gefunden

Gemeinsames Sonderseminar der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser-Hilfsdienstes

Mit freundlicher Unterstützung der Schulleitung der Brand- und Katastrophenschutzschule des Landes Sachsen-Anhalt in Heyrothsberge, Dr. Ladewig und Dr. Müller, nahmen unter Leitung des JUH-Bundesbeauftragten für Bevölkerungsschutz, Dipl.-Ing. Dr. Horst Schöttler, zahlreiche Vertreter beider Hilfsorganisationen sowie verschiedene Repräsentanten von Bezirksregierungen und Kreisverwaltungen der neuen Bundesländer an einem Sonderseminar „Katastrophenschutz für die Neuen Bundesländer“ teil. Die Organisation lag in den Händen des zuständigen KatS-Referenten, Holger Gringmuth, mit maßgeblicher Unterstützung der JUH-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt.

Die Bedeutung des Seminars wurde durch Vorträge des Stellvertretenden Generalsekretärs des MHD, Heinz Himmels, und des Bundesgeschäftsführers der JUH, Andreas von Block-Schlesier, unterstrichen. Neben der vom zuständigen Abteilungsleiter im MHD, Ass. jur. Benedikt Liefländer, erläuterten Rechtsgrundlage des Katastrophenschutzes wurde durch verschiedene Referenten aus dem Bereich Öffentlichkeit und Hilfsorganisationen eine große Bandbreite von fachbezogenen Vorträgen, ausgehend vom humanitären Völkerrecht über die Haushalts- und Mittelverwaltung bis zu neuen Perspektiven des Bevölkerungsschutzes, angeboten. Darüber hinaus wurde besonders auch auf den persönlichen Austausch von Erfahrungen und Meinungen der Teilnehmer untereinander großer Wert gelegt. So war die durchweg

positive Resonanz der Teilnehmer nicht verwunderlich. Der Bitte des Teilnehmerkreises folgend, ist für Herbst 1993 ein weiteres Seminar geplant.

Suppenküche und Apotheke in Riga

Im Rahmen der größten deutschen Hilfsaktionen für die Republik Lettland und Estland haben die Hamburger Johanniter in Riga nahe der Daugava-Sporthalle eine Suppenküche für die Ärmsten der Armen eingerichtet. Die Suppenküche wird durch die im Aufbau befindliche lettische Johanniterorganisation „Sv.

Jana Palidziba“ betrieben. Von montags bis freitags werden durch vier Mitarbeiterinnen täglich ca. 600 Portionen Suppe nach lettischen Rezepten in einer guten Qualität hergestellt und verteilt. Die Kapazität der Küche soll noch erweitert werden.

Am Eröffnungstag warteten die ersten Bedürftigen bereits gegen 9 Uhr bei Regen und Kälte auf ihren Teller warme Suppe. Als um 13 Uhr die Ausgabe der Suppe begann, war die Schlange der Wartenden so lang geworden, daß das Essen leider nicht für alle reichen konnte. Schwer fiel es, diejenigen, für die die Suppe nicht mehr reichte, wieder nach Hause schicken zu müssen. Die gleichen Szenen wieder-

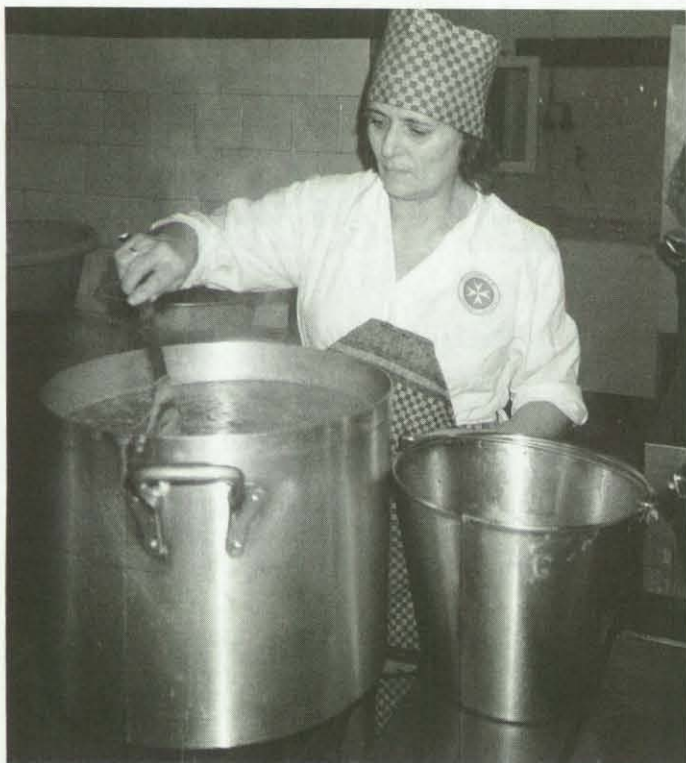
holen sich seitdem von Tag zu Tag. Nirgends wird deutlicher, daß es nur knapp mehr als 1000 Kilometer Luftlinie von uns entfernt Hunger gibt.

Die Kosten für die Herstellung der Suppe betragen pro Tag und Portion ca. 0,30 DM. Alle Lebensmittel werden täglich frisch in den Rigaer Markthallen eingekauft. Die Räumlichkeiten für die Küche wurden von der Rigaer Stadtverwaltung kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Im Herbst des vergangenen Jahres haben die Hamburger Johanniter darüber hinaus eine neue Apotheke für Pensionäre und Invaliden im Museum der Geschichte der Medizin im Stadtzentrum von Riga eingerichtet. Hier wurden gegen Re-



Teilnehmer und Referenten des Seminars vor dem Hörsaal der Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge. (Foto: Beck)



Die Räumlichkeiten für die Küche stellt die Rigaer Stadtverwaltung zur Verfügung.



Von montags bis freitags wird an die Ärmsten der Armen Suppe verteilt.

zept und eine geringe Schutzgebühr innerhalb weniger Wochen rund 25 000 westliche Medikamente an Kranke ausgegeben.

Hilfe für das ehemalige Jugoslawien

Das Auswärtige Amt bewilligte den Antrag der JUH auf Fördermittel in Höhe von 600 000 DM zur Lieferung dringend benötigter Hilfsgüter in das ehemalige Jugoslawien. Dafür wurden Lebensmittel und Winterbekleidung (insgesamt 165 t) in das Krisengebiet gebracht. Das Büro für Humanitäre Hilfe in Zagreb sorgt wiederum für die schnelle Weiterleitung der Hilfsgüter an Bedürftige. Mit dem jetzigen Arbeitsstand erhielt die JUH seit Februar 1992 über das Auswärtige Amt für Soforthilfemaßnahmen fünf Zuwendungen für die Opfer des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien. Mit Fördermitteln des Auswärtigen Amtes in Höhe von rund 1,7 Mio. DM konnten seit Februar 1992 insgesamt 758 t Hilfsgüter in das Krisengebiet geliefert werden.

JUH evakuiert alte und behinderte Menschen aus Slavonski Brod

In einer bisher einmaligen Aktion hat die Johanniter-Unfall-Hilfe behinderte und alte Menschen der umkämpften Stadt Slavonski Brod (Bosnien) per Flugzeug nach Deutschland evakuiert. Die 42 Bürgerkriegsflüchtlinge wurden durch ein Team der Johanniter-Auslandseinsatzzentrale in Köln mit einer Iljuschin-18 aus Zagreb abgeholt und nach Berlin-Schönefeld gebracht. Von dort ging es mit 12 Krankentransportwagen, Behindertenfahrzeugen und Bussen des Landesverbandes Berlin/Brandenburg der Johanniter in das Altenheim Sewekow bei Wittstock und das Pflegeheim Lobethal (Brandenburg).

„Da einige Personen liegend transportiert werden mußten und mehrere behindertengerechte Sitzmöglichkeiten notwendig waren, mußten in der Propellermaschine umfangreiche Umbaumaßnahmen vorgenommen werden“, erläuterte Teamleiter Günther Lohre

die Vorbereitungen. Insgesamt wurden die Bürgerkriegsflüchtlinge während des Fluges von einer neunköpfigen Mannschaft betreut. Neben einem Dolmetscher bestand die Mannschaft aus einem Arzt, vier Krankenschwestern, einem Rettungssanitäter und dem technischen Personal.

Besonderen Dank sagte der Bundesgeschäftsführer der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Andreas von Block-Schlesier, bei der Begrüßung der Bürgerkriegsflüchtlinge in Schönefeld der brandenburgischen

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Dr. Regine Hildebrandt, die durch ihr Engagement die Aktion erst ermöglicht habe.

Die Ministerin dankte an erster Stelle der Johanniter-Unfall-Hilfe, die bei der Durchführung der Hilfsaktion und bei der Vorbereitung hohen Einsatz und professionelles Management gezeigt habe. Dies gelte sowohl für den Auslandsdienst als auch für den Landesverband Berlin/Brandenburg.



Ministerin Regine Hildebrandt (links) hilft tatkräftig mit.

40 Jahre Einsatz für die Hilfsbedürftigen

Bundeskanzler würdigt Arbeit des Malteser-Hilfsdienstes

Graublau war die beherrschende Farbe im festlichen Saal der Bonner Redoute – das Graublau der Malteser-Uniformen. Der Malteser-Hilfsdienst feierte sein 40jähriges Bestehen, und zum Festakt hatten sich rund 150 Gäste in dem ehemaligen kurfürstlichen Sommerschlößchen eingefunden: Politiker, Mitglieder von Verbänden und Hilfsorganisationen, Kirchenvertreter – unter ihnen der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Lajos Kada – und natürlich zahlreiche Malteser.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte den Maltesern ein Grußwort geschickt. Darin dankt er den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern „für ihren selbstlosen Einsatz im Dienst am Nächsten“. Und der Bundeskanzler erinnert an einen der zahlreichen Auslands-

einsätze der Malteser, der ihm „unvergessen“ geblieben sei. Als sich im Sommer 1989 Tausende DDR-Bürger in die Deutsche Botschaft in Budapest geflüchtet hätten, seien die Malteser schnell zu Hilfe geeilt. „Modern, effizient und flexibel“, so charakterisierte der Bundeskanzler die Sanitäts- und Katastrophenschutzorganisation, die rund 600 000 Mitglieder zählt, darunter 30 000 ehrenamtliche Helfer.

Diese Zahlen seien das Ergebnis einer „stürmischen Entwicklung“ des Malteser-Hilfsdienstes, resümierte der Präsident der Deutschen Assoziation des Malteserordens, Johannes Prinz zu Löwenstein, in seiner Festrede. Im Gründungsjahr seien gerade 1800 freiwillige Helfer im Einsatz gewesen. An dem Aufblühen der Organisation hätten die

führenden Persönlichkeiten maßgeblichen Anteil gehabt, allen voran der langjährige Präsident Dieter Graf von Landsberg-Velen. Nicht zu-

letzt durch dessen Wirken habe sich der Malteser-Hilfsdienst zu einer „leistungsfähigen, anerkannten und kompetenten Hilfsorganisation“ entwickelt.



Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein (links), dankt Dieter Graf Landsberg-Velen, dem inzwischen ausgeschiedenen langjährigen Präsidenten des Malteser-Hilfsdienstes, für die gute Zusammenarbeit.



Viele Malteser, aber auch zahlreiche Gäste aus Politik und Gesellschaft ließen sich den Empfang zum 40jährigen Bestehen des Malteser-Hilfsdienstes in der Bonner Redoute nicht entgehen.

ergänzte der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein. In Zukunft müßten die Hilfsorganisationen allerdings noch enger zusammenarbeiten, forderte der DRK-Präsident. Es seien „Tendenzen zu beobachten, die man als Absage an das Subsidiaritätsprinzip deuten“ könnte. In Zeiten, wo es „unübersehbare Bestrebungen zu mehr Professionalisierung und Verstaatlichung“ gebe, könne das ehrenamtliche Engagement nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Es besteht sonst die Gefahr, daß die Helfer demotiviert werden, wenn der Eindruck entsteht, nur der Staat könne effektive humanitäre Hilfe leisten“, meinte Sayn-Wittgenstein.

Johannes Prinz zu Löwenstein rief den Gästen in Erinnerung, daß die Initiative zur Gründung eigentlich vom damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer ausgegangen sei. Dieser habe die Verantwortlichen des Malteserordens Anfang der 50er Jahre gebeten, die Erste-Hilfe-Ausbildung in den katholischen Diözesen mitzutragen. Damit begannen die Malteser 1953. Zwei Jahre später dann gründeten der deutsche Zweig des Malteserordens und der Deutsche Caritasverband offiziell den Malteser-Hilfsdienst, der sich heute nicht nur im Ausland, sondern auch mit zahlreichen sozialen Hilfsangeboten in Deutschland engagiert.

Matthias Pesch

Hilfe für Bosnien und Kroatien

Knapp 15 000 Tonnen Hilfsgüter im Gesamtwert von 140 Millionen Mark haben die Malteser seit September 1991 an die notleidende Bevölkerung im ehemaligen Jugoslawien verteilt. Dies teilte das Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes jetzt in Köln mit. Rund 1050 Orte in Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina seien von den Maltesern in den vergangenen 15 Monaten in erster Linie mit Lebensmitteln, Medikamenten, medizinischem Gerät, Kleidung und Hygieneartikeln versorgt worden.

Unterstützt werden die deutschen Malteser von ihren

österreichischen und italienischen Schwesterverbänden sowie der amerikanischen Hilfsorganisation AmeriCares. Außerdem kooperieren sie eng mit dem Verbindungsbüro für Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes in Zagreb.

Der Malteser-Hilfsdienst betreibt in Zagreb einen Flüchtlingskindergarten und drei Sozialküchen, in denen täglich 3500 Flüchtlinge versorgt werden. Darüber hinaus übernimmt er im Auftrag der Caritas die sozialmedizinische bzw. soziale Betreuung der beiden Flüchtlingsdörfer Cepin und Rokovci, die derzeit vom Auswärtigen Amt in Slowenien eingerichtet werden und insgesamt 6000 Flüchtlinge aufnehmen sollen.

40

JAHRE



**Malteser
Hilfsdienst**

Hilfe, die ankommt.

1952: Konrad Adenauer schlägt dem Malteserorden vor, in Deutschland eine katholische Sanitätsorganisation zu gründen. Am 18. 12. 1952 bewilligt das Bundesinnenministerium 36 000 Mark für Erste-Hilfe-Kurse.

1953: In Münster beginnt die Erste-Hilfe-Ausbildung.

1954: Erste-Hilfe-Kurse auch in Paderborn und Münster. Auftrag der Bundesregierung, im Katastrophenschutz mitzuwirken. Erster Sanitätseinsatz beim DJK-Sportfest in Münster.

20. 10. 1955: Der „Malteser-Hilfsdienst e. V.“ wird von den beiden deutschen Assoziationen des Malteserordens und dem Deutschen Caritasverband gegründet.

13. 7. 1956: Erste Krankenwagen. Erster Großeinsatz beim Katholikentag in Köln. In der Ungarnkrise betreuen 45 Mal-

tteserhelfer Flüchtlinge an der österreichisch-ungarischen Grenze.

1958: Einer der ersten Notarzt-Wagen in Deutschland.

1959: Der Behindertenfahrdienst startet in München.

1960: Beginn der Ausbildung von Schwesternhelferinnen. Sanitätsdienst auf dem Eucharistischen Weltkongreß in München.

1966: Erste Kurse „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ für Führerscheinbewerber.

1966–1975: Einsatz der Malteser in Vietnam; Errichtung von Ambulanzen in Flüchtlingslagern sowie mehrerer Hospitäler; zwei Helferinnen und ein Helfer verlieren ihr Leben.

Ab 1970: Neben dem Rettungsdienst gewinnen soziale Dienste wie der Mahlzeitendienst, die Kranken- und Behindertenbetreuung oder der Hausnotrufdienst an Bedeutung.

1971: Kriegsofferhilfe in Indien.

1974–1976: Hungerhilfe in Äthiopien.

1976/1980: Erdbebenhilfe in Italien.

1979: Beginn des Aufbaus der Malteserjugend.

1980–1983 und **ab 1992:** Flüchtlings- und Hungerhilfe in Somalia.

Seit 1981: Hilfe für Polen.

Seit 1986: Not- und Entwicklungshilfe in Brasilien und Vietnam. Leprastation in Thailand.

1989: Das Maltesertelefon (0221/341011) startet seinen bundesweiten Informationsdienst für soziale Hilfen.

1989: Betreuung von DDR-Flüchtlingsen in Budapest.

Seit 1989: Erste Katastrophen-, dann Aufbauhilfe in Rumänien.

1990: Beginn der Malteserhospizarbeit.

Seit 1990: Hilfen in der ehemaligen Sowjetunion (Sozialküchen, Hilfsgütertransporte, Aufbauhilfen in Rußland, Ukraine, Litauen, Lettland, Weißrußland, Region Tschernobyl).

Seit 1990: Betreuung von Aussiedlern und Asylsuchenden.

1991: Kurdenhilfe im irakisch-türkischen Grenzgebiet.

Seit 1991: Verteilung von Hilfsgütern (Wert 100 Mio. Dollar) in der Balkanregion; Sozialküchen und Betreuung von Flüchtlingskindern in Kroatien.

Neue Wege der Feuerwehr-Medienarbeit

Die Zusammenarbeit des DFV mit SAT 1 bei der vierzehntägigen jeweils dienstags um 21.15 Uhr ausgestrahlten Fernsehserie „Retter“ ist Anfang Januar konkret geworden.

Nie zuvor hat es eine vergleichbare Kooperation gegeben. Die ersten drei Sendungen erreichten auf Anhieb ein Millionenpublikum. Die zeitgleich einsetzende öffentliche Kritik entzündete sich an der neuen Art des – aus dem Amerikanischen schon länger bekannten – „Reality-TV“. Insofern geriet auch „Retter“ und ganz besonders die Zusammenarbeit mit den Feuerwehren in diesen Strudel der „Rundum-Schelte“ trotz der nachweislich anderen Konzeption.

Interessanterweise beteiligten sich sogar Feuerwehren und deren Repräsentanten aktiv an dieser Kampagne, obwohl niemand auch nur den Versuch unternahm, sich über Hintergründe bzw. Inhalte der Vereinbarungen zwischen DFV und SAT 1 zu informieren, geschweige denn davon wußte. Noch bedrückender war die Beobachtung, daß viele der schärfsten Kritiker eingestehen mußten, speziell die „Retter“-Sendung noch nie selbst gesehen zu haben.

Der DFV sah sich deshalb veranlaßt, Mitte Februar seine Grundpositionen in einem breitgestreuten Rundschreiben zu verdeutlichen. Wörtlich heißt es darin:

„1. Die geäußerten Vorbehalte und Vorwürfe, bei diesen Fernsehberichten werde auf Sensationsgier und Voyeurismus bei den Zuschauern abgehoben, treffen auf „Retter“ nicht zu. SAT 1 berichtet über Feuerwehreinsätze, über die Arbeit der Feuerwehren, nicht

über das Brand-/Unfallgeschehen.

2. Brand-/Unfallbetroffene, die bei solchen Filmbeiträgen zu sehen sind, haben entweder gegenüber dem Sender ihre Zustimmung gegeben, oder sie werden unkenntlich gemacht. Ethische Grundsätze werden von SAT 1 in besonderer Weise beachtet, ebenso wie Persönlichkeitsrechte. Im übrigen ist „Retter“ konzeptionell so angelegt, daß die Betroffenen eine völlig untergeordnete Rolle spielen.

3. Die Serie ist entsprechend konzipiert, um

- a) das deutlich zurückgehende Gefahrenbewußtsein der Bürger zu schärfen,
- b) praktische Hinweise zu geben, um Gefahren vorzubeu-

gen und richtiges Verhalten bei Not-/Gefahrenlagen zu demonstrieren,

- c) spezielle Einsatzmöglichkeiten und Rettungsgeräte der Feuerwehr vorzustellen,
- d) die tägliche Arbeit der Feuerwehren vorzustellen und insbesondere diejenigen, die sie leisten.

Die Serie ist demzufolge keine Show, sondern eine Art Magazin.

4. Es besteht Einigkeit mit dem Sender, daß bei Reportagen („24 Stunden Schicht bei der Feuerwehr XY“) vom Einsatzgeschehen größtmögliche Vorsicht hinsichtlich der Grundsatzvereinbarung (vgl. Pkt. 2) gilt.

5. SAT 1 wird nach Vorgaben des DFV-Referates „Brandschutzerziehung/-auf-

klärung“ eine „Retter“-Brochure erstellen mit gezielten Brandschutz-/Sicherheitstips und diese in ihren Sendungen kostenlos als begleitendes Informationsmaterial anbieten. Ergänzend dazu sind Brandschutztips-Serien mit Chefredakteur und Moderator Christoph Scheule zur Veröffentlichung in Rundfunk/Fernsehprogrammzeitschriften in Vorbereitung.

6. Hinsichtlich der leihweisen Bereitstellung von Videokameras durch SAT 1 für die Feuerwehren (bislang 7 im Bundesgebiet) besteht die Vereinbarung, daß es keinen Anspruch des Senders auf Bildmaterial von Einsätzen gibt. Auch kann es nur so sein, daß im Zuge der Einsatzdokumentation produziertes Bildmaterial für eine mögliche Verwendung bei „Retter“ geprüft wird. Videoaufzeichnungen speziell für SAT 1 durch die Feuerwehren sind nicht Gegenstand der Vereinbarung. Ebenso ist nicht daran gedacht, Honorare für Bildmaterial an die Feuerwehren zu zahlen.

Wir wiederholen unsere Empfehlung an die Feuerwehren, mit SAT 1 bei der Erstellung von „Retter“ auf der Grundlage der getroffenen Vereinbarungen zusammenzuarbeiten und bitten Sie, Ihre Mitgliedsverbände/Feuerwehren entsprechend ins Bild zu setzen.“

Präsident Hinrich Struve zu „Retter“: „Ich sehe in dieser Sendung, wo die schwierige und vielfältige Arbeit der Feuerwehren dargestellt wird, wo erklärende Hinweise gegeben werden, in erster Linie eine Information der Bevölkerung und somit Öffentlichkeitsarbeit für die Feuerwehr!“



Kritik oder nur Motzerei?

Aus einem Beitrag für das Feuerwehr-Magazin, Bremen

Reality-TV mit Unterstützung der Feuerwehr!?

Wohl nie zuvor hat der Deutsche Feuerwehr-Verband (DFV) so viel Medienresonanz gefunden wie mit der Entscheidung, mit privaten Fernsehsendern, namentlich mit SAT 1 und – wegen der anders gelagerten Konzeption mit Abstrichen – auch mit RTL zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig hat es wohl nie zuvor so viel öffentliche Medienkritik gegeben – andererseits gottlob auch so viel Zustimmung. Aber, wie das oft so ist: Ernsthaft, konstruktive Kritik ist seltener als die lautstarke Motzerei mit maßlosen Übersteigerungen, Unterstellungen und platten Verunglimpfungsversuchen anstelle von Argumenten.

Zu unserem „Part“: Was da in den letzten Wochen von den Besserwissern, selbsternannten Fachleuten und schreihäuserischen Moralaposteln in die Welt und durch die Medien „gepuset“ wurde, ist schon erstaunlich. Und noch erstaunlicher ist, daß da offensichtlich bar jedweder Kenntnis der Zusammenhänge und Hintergründe lautstark schwadroniert und verurteilt wird, ohne den leisesten Versuch, sich vielleicht vorab sachkundig zu machen.

Also, worum geht's? SAT 1 legte im Sommer 1992 dem DFV eine Idee mit der Bitte um Prüfung einer Zusammenarbeit vor, bei der es um die Arbeit der Feuerwehren und anderen Rettungseinrichtungen an konkreten Beispielen des alltäglichen Unglücksgeschehens ging. Im Vordergrund stand das, was der „Mensch Feuerwehrmann“, die Rettungsmannschaft tut, leistet.

Gedanklicher Hintergrund: Unfälle und Brände gibt es jeden Tag, Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen sind voll davon. Jeder weiß, daß die Feu-

erwehr immer und überall schnell und zuverlässig hilft. Ganz selbstverständlich! Aber niemand hat sich bislang mit denen beschäftigt, die da helfen, retten, löschen, schützen oder bergen. Wie geht das eigentlich, Gefahrenabwehr, Nofallhilfe?

Das Konzept schien schlüssig. Eine Chance, Feuerwehrarbeit in Deutschland einem Millionenpublikum näherzubringen. Die Intention, die Bedingung des DFV gegenüber SAT 1: Es darf nicht bei der bloßen Darstellung bleiben, es muß in geeigneter Weise durch diese Dokumentation das Gefahrenbewußtsein der Mitbürger insgesamt wieder geschärft werden. Und es müssen Tipps und Hinweise ganz gezielt einfließen, wie sich der Bürger in vergleichbaren Situationen verhalten kann. Was er selbst tun kann, um Gefahren, Unfälle, Brände zu vermeiden. Stichwort Sicherheitstips, Brandschutzinformation und -aufklärung. Und selbstverständlich: An presserechtliche wie ethische

Grundsätze mußten besonders strenge Richtwerte gestellt werden. Daß zudem der Persönlichkeitsschutz und die Würde des Menschen gewahrt bleiben, verstanden und verstanden wird sich von selbst.

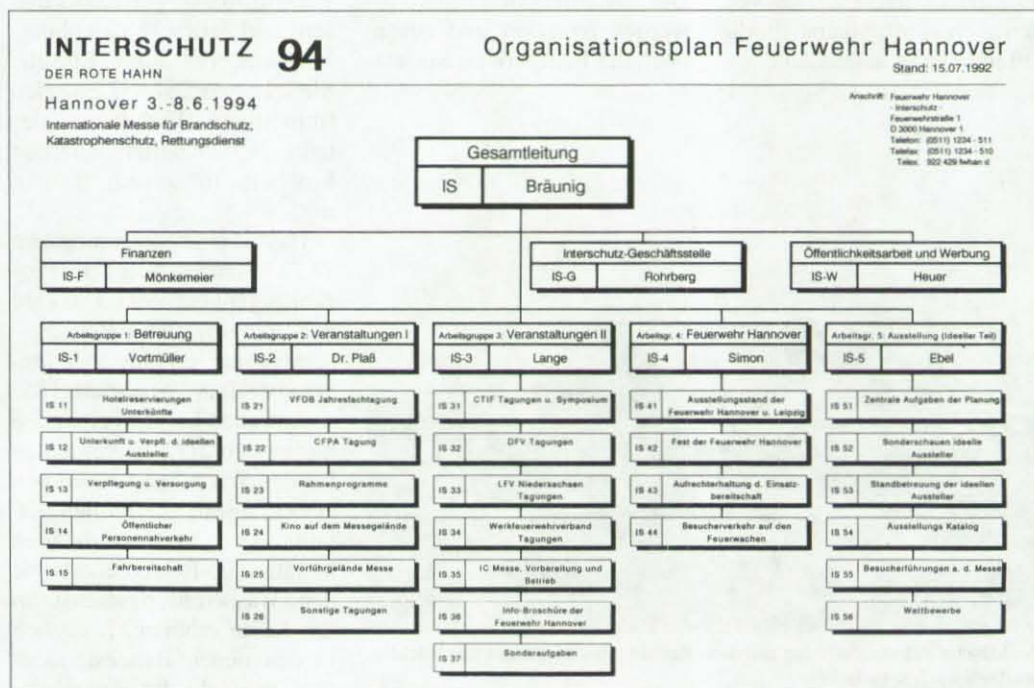
Soweit die Rückblende. Die seinerzeitigen Forderungen sind uneingeschränkt die heutigen Grundsätze, die Bedingungen einer Zusammenarbeit.

Darum gehen alle Vorwürfe ins Leere. Auch und insbesondere, wenn sie von regierungsamtlicher Seite im Rheinland kommen. Denn aus solchen Behördenstuben brauchen wir in dieser Sache weder Ratschläge noch Ermahnungen. Sie wären auch wenig hilfreich, denn wir könnten daraus allenfalls etwas über medien-gerechte Selbstprofilierungsversuche lernen.

Der DFV steht uneingeschränkt zu seiner Empfehlung an die Feuerwehren, diese Möglichkeit der Darstellung im wohlverstandenen Sinne zu nutzen und mit eigenen Beispielen aus der alltäg-

lichen Einsatzpraxis auszufüllen.

Noch ein Wort zu der – mit mancherlei polemischer Häme begleiteten – leihweisen Bereitstellung von Videokameras an vereinzelte Wehren (bisher übrigens nicht einmal zehn in ganz Deutschland): Sie sind dort geeignete Hilfsmittel der eigenen Einsatzdokumentation und der Öffentlichkeitsarbeit, wo die personellen, taktischen Voraussetzungen stimmen. Denn es ist ja schließlich nichts neues, daß Feuerwehren eigene Einsatzdokumentationen mit Kameras und/oder Videos anfertigen. Daß Feuerwehren z. B. Bildmaterial von Einsätzen an Tageszeitungen zu Zwecken der Berichterstattung geben. Wo also liegt das Problem? Oder erhebt jemand tatsächlich Anspruch darauf, noch ernstgenommen zu werden, wenn er lautstark verkündet, dieses sei „die Perversion der Feuerwehrarbeit“, weil „zuerst gefilmt und erst dann gerettet“ wurde...?



Fit in die neue Saison

An den Küsten fehlen noch Rettungsschwimmer

Der Winter ist noch nicht ganz rum, der Frühling steht vor der Tür, und in den Ortsgruppen und Bezirken geht's auch schon wieder hoch her. Die Rettungswachssaison 1993 wird bald eröffnet. So lange ist es nicht mehr, und dann ist wieder Urlaubszeit angesagt.

Überall an den Seen und Flüssen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin soll auch in diesem Sommer wieder sorgenfrei Wassersport betrieben werden können. „Freie Zeit in Sicherheit“ ist und bleibt das Motto der DLRG.

Was heißt das für die einzelnen Rettungsschwimmer! Sie müssen sich fitmachen und fithalten. Deshalb wurde in den Wintermonaten kräftig trainiert und geübt. Der Ernstfall wurde geprobt. Im Mittelpunkt der Ausbildung stand natürlich auch die Herz-Lungen-Wiederbelebung. Denn: Sie ist einer der wichtigsten Bestandteile der Ersten Hilfe. Es werden auch künftig Kurse für die Öffentlichkeit angeboten.

Ganz oben auf der Liste stand die schwimmerische Ausbildung in den Hallen. Bei einem Unglücksfall ist auch weiterhin in erster Linie der Retter und nicht das Boot gefragt. Die Rettungsschwimmer waren aber nicht nur in der praktischen Ausbildung in den Schwimmhallen aktiv. Auch die Boote und Rettungsgeräte mußten gewartet werden. Was nützt in der heutigen Zeit die beste Rettungstaktik, wenn das nötige Material nicht funktionsfähig ist?

In Schleswig-Holstein beispielsweise wird die Wartung und Pflege der Motorboote gleichzeitig für die technische Ausbildung benutzt. Aber auch eine gewisse Theorie muß durchgemacht werden. Boote und Fahrtechniken, Gesetze, Wetter und Knotenkunde gehören einfach dazu. Die Aussicht, in den Sommermonaten auf einem der Boote mitzufahren, ist Ansporn genug. Die Rettungswachstationen werden renoviert und ausgebaut, der Fuhrpark an Einsatz-

fahrzeugen auf Vordermann gebracht.

Für die Kurse werden übrigens immer noch interessierte DLRGisten für den Rettungswachdienst gesucht. Einzelheiten wie Voraussetzungen und Einsatzmöglichkeiten gibt es über die Bezirks- oder Landesverbandsgeschäftsstellen. Besonders beliebt ist naturgemäß die Hauptsaison, die aber ist meist schon ausgebucht. Der erste hat eben die besten Chancen. Trotzdem: Auf in eine gute Saison '93!

– Achim Wiese –

gen auf 64 Prozent des Vorjahresergebnisses ab.

Um auch in der Vorsaison vom 15. Mai bis 16. Juni die Stationen zufriedenstellend zu besetzen, mußten noch 280 Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer angeworben werden.

Die Einsatzleitung Küste betreut insgesamt 59 Verwaltungen mit rund 200 Strandabschnitten. Mit 488 Lebensrettern (560 Bewerbungen) stellte der Landesverband Westfalen das größte Kontingent, gefolgt vom LV Nordrhein mit 289 (340 Bewerbungen) und Niedersachsen 236 (283).

Fast 1900 Retter wachen an Nord- und Ostseeküsten

1861 Lebensretter der DLRG kamen in der Wachssaison '92 an den Küsten Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Teilen Mecklenburg-Vorpommerns zum Einsatz. Sie leisteten 261 877 Stunden freiwilligen Wachdienst; das teilte Einsatzleiter Dietmar Froberg in seinem Bericht mit.

Das ist eine Steigerung von 24 223 Stunden oder zehn Prozent gegenüber 1991. Die Zahl der eingesetzten Rettungsschwimmer erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 185.

Aus allen Landesverbänden hatten sich 2112 Interessenten für den Wachdienst beworben (1991: 1886). Erfreulich: 16 von 19 Landesverbänden konnten die Bewerberzahl für den Wasserrettungsdienst an der Küste erhöhen. Lediglich in den neuen Bundesländern sank die Zahl der Bewerbun-

Rettungsschwimmer, bitte melden!

Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer mit DRSA Silber, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können sich jetzt für den Wachdienst an der Nord- und Ostseeküste bewerben.

Die Wachssaison beginnt am 15. Mai und endet Mitte September. Einsatzleitungen und Bundesgeschäftsstelle weisen darauf hin, daß insbesondere für die Vorsaison (bis Mitte Juni) und Nachsaison Lebensretter gesucht werden. Dann sind die Chancen besonders groß, am Wunsch-Einsatzort eingesetzt zu werden.

Interessenten erhalten weitere Informationen, die Ausschreibung und Bewerbungsbogen bei der DLRG-Einsatzleitung, Südstrandpromenade, 2448 Burg auf Fehmarn, Tel. 04371/4152, oder DLRG-Bundesgeschäftsstelle, Alfredstraße 73, 4300 Essen 1, Tel. 0201/775051.



Praktische Fahrausbildung mit dem Rettungsboot ist nicht nur wichtig, sondern auch sehr beliebt.

Gleichschaltung statt Pluralismus

Die Antwort des saarländischen Innenministers Friedel Läßle auf ein ARKAT-Schreiben wirft Fragen auf

Das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den vielfältigsten Aufgabenbereichen zum Schutz der Bevölkerung vor Katastrophengefahren wird von öffentlichen Gewalten zunehmend nicht mehr als bewahrende Säule des demokratischen Gemeinwesens begriffen.

Jüngstes Beispiel, wie für das Land freiwillig und ehrenamtlich tätige Hilfeleistungspotentiale gegenwärtig verprellt und plurale gesellschaftliche Instrumentarien zugunsten wenig innovativer Gleichschaltung vergeudet werden, belegt ein Schreiben, das die ARKAT jetzt aus dem saarländischen Innenministerium erhielt.

In Vorbereitung der Gründung eines ARKAT-Landesverbandes im Saarland hatte sich der Bundesvorsitzende der ARKAT an den saarländischen Innenminister Friedel Läßle, immerhin Vorsitzender der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK), gewandt. Mit Schreiben vom 25. 1. 1993 ließ dieser dann über das zuständige Referat seines Hauses mitteilen, „daß im Zuge der Neustrukturierung des erweiterten Katastrophenschutzes angestrebt wird, alle derzeit noch in Regie befindlichen Einheiten und Einrichtungen – soweit sie nach der Neukonzeption noch existieren – in die Trägerschaft der mitwirkenden Hilfsorganisationen zu überführen“. Quasi auf dem Erlaßwege wurde das dann gleich auch den Landräten und Oberbürgermeistern im Saarland übermittelt.

Wie hatte Helmut Schmidt

in der treffenden Spontaneität seines Urteils doch festgestellt: Die Qualität der politischen Klasse hat allenthalben nachgelassen. Dem kann man angesichts des im Saarland und auch in Baden-Württemberg offiziell praktizierten sukzessiven Ausgrenzens einer nach geltendem Bundesrecht rechtskonform im erweiterten Katastrophenschutz mitwirkenden Helferschaft nur zustimmen.

Das Vorgehen im Saarland ist mit Geist und Buchstaben der Verfassung nicht mehr vereinbar und steht auch in krassem Widerspruch zu Aussagen von Bundesinnenminister Rudolf Seiters, der sich in der Sitzung des Beirates über die Erweiterung des Katastrophenschutzes am 14. 9. 1992 bemüht sah, auf die Bedeutung der kommunalen Regieeinheiten in einem neukonzipierten erweiterten Katastrophenschutz ausdrücklich hinzuweisen. Seine Worte waren dabei wohl auch an einige Bundesländer adressiert, um weiteren Substanzverlusten und Desintegrationsprozessen im Vorfeld der Reform des Zivil- und Katastrophenschutzes vorzubeugen.

Nach Artikel 84 GG übt die Bundesregierung die Aufsicht darüber aus, daß die Länder die Bundesgesetze dem geltenden Recht gemäß ausführen. Führen die Länder Gesetze im Auftrag des Bundes aus, so unterliegen sie nach Artikel 85 GG den Weisungen der zuständigen obersten Bundesbehörden. Weisungen der zuständigen Bundesoberbehörde im Sinne einer generellen Auflösung von kommunalen Regieeinheiten und -einrichtun-

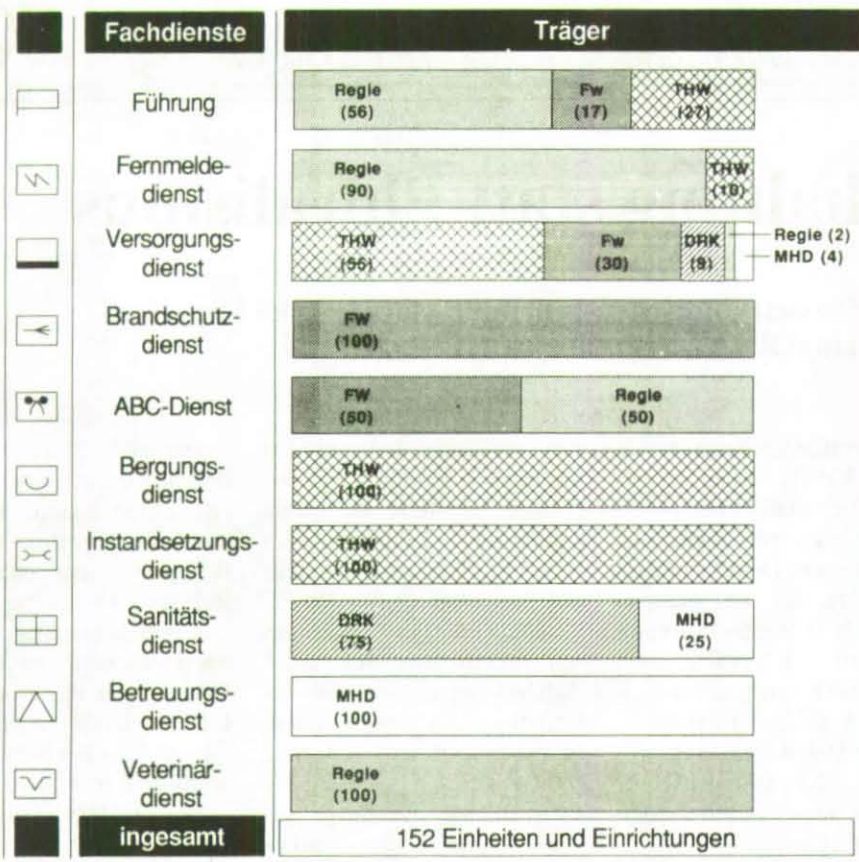
gen sind nicht bekannt und wären auch gesetzwidrig. Die etwaige Berufung auf früher ergangene fachdienstbezogene Empfehlungen seitens des Bundesamtes für den Zivilschutz dürften spätestens seit Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes obsolet geworden sein. Auch kann in diesem Zusammenhang nur davor gewarnt werden, die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren als zusätzliche Gewalt jenseits von Bund oder Länderzuständigkeiten zu entwickeln. „Entscheidungen“, die allein auf dieser Ebene formuliert werden, sind im Grunde genommen nicht verfassungskonform.

Die ARKAT hat den Bundesminister des Innern und die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der gesetzlich verankerten Beteiligung an Regierungen, die Regieeinheiten betreffend, darüber informiert, daß in den Ländern Baden-Württemberg und Saarland zur Zeit in rechtlich besorgniserregender Weise eine Auflösung bzw. Überleitung von in der Regie der kommunalen Gebietskörperschaften aufgestellten Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes betrieben wird. Entgegen dem erklärten Willen der mitwirkenden Helferschaft wird in diesen Fällen versucht, die nach geltendem Bundesrecht rechtskonform bestehenden Katastrophenschutzeinheiten ohne Abstimmung mit dem Bund in vielgestaltigen Ansätzen zur Disposition zu stellen bzw. durch gezielte Verweigerung von Neuverpflichtungen auszudünnen.

Die ARKAT wird in jedem bekanntgewordenen Einzelfall prüfen lassen, inwieweit durch das jeweilige Vorgehen Befugnisse und gesetzlicher Rahmen eingeschränkt und eine gleichberechtigt im Katastrophenschutz mitwirkende Gruppe von Helferinnen und Helfern durch die öffentliche Gewalt in Rechten verletzt worden ist bzw. wird.

Bei alledem bleibt festzustellen:

- Die kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen haben nach den geltenden Bundes- und Landesgesetzen auch nicht allein Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung vor Gefahren im Verteidigungsfall wahrzunehmen, sondern sind mehr vielleicht als Einheiten anderer Träger in die örtliche Gefahrenabwehr auf kommunaler Ebene integriert. Sie werden auch in einem neukonzipierten Zivil- und Katastrophenschutz ihre Aufgaben im Sinne der jeweiligen Zuständigkeiten bestens zu erfüllen vermögen.
- Regieeinheiten sind bundesweit vor allem in den Schutzbereichen aufgestellt worden, in denen es auf den unmittelbaren Aufgabenkomplex von Katastrophenschutzbehörden in besonderer Weise ankommt. Die Fachdienstkomponenten Führung, Fernmelde-, ABC-, Betreuungs- und Veterinärdienst sind überwiegend in Regie geführt, so daß man in diesen Schutzbereichen schon von einer „originären“ Trägerschaft der Kommunen sprechen darf.
- Das Recht bzw. die Pflicht



090293K1.GEM

Präsenz der
Träger-
organisationen
in den
Fachdiensten
des erweiterten
Katastrophenschutzes im
Saarland
(Angaben in %)

der Katastrophenschutzbehörden, kommunale Regieeinheiten aufzustellen, ist in dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 14. Februar 1990 (!) erst ausdrücklich anerkannt und bestätigt worden. Es besteht seitens des Bundes deshalb auch nicht die Absicht, kommunale Regieeinheiten in unverhältnismäßiger Höhe abzubauen. Die finanzielle Förderung des Bundes ist auf die Fachdienste konzentriert und nicht auf bestimmte Trägerschaftsformen. Die Regieeinheiten sind von der Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes deshalb personell also nicht mehr und nicht weniger betroffen als die Feuerwehren, THW und die privaten Hilfsorganisationen selbst. Nicht unerwähnt sei auch, daß von den jährlich zugewiesenen Selbstbewirtschaftungsmitteln gegenwärtig rund 70 Prozent auf kommunale Träger entfallen (Regieeinheiten 42 Prozent,

Feuerwehren 28 Prozent). Die jeweilige Präsenz in den Fachdiensten belegt dabei auch, daß kommunale Regieeinheiten und kommunale Feuerwehren keine sich ersetzenden, sondern sich durchaus ergänzende Trägerschaftsformen unter kommunalem Dach sind.

In diesem Zusammenhang wäre ebenso auf den zunehmend bedeutender werdenden Aspekt der Helfergewinnung hinzuweisen. „Einheits-Trägerschaften“ entsprechen dabei eben nicht den Erfordernissen und Erwartungen einer auf Pluralismus ausgerichteten Gesellschaftsordnung. Fachdienste wie beispielsweise der Sanitätsdienst zeigen, wie nach dem Subsidiaritätsprinzip auf verschiedene Hilfsorganisationen verteilte Trägerschaften die Aufgaben wirkungsvoll ergänzend zu leisten vermögen.

Die Helferinnen und Helfer fühlen sich aus teilweise recht unterschiedlichen Beweggründen von den verschiedenen Trägerschaften in unserem

pluralistisch orientierten Hilfeleistungssystem angesprochen und wirken gemeinsam hierin mit. Und erlebte Einsätze zeigen eigentlich recht deutlich, welchen Gewinn man aus der partnerschaftlichen Vielfalt in komplexen Gefahrensituationen immer wieder ziehen kann. Kontraproduktive Entwicklungen wie die in diesem Beitrag angesprochenen, liegen daher nicht im Interesse des Gemeinwohls, dem eine verantwortliche Politik gerade in Zeiten großer Herausforderungen besonders zu dienen hat.

Die weiteren Haushaltsverhandlungen müssen zeigen, ob man gegenüber den berechtigten Schutzanliegen von Menschen und Umwelt insgesamt wieder mehr Verantwortung entwickeln und diesen auch die gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden lassen will. Ein Staat und eine Gesellschaft, die die auf den Erhalt der langfristigen Zukunft gerichteten Grundstrukturen und Ressourcen kurzfristig und ohne Existenz funktionstüchtiger Alternativen auflösen wol-

len, bringen sich zunehmend selbst in Gefahr.

Wenn man jetzt nicht die Weichen richtig stellt, wird man künftig wohl überhaupt keine jungen Menschen mehr finden, die bereit wären, aus freien Stücken im Katastrophenschutz mitzuwirken. Die Schutzpolitik zählt zu den Visitenkarten einer Gesellschaft.

Reformen in diesem Bereich müssen jedoch scheitern, wenn geplanten quantitativen Abstrichen nicht qualitative Verbesserungen folgen und die langfristige Bedeutung der humanitären Schutzanliegen von Politik und Medien nicht einfach mehr zur Kenntnis genommen wird.

In diesem existentiell wichtigen Bereich staatlicher Vorsorge dürfen jedenfalls weit in die Zukunft weisende inspirative Konzepte nicht länger im Bund-Länder-Kompetenzgerangel stecken bleiben. Gefordert ist eine Verantwortungspartnerschaft aller Verfassungsorgane.

Klaus-Dieter Kühn



Neuer Chemikalienschutzanzug

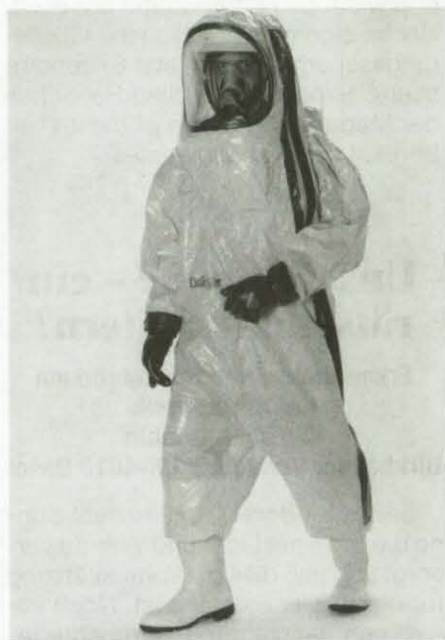
Der neue, leichte Vollschutzanzug schützt optimal vor gefährlichen Chemikalien, ohne die Bewegungsfreiheit einzuschränken. Der ChemMaster wiegt ohne Sicherheitsstiefel etwa 2,5 Kilogramm (mit Sicherheitsstiefel etwa 5,5 Kilogramm). In der Größe XL paßt er Personen mit einer Körpergröße von bis zu zwei Metern. Das neuartige, hierbei erstmals verwendete Composit-Material (Mehrschicht-Material) besitzt eine ausgezeichnete Beständigkeit gegen sehr viele Chemikalien. Der ChemMaster erfüllt die chemischen Prüfungen der VFDB-Richtlinie 0801 und ist somit für den Feuerwehreinsatz geeignet.

Da seine Chemikalienbeständigkeit über die in der VFDB-Richtlinie 0801 genannten Chemikalien hinausgeht, eignet er sich ebenso für Einsätze in der Industrie.

Auswechselbar montierte Sicherheitsstiefel bieten einen sicheren Stand, die große Sichtscheibe eine verzerrungsfreie Sicht. Der vitonbeschichtete Reißverschluß sorgt für eine hohe Chemikalienschutzbeständigkeit.

Der ChemMaster ist daher der All-round-Vollschutzanzug bei Arbeiten mit gefährlichen Chemikalien.

(Dräger, 2400 Lübeck 1)



Neue Kreislauf-Atemschutzgeräte

Mit Tramix und BG 4 stellte ein Lübecker Hersteller eine neue Generation der Kreislauf-Atemschutzgeräte vor. Tramix ist ein Mischgas-Arbeitsgerät (40 % O₂ und 60 % N₂) für Feuerbekämpfungs- und Gefahrstoffeinsätze von mindestens zwei Stunden.

BG 4 ist ein Sauerstoff-Arbeitsgerät für Einsätze von mindestens vier Stunden.

Beide Geräte sind durch den Überdruck im gesamten Atemkreislauf für den Gebrauch in toxischer Umgebung besonders geeignet.

Mit Monitron findet erstmals ein elektronisches Warn-, Test- und Druckanzeige-Modul in der Atemschutztechnik Anwendung. Monitron informiert den Geräteträger von Tramix und BG 4 zuverlässig über den Gerätezustand besonders bei langen Einsätzen. Durch Verwendung neuer Werkstoff- und Fertigungstechnologien wiegen die Geräte inklusive Kühleis weniger als 13 Kilogramm. Die ergonomisch geformte Trageschale garantiert in Verbindung mit dem breitgepolsterten Hüftgurtsystem hervorragenden Tragekomfort.

Für den Atemkomfort sorgen ein strömungsgünstiger CO₂-Absorber mit Atemkalk und Staubsieben sowie der integrierte Atemluftkühler.

(Dräger, 2400 Lübeck 1)

Saubere Nuten in Beton

Egal ob in Beton oder Stein, überall dort, wo Handwerker schnell saubere Schnitte anlegen, löst die neue Mauernutfräse herkömmliche Handwerkszeuge wie Hammer und Meißel ab: Die neue GNF 65 A liefert mit beachtlichem Vorwärtsdrang einschneidende Ergebnisse. Ihre Schnittbreite variiert zwischen acht bis 40 Millimeter, die Schnitttiefe stellen Handwerker stufenlos an einer Skala zwischen 20 bis 65 Millimeter ein.

Den Arbeitsplatz nimmt die GNF 65 A mit vier stabilen Kunststoff-Rollen „unter die Räder“. Materialstaub



führt sie in einem schwenkbaren Absaugstutzen „klimafreundlich“ direkt vom Einsatzort ab.

Ein durchzugsstarker 2200-Watt-Motor beschleunigt unter Sanftanlauf zwei Diamant-Schleifscheiben bis auf 5500 min⁻¹. Die Schnittgeschwindigkeit regeln Handwerker manuell.

Vor unmöglichen Kraftakten bewahrt die GNF 65 A ein Überlastschutz mit sofortiger Wirkung. Die zwangsläufig folgende Regenerationszeit macht ein Thermo-Element von der Motortemperatur abhängig: Techniker sprechen von einem „zeitlich begrenzten“ Wiederanlaufschutz.

(Bosch, 7000 Stuttgart 10)

Umweltschutz und Gefahrenabwehr

Von Dipl.-Ing. Jürgen Steinmetz und Dr. Eberhard Merz
Richard Boorberg Verlag,
7000 Stuttgart

Die Bewältigung ökologischer Probleme stellt seit Jahren eine der großen Herausforderungen in unserer Gesellschaft dar. Allein ein integratives Konzept sichert nachhaltige, positive Ergebnisse beim Umweltschutz und bei der Gefahrenabwehr. Hier müssen angemessene unternehmerische Strategien, technisches Know-how und Vorgaben des Gesetzgebers aufeinander bezogen sein.

Die Neuerscheinung faßt erstmals die theoretischen und praktischen Aspekte des Umweltschutzes und der Gefahrenabwehr zusammen, wie sie sich im betrieblichen Alltag für Industrie und Gewerbe darstellen. Rechtsgrundlagen und Methodik der Gefahrenabwehr werden analysiert und eingehend erläutert.

Handbuch für den Taucher

Von Alexander Fertig
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart

Dieses Werk ist ein umfassendes Lehr- und Handbuch für alle Taucher, professionelle wie Sporttaucher. Es behandelt alle Themen, die für die Aus- und Fortbildung eines Feuerwehr-, Polizei- und Rettungstauchers der DLRG sowie Wasserwacht wichtig sind. Die Beschränkung auf den Lehrstoff für das Tauchen im öffentlichen Dienst ermöglicht gezieltes und effektives Lernen. Als Alternative zu vielen anderen Lehrbüchern wurde hier auf eine umfassende Darstellung der gesamten Theorie und Praxis des Tauchers zugunsten der besonderen Bedürfnisse des Taucheranwärters im öffentlichen Dienst verzichtet.

Der Autor behandelt im einzelnen Ausrüstung, Technik und Probleme des ABC-Tauchens, die physikalischen Grundlagen des Tauchens.

Tauchausrüstung und Gerätekunde, Tauchpraxis, Tauchmedizin, Einsatztaktik in besonderen Situationen sowie Unfallverhütung. Das Buch enthält ferner einen Fragenkatalog für den Taucheranwärter sowie ein Lehrprogramm für die praktische Ausbildung und Tauchtabellen für Sporttaucher. Der Lehrtaucher bekommt einen Leitfaden für die Ausbildung. Es ist für den Taucheranwärter ein praktischer und unentbehrlicher Helfer während und auch nach der Ausbildung.

Der Arzt im Notfalldienst

Begründet von Prof. Dr. h. c. Rudolf Gross
Herausgegeben von Priv.-Doz. Dr. Albrecht Heller
2. neubearbeitete und erweiterte Auflage
F. K. Schattauer Verlags-GmbH,
7000 Stuttgart

Das Buch geht zurück auf eine viel beachtete Serie im „DEUTSCHEN ÄRZTEBLATT“. Ziel dieser Reihe war es, Ärzten im kassenärztlichen Notfalldienst und im klinischen Bereitschaftsdienst Standard-Therapiepläne und präzise Richtlinien an die Hand zu geben. Die 2. Auflage wurde völlig neu gestaltet und um zusätzliche wichtige Notfallkapitel erweitert. Nach einem einheitlichen Gliederungsschema zeigen jetzt 67 renommierte Experten aus allen Bereichen der Medizin den „state of the art“ im Bereich des Notfalldienstes.

Unsere Sonne – ein rätselhafter Stern?

Erkenntnisse und Spekulationen der Astrophysik
Von John Gribbin
Birkhäuser Verlag AG, CH-4010 Basel

Jedes Kind weiß, daß unsere Sonne die Erde mit Licht und Wärme versorgt und daß dies die Voraussetzung für unser aller Existenz ist. Noch vor wenigen Jahrzehnten vermochte je-

doch niemand zu sagen, wie dieses gigantische Kraftwerk funktioniert, und es erschien aussichtslos, das Innenleben des Sternes erforschen zu wollen. Inzwischen hat die Astrophysik jedoch wichtige Erkenntnisse über Struktur und Funktion gewonnen. Doch noch immer gibt der Stern, der uns wärmt, Rätsel auf.

In diesem allgemeinverständlichen Sachbuch erzählt John Gribbin in klarer und humorvoller Manier die Geschichte der Erforschung unserer Sonne und führt ein in die Probleme, die sie der gegenwärtigen Astrophysik noch immer bereitet. Die deutsche Ausgabe ist unter wissenschaftlicher Beratung aktualisiert worden und bietet dem Leser den neuesten Stand der Forschung.

Anästhesie und Intensivmedizin bei diagnostischen Eingriffen

Von Jürgen Schäfer und Siegfried Piepenbrock
Georg Thieme Verlag,
7000 Stuttgart

Die meisten apparativen diagnostischen Untersuchungen können nicht am Krankenbett durchgeführt werden: So müssen die Patienten von Intensivstationen unter Fortführung der Intensivtherapie zu den speziellen diagnostischen Einheiten gebracht werden. Das bringt erhebliche Probleme mit sich, wenn auf dem Transport keine zentralen Versorgungseinrichtungen zur Verfügung stehen – dieses Symposium geht auf alle diese Probleme ein!

Themenkreise: Kernspintomographie, Neuroradiologie, Psychiatrie, Hörprüfung (ERA), Stoßwellenlithotripsie, Sedierung, Bronchoskopie, Kardiologie, Innerklinischer Transport, Arthroskopie.

Instandsetzungs- truppkraftwagen (ITrKw)

Je zwei Instandsetzungstruppkraftwagen (ITrKw) sind den Facheinsatzgruppen „Elektro“, „Gas – Wasser“ und „Abwasser – Öl“ des Instandsetzungszuges (IZ) des Katastrophenschutzes zugeordnet.

Eingesetzt ist der Doppelkabinen-Lkw vom Typ MB L 407 D und MB L 409 (neueste Auslieferung ist die T2-Version MB 507 D) als Geräte- und Mannschaftsfahrzeug (1/4).

Der ITrKw entspricht der handelsüblichen Version des MB-Lkw mit Pritsche und Plane (Maße: L 6,00 m, B 2,35 m, H 2,80 m), ergänzt durch eine Warmwasserheizung. Das Fahrzeug ist üblicherweise THW-einheitlich in Blau (RAL 5002) lackiert mit schwarzen Stoßstangen, Schutzblechen und Radkappen. Lkw gleichen Typs stehen auch anderen KatS-Einheiten zur Verfügung (andere Farbgebung und Ausstattung).

Das Modell

Durch das erst kürzlich auf den Markt gekommene Fertigmodell der Firma Preiser (Nr. 37007) steht dem Interessenten und Modellbauer bereits ein völlig vorbildentsprechendes Abbild des ITrKw (MB L 407 D) zur Verfügung. Das Fahrzeug im Maßstab 1:87/HO ist bestens detailliert und mit allen Details des „großen Bruders“ versehen. Auch die Nachbildung der Heizungsanlage fehlt am Modell nicht. Ebenfalls vorbildgerecht ist die aufgebrachte Bedruckung mit THW-Frontschriftzug und üblicher Türbeschriftung. Für den Modellbauer bietet sich in diesem Fall lediglich die farbliche Detaillierung verschiedener THW-Versionen an (oder die Umwandlung in Fahrzeuge anderer KatS-Fachdienste, die an dieser Stelle jedoch nicht beschrieben werden sollen).

Es empfiehlt sich zunächst eine Lackierung des Fahrzeuges in THW-Blau (Humbrol-Authentic-Colour). Dabei wird das Fahrgestell einschließlich der Stoßstangen, der hinteren Radabdeckungen, des Kühler-



Das Vorbildfahrzeug des THW-OV Garmisch-Partenkirchen zeigt nicht die Standardversion des ITrKw. Üblicherweise sind die Stoßstangen schwarz lackiert.

grills sowie der Radkappen in Schwarz (z. T. matt) abgesetzt. Die durch die Lackierung verlorengegangene Beschriftung kann durch entsprechende Sets der Firma Müller, Siegen, ersetzt werden. Die Rückspiegel des Modells werden in Alu/Silber lackiert, ebenso die Verschlüsse der Plane. Des weiteren erfolgt eine Detaillierung wie üblich: Blinker orange, Rückleuchten rot, Türgriffe und Scheibenwischer schwarz matt. Das Planendach erhält einen etwa

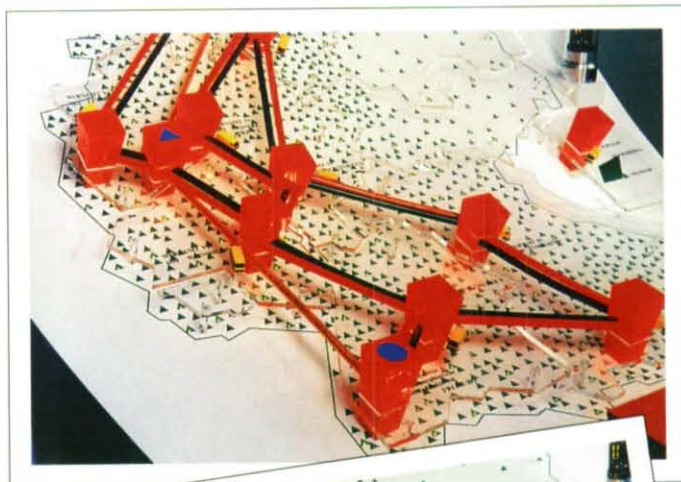
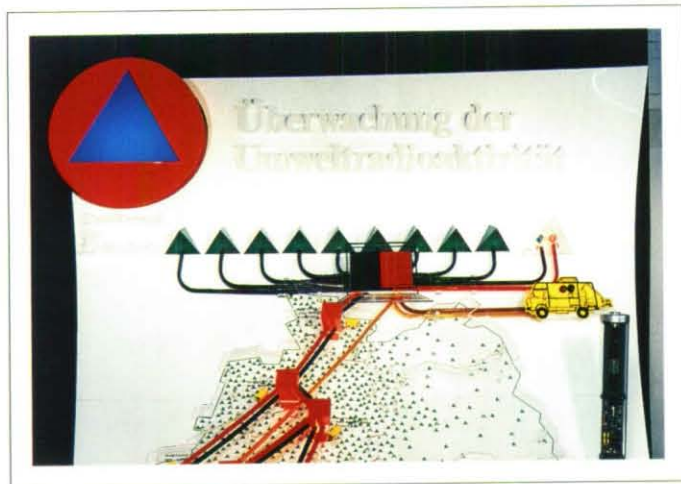
12 mm breiten alufarbenen Streifen in Längsrichtung.

Unser Vorbild- und Modellfoto zeigt neben der hier beschriebenen THW-Standardausführung einen ITrKw mit weißer Stoßstange – eine bayerische Version aus Garmisch-Partenkirchen. Angebracht ist hier auch der weiße Seitenstreifen (möglich auch ein gelb-orangener Streifen am unteren Kabinenrand), den auch Fahrzeuge der Standardausführung aufweisen können.



Zwei Modelle im Maßstab 1:87/HO: Links die übliche THW-Version, rechts die durch Dachbeschriftung ergänzte Sonderversion (Lackierung). Ergänzt werden müssen bei den Modellen die Streifen auf dem Planendach.

Informationswege sichtbar gemacht



Der Warndienst erfüllt seine Aufgaben nach dem Zivilschutz- und Strahlenschutzvorsorgegesetz u. a. mit dem Warndienst-Informationssystem (WADIS). Mit dem System erfolgt derzeit insbesondere der Betrieb und die Überwachung der 2000 flächendeckend im Bereich der alten Bundesländer aufgebauten radiologischen Warndienstmeßstellen, die Speicherung, Darstellung, Auswertung und Weiterleitung der Meßdaten sowie der Datenaustausch zwischen den Warnämtern, dem BZS und dem Institut für Atmosphärische Radioaktivität (IAR) in Freiburg.

Bereits im Frühjahr 1992 hat das BZS eine Broschüre herausgegeben, die einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben des Warndienstes gibt. Seit kurzem steht für die Information der Bevölkerung auch ein sogenanntes Display zur Verfügung, das die Tätigkeiten des Warndienstes auf dem Gebiet der Strahlenschutzvorsorge verdeutlicht. Das Display zeigt die Meßeinrichtungen und die Informationswege von WADIS in Grafik- und Lichtsymbolen und vermittelt so dem Betrachter einen Einblick in die moderne Meßtechnik des Warndienstes.

